

Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Beamtenrecht
(25. Ausschuß)

über den Entwurf eines Bundesbeamtengesetzes

- Nr. 2846 der Drucksachen -

I. Bericht des Abgeordneten Dr. Kleindinst*):

II. Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen,

1. dem Entwurf eines Bundesbeamtengesetzes mit den aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Änderungen zuzustimmen;
2. die folgende EntschlieÙung anzunehmen:
Die Bundesregierung wird gebeten, darauf hinzuwirken, daß für Anwärter auf den höheren Bundesdienst, die das Studium der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialwissenschaften beendet und eine Universitätsprüfung bestanden haben, ein Vorbereitungsdienst von drei Jahren und eine zweite Staatsprüfung eingerichtet wird.
3. die nachfolgend aufgeführten Anträge für erledigt zu erklären:
 - a) Antrag der Abgeordneten Dr. Wuermeling, Dr. Nowack und Genossen betr. Entwurf eines Bundesbeamtengesetzes
— Nr. 618 der Drucksachen —
 - b) Antrag der Abgeordneten Dr. Falkner, Dr. Etzel (Bamberg), Dr. Seelos und Fraktion der Bayernpartei betr. Regelung der Rechtsverhältnisse der im Dienste des Bundes stehenden Personen
— Nr. 1213 der Drucksachen —
 - c) Antrag der Fraktion der Föderalistischen Union (BP-Z) betr. Aufhebung der Währungssicherungsverordnungen
— Nr. 3307 der Drucksachen —
4. die zu diesem Gesetzentwurf eingegangenen Eingaben und Petitionen für erledigt zu erklären.

Bonn, den 5. Mai 1953

Der Ausschuß für Beamtenrecht

Dr. Kleindinst

Vorsitzender und Berichterstatter

*) folgt unter: zu Drucksache Nr. 4246

Entwurf eines Bundesbeamtengesetzes

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Übersicht	Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	§§	
Abschnitt I: Einleitende Vorschriften	1—3	
Abschnitt II: Beamtenverhältnis		
1. Allgemeines	4—6	
2. Begründung des Beamtenverhältnisses	7—14	
3. Laufbahnen	15—25	
4. Versetzung und Abordnung	26, 27	
5. Beendigung des Beamtenverhältnisses		
a) Entlassung	28—34	
b) Eintritt in den Ruhestand	35—47	
c) Verlust der Beamtenrechte	48—51	
Abschnitt III: Rechtliche Stellung der Beamten		
1. Pflichten		
a) Allgemeines	52—57	52—57a
b) Diensteid	58	
c) Beschränkung bei Vornahme von Amtshandlungen	59, 60	
d) Amtsverschwiegenheit	61, 62	61—62a
e) Nebentätigkeit	63—68	
f) Annahme von Belohnungen	69, 69a	
g) Arbeitszeit	70, 71	
h) Wohnung	72, 73	
i) Dienstkleidung	74	
k) Folgen der Nichterfüllung von Pflichten		
aa) Gehaltsminderung	75	entfällt
bb) Bestrafung von Dienstvergehen	76	
cc) Haftung	77	
2. Rechte		
a) Fürsorge und Schutz	78	78—78a
b) Amtsbezeichnung	79	
c) Dienst- und Versorgungsbezüge	80—84	80—84a
d) Reise- und Umzugskosten	85	
e) Urlaub	86	
f) Personalakten	87	
g) Vereinigungsfreiheit	88	
h) Dienstzeugnis	89	
3. Beamtenvertretung	90, 91	

	Entwurf	Beschlüsse des 25. Ausschusses
	§§	
Abschnitt IV: Personalverwaltung	92—101	
Abschnitt V: Versorgung		
1. Arten der Versorgung	102	
2. Ruhegehalt		
a) Allgemeines	103, 104	
b) Ruhegehaltfähige Dienstbezüge	105—107	
c) Ruhegehaltfähige Dienstzeit	108—114	
d) Höhe des Ruhegehaltes	115, 116	
3. Unterhaltsbeitrag	117	
4. Hinterbliebenenversorgung		
a) Sterbemonat	118	
b) Sterbegeld	119	
c) Witwen- und Waisengeld	120—129	
d) Bezüge bei Verschollenheit	130	
5. Unfallfürsorge		
a) Allgemeines	131, 132	
b) Unfallfürsorgeleistungen	133—144	
c) Nichtgewährung von Unfallfürsorge	145	
d) Anmeldung und Untersuchungsverfahren	146	
e) Begrenzung der Unfallfürsorgeansprüche	147	
6. Abfindung	148, 149	
7. Übergangsgeld	150	
8. Gemeinsame Vorschriften		
a) Zahlung der Versorgungsbezüge	151—153	
b) Ruhen der Versorgungsbezüge	154—156	
c) Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge	157	
d) Verteilung der Versorgungslast	158	
e) Erlöschen der Versorgungsbezüge	159—161	
f) Anzeigepflicht	162	
g) Geltungsbereich	163	
9. Versorgungsrechtliche Sondervorschriften	164—166	
10. Versicherungsfreiheit und Nachversicherung	167	
Abschnitt VI: Beschwerdeweg und Rechtsschutz	168—172	
Abschnitt VII: Bundestagsbeamte und Bundesratsbeamte	173	
Abschnitt VIII: Ehrenbeamte	174	
Abschnitt IX: Übergangs- und Schlußvorschriften	175—189	

Entwurf

Abschnitt I

Einleitende Vorschriften

§ 1

Dieses Gesetz gilt für die Bundesbeamten, soweit es im einzelnen nichts anderes bestimmt.

§ 2

(1) Bundesbeamter ist, wer zum Bund oder zu einer bundesunmittelbaren Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechtes in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis (Beamtenverhältnis) steht.

(2) Ein Beamter, der den Bund zum Dienstherrn hat, ist unmittelbarer Bundesbeamter. Ein Beamter, der eine bundesunmittelbare Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechtes zum Dienstherrn hat, ist mittelbarer Bundesbeamter.

§ 3

(1) Oberste Dienstbehörde des Beamten ist die oberste Behörde seines Dienstherrn, in deren Dienstbereich er ein Amt bekleidet.

(2) Dienstvorgesetzter ist, wer für beamtenrechtliche Entscheidungen über die persönlichen Angelegenheiten der ihm nachgeordneten Beamten zuständig ist. Vorgesetzter ist, wer einem Beamten für seine dienstliche Tätigkeit Anordnungen erteilen kann. Wer Dienstvorgesetzter und Vorgesetzter ist, bestimmt sich nach dem Aufbau der öffentlichen Verwaltung.

Abschnitt II

Beamtenverhältnis

1. Allgemeines

§ 4

Die Berufung in das Beamtenverhältnis ist nur zulässig zur Wahrnehmung

1. hoheitsrechtlicher Aufgaben oder
2. solcher Aufgaben, die aus Gründen der Sicherheit des Staates oder des öffentlichen Lebens nicht ausschließlich Personen übertragen werden dürfen, die in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis stehen.

§ 5

(1) In das Beamtenverhältnis kann berufen werden

1. auf Lebenszeit; wer dauernd für Aufgaben im Sinne des § 4 verwendet werden soll,

Beschlüsse des 25. Ausschusses

Abschnitt I

Einleitende Vorschriften

§ 1

unverändert

§ 2

unverändert

§ 3

(1) unverändert

(2) Dienstvorgesetzter ist, wer für beamtenrechtliche Entscheidungen über die persönlichen Angelegenheiten der ihm nachgeordneten Beamten zuständig ist. Vorgesetzter ist, wer einem Beamten für seine dienstliche Tätigkeit Anordnungen erteilen kann. Wer Dienstvorgesetzter und Vorgesetzter ist, bestimmt sich nach dem Aufbau der öffentlichen Verwaltung; **ist ein Dienstvorgesetzter nicht vorhanden, so nimmt die zuständige oberste Bundesbehörde die Befugnisse des Dienstvorgesetzten wahr.**

Abschnitt II

Beamtenverhältnis

1. Allgemeines

§ 4

Die Berufung in das Beamtenverhältnis ist nur zulässig zur Wahrnehmung

1. hoheitsrechtlicher Aufgaben oder
2. solcher Aufgaben, die aus Gründen der **Sicherung** des Staates oder des öffentlichen Lebens nicht ausschließlich Personen übertragen werden dürfen, die in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis stehen.

§ 5

(1) In das Beamtenverhältnis kann berufen werden

1. auf Lebenszeit; wer dauernd für Aufgaben im Sinne des § 4 verwendet werden soll,

Entwurf

2. auf Probe: wer zur späteren Verwendung nach Nr. 1 eine Erprobungszeit zurückzulegen hat,
3. auf Widerruf: wer
 - a) den vorgeschriebenen oder üblichen Vorbereitungsdienst abzuleisten hat oder
 - b) nur nebenbei oder vorübergehend für Aufgaben im Sinne des § 4 verwendet werden soll.

(2) Wer in das Beamtenverhältnis berufen wird, um Aufgaben im Sinne des § 4 ehrenamtlich wahrzunehmen, ist Ehrenbeamter.

§ 6

(1) Das Beamtenverhältnis wird durch Aushändigung einer Ernennungsurkunde begründet, in der die Worte „unter Berufung in das Beamtenverhältnis“ mit dem Zusatz „auf Lebenszeit“, „auf Probe“ oder „auf Widerruf“ enthalten sind.

(2) Das Beamtenverhältnis endet außer durch Tod durch

1. Entlassung,
2. Eintritt in den Ruhestand,
3. Verlust der Beamtenrechte,
4. Entfernung aus dem Dienst nach der Dienststrafordnung.

2. Begründung des Beamtenverhältnisses

§ 7

(1) In das Beamtenverhältnis darf nur berufen werden, wer

1. Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist,
2. die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt,

Beschlüsse des 25. Ausschusses

2. auf Probe, wer zur späteren Verwendung **als Beamter auf Lebenszeit** eine **Probezeit** zurückzulegen hat.

(2) Auf Widerruf **kann in das Beamtenverhältnis berufen werden**, wer

1. den vorgeschriebenen oder üblichen Vorbereitungsdienst ableisten oder
2. nur nebenbei oder vorübergehend für Aufgaben im Sinne des § 4 verwendet werden soll.

(3) unverändert wie bisher (2)

(4) **Gesetzliche Vorschriften, nach denen Personen auf eine bestimmte Zeitdauer in das Beamtenverhältnis berufen werden können, bleiben unberührt.**

§ 6

(1) Das Beamtenverhältnis wird durch Aushändigung einer Ernennungsurkunde begründet, in der die Worte „unter Berufung in das Beamtenverhältnis“ mit dem Zusatz „auf Lebenszeit“, „auf Probe“, „auf Widerruf“ **oder „als Ehrenbeamter“ oder mit der Angabe der Zeitdauer der Berufung enthalten sein müssen.**

(2) Das Beamtenverhältnis endet außer durch Tod durch

1. Entlassung,
2. Verlust der Beamtenrechte,
3. Entfernung aus dem Dienst nach der Bundesdisziplinarordnung.

(3) **Das Beamtenverhältnis endet ferner durch Eintritt in den Ruhestand unter Berücksichtigung der die beamtenrechtliche Stellung der Ruhestandsbeamten regelnden Vorschriften.**

2. Begründung des Beamtenverhältnisses

§ 7

(1) In das Beamtenverhältnis darf nur berufen werden, wer

1. Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist,
2. die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung **im Sinne des Grundgesetzes** eintritt,

Entwurf

3. a) die für seine Laufbahn vorgeschriebene oder — mangels solcher Vorschriften — übliche Vorbildung besitzt (Laufbahnbewerber) oder
- b) die erforderliche Befähigung durch Lebens- und Berufserfahrung innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes erworben hat (freier Bewerber).

(2) Der Bundesminister des Innern kann Ausnahmen von Absatz 1 Nr. 1 zulassen.

§ 8

(1) Die Bewerber sind grundsätzlich durch Stellenausschreibung zu ermitteln. Ihre Auslese ist nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ohne Rücksicht auf Geschlecht, Abstammung, Rasse, Glauben, religiöse oder politische Anschauungen, Herkunft oder Beziehungen vorzunehmen; dabei soll der Beste den Vorzug erhalten.

(2) Absatz 1 Satz 1 findet keine Anwendung auf die Stellen für Staatssekretäre, Abteilungsleiter in den Bundesministerien und Leiter von Bundesoberbehörden.

§ 9

Beamter auf Lebenszeit darf nur werden, wer

1. die in § 7 bezeichneten Voraussetzungen erfüllt,
2. das siebenundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat,
3. sich
 - a) als Laufbahnbewerber (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 a) nach Ableistung des vorgeschriebenen oder üblichen Vorbereitungsdienstes und Ablegung der vorgeschriebenen oder üblichen Prüfungen oder
 - b) als freier Bewerber (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 b) in einer Erprobungszeit bewährt hat,
4. durch schriftlichen Bescheid in eine besetzbare Planstelle eingewiesen ist oder wird.

§ 10

(1) Der Bundespräsident ernennt die Beamten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist oder er die Ausübung dieser Befugnis nicht anderen Stellen überträgt.

(2) Die Ernennung wird, wenn nicht in der Ernennungsurkunde ausdrücklich ein späterer Tag bestimmt ist, mit dem Tage der Aushändigung der Urkunde wirksam. Eine Ernennung auf einen rückliegenden Zeitpunkt ist unzulässig und insoweit unwirksam.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

3. a) die für seine Laufbahn vorgeschriebene oder — mangels solcher Vorschriften — übliche Vorbildung besitzt oder
- b) die erforderliche Befähigung durch Lebens- und Berufserfahrung innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes erworben hat.

(2) Der Bundesminister des Innern kann Ausnahmen von Absatz 1 Nr. 1 zulassen, **wenn für die Gewinnung des Beamten ein dringendes dienstliches Bedürfnis besteht.**

§ 8

(1) Die Bewerber sind durch Stellenausschreibung zu ermitteln. Ihre Auslese ist nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ohne Rücksicht auf Geschlecht, Abstammung, Rasse, Glauben, religiöse oder politische Anschauungen, Herkunft oder Beziehungen vorzunehmen.

(2) **Die Pflicht zur Stellenausschreibung gilt nicht für die Stellen der Staatssekretäre, Abteilungsleiter in den Bundesministerien und Leiter der den Bundesministerien unmittelbar nachgeordneten Behörden sowie der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechtes. Über weitere Ausnahmen von der Pflicht zur Stellenausschreibung entscheidet der Bundespersonalausschuß.**

§ 9

Beamter auf Lebenszeit darf nur werden, wer

1. die in § 7 bezeichneten Voraussetzungen erfüllt,
2. das siebenundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat,
3. sich
 - a) als Laufbahnbewerber (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 a) nach Ableistung des vorgeschriebenen oder üblichen Vorbereitungsdienstes und Ablegung der vorgeschriebenen oder üblichen Prüfungen oder
 - b) als **anderer** Bewerber (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 b) in einer **Probezeit** bewährt hat.

Voraussetzung für die Ernennung ist ferner, daß der Beamte durch schriftlichen Bescheid in eine besetzbare Planstelle eingewiesen ist oder wird.

§ 10

(1) unverändert

(2) Die Ernennung wird mit dem Tage der Aushändigung der **Ernennungs**urkunde wirksam, wenn nicht in der Urkunde ausdrücklich ein späterer Tag bestimmt ist. Eine Ernennung auf einen rückliegenden Zeitpunkt ist unzulässig und insoweit unwirksam.

Entwurf

(3) Mit der Ernennung erlischt ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis zum Dienstherrn (§ 2).

§ 11

(1) Eine Ernennung ist nichtig, wenn sie von einer sachlich unzuständigen Behörde ausgesprochen wurde.

(2) Eine Ernennung ist ferner nichtig, wenn der Ernannte im Zeitpunkt der Ernennung

1. nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 nicht ernannt werden durfte oder
2. entmündigt war oder
3. nicht die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter hatte.

§ 12

(1) Eine Ernennung ist zurückzunehmen, wenn

1. sie durch Zwang, arglistige Täuschung oder Bestechung herbeigeführt wurde oder
2. nicht bekannt war, daß der Ernannte ein Verbrechen oder Vergehen begangen hatte, das ihn der Berufung in das Beamtenverhältnis unwürdig erscheinen läßt und er deswegen rechtskräftig zu einer Strafe verurteilt war oder wird.

(2) Eine Ernennung kann zurückgenommen werden, wenn

1. bei einem nach seiner Ernennung Entmündigten die Voraussetzungen für die Entmündigung im Zeitpunkt der Ernennung vorlagen oder
2. nicht bekannt war, daß der Ernannte im Wege des Dienststrafverfahrens aus dem Dienst entfernt oder zum Verlust der Versorgungsbezüge verurteilt worden war.

§ 13

(1) In den Fällen des § 11 hat der Dienstvorgesetzte nach Kenntnis des Nichtigkeitsgrundes dem Ernannten sofort jede weitere Führung der Dienstgeschäfte zu verbieten.

(2) In den Fällen des § 12 muß die Rücknahme innerhalb von sechs Monaten erfolgen, nachdem die oberste Dienstbehörde von der Ernennung und dem Rücknahmegrunde Kenntnis erlangt hat. Vor der Rücknahme ist der Beamte zu hören. Die Rücknahmeerklärung wird von der obersten Dienstbehörde abgegeben; sie ist dem Beamten zuzustellen.

§ 14

Ist eine Ernennung nichtig oder zurückgenommen worden, so sind die bis zu dem Verbot (§ 13 Abs. 1) oder bis zur Zustellung der Rücknahme (§ 13 Abs. 2)

Beschlüsse des 25. Ausschusses

(3) unverändert

§ 11

(1) Eine Ernennung ist nichtig, wenn sie von einer sachlich unzuständigen Behörde ausgesprochen wurde. **Die Ernennung kann jedoch von der sachlich zuständigen Behörde rückwirkend bestätigt werden.**

(2) unverändert

§ 12

(1) Eine Ernennung ist zurückzunehmen,

1. **wenn** sie durch Zwang, arglistige Täuschung oder Bestechung herbeigeführt wurde oder
2. **wenn** nicht bekannt war, daß der Ernannte ein Verbrechen oder Vergehen begangen hatte, das ihn der Berufung in das Beamtenverhältnis unwürdig erscheinen läßt, und er deswegen rechtskräftig zu einer Strafe verurteilt war oder wird.

(2) Eine Ernennung kann zurückgenommen werden,

1. **wenn** bei einem nach seiner Ernennung Entmündigten die Voraussetzungen für die Entmündigung im Zeitpunkt der Ernennung vorlagen oder
2. **wenn** nicht bekannt war, daß der Ernannte in einem Disziplinarverfahren aus dem Dienst entfernt oder zum Verlust der Versorgungsbezüge verurteilt worden war.

§ 13

(1) In den Fällen des § 11 hat der Dienstvorgesetzte nach Kenntnis des **Grundes der Nichtigkeit** dem Ernannten jede weitere Führung der Dienstgeschäfte zu verbieten, **bei Nichtigkeit nach § 11 Abs. 1 erst dann, wenn die sachlich zuständige Behörde es abgelehnt hat, die Ernennung zu bestätigen.**

(2) In den Fällen des § 12 muß die Rücknahme innerhalb **einer Frist** von sechs Monaten erfolgen, nachdem die oberste Dienstbehörde von der Ernennung und dem **Grunde der Rücknahme** Kenntnis erlangt hat. Vor der Rücknahme ist der Beamte zu hören. Die Rücknahme wird von der obersten Dienstbehörde **erklärt; die Erklärung** ist dem Beamten zuzustellen.

§ 14

Ist eine Ernennung nichtig oder **ist sie** zurückgenommen worden, so sind die bis zu dem Verbot (§ 13 Abs. 1) oder bis zur Zustellung der **Erklärung**

Entwurf

vorgenommenen Amtshandlungen des Ernann ten in gleicher Weise gültig, wie wenn sie ein Beamter ausgeführt hätte. Die gezahlten Dienstbezüge können belassen werden.

3. Laufbahnen

§ 15

Die Bundesregierung erläßt durch Rechtsverordnung Vorschriften über die Laufbahnen der Beamten im Rahmen der gesetzlichen Schranken nach Maßgabe der folgenden Grundsätze.

§ 16

Für die Laufbahnen des einfachen Dienstes sind mindestens zu fordern

1. erfolgreicher Besuch einer achtstufigen Volksschule oder eine entsprechende Schulbildung,
2. ein Vorbereitungsdienst.

§ 17

Für die Laufbahnen des mittleren Dienstes sind mindestens zu fordern

1. erfolgreicher Besuch einer achtstufigen Volksschule oder eine entsprechende Schulbildung,
2. ein Vorbereitungsdienst von wenigstens zwei Jahren,
3. Ablegung der Prüfung für den mittleren Dienst.

§ 18

Für die Laufbahnen des gehobenen Dienstes sind mindestens zu fordern

1. erfolgreicher Besuch der Mittelschule oder eine entsprechende Schulbildung (mittlere Reife),
2. ein Vorbereitungsdienst von wenigstens drei Jahren,
3. Ablegung der Prüfung für den gehobenen Dienst.

§ 19

(1) Für die Laufbahnen des höheren Dienstes sind mindestens zu fordern

1. abgeschlossenes Studium an einer Universität, einer technischen Hochschule oder einer anderen gleichstehenden Hochschule,
2. Ablegung der ersten Staatsprüfung oder, soweit üblich, einer Universitäts- oder Hochschulprüfung,
3. ein Vorbereitungsdienst von wenigstens drei Jahren,
4. Ablegung der zweiten Staatsprüfung.

(2) Im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 werden für den allgemeinen Verwaltungsdienst die Studien der Rechtswissenschaft (privates und öffentliches

Beschlüsse des 25. Ausschusses

der Rücknahme (§ 13 Abs. 2) vorgenommenen Amtshandlungen des Ernann ten in gleicher Weise gültig, wie wenn sie ein Beamter ausgeführt hätte. Die gezahlten Dienstbezüge können belassen werden.

3. Laufbahnen

§ 15

Die Bundesregierung erläßt durch Rechtsverordnung Vorschriften über die Laufbahnen der Beamten nach Maßgabe der folgenden Grundsätze.

§ 16

Für die Laufbahnen des einfachen Dienstes sind mindestens zu fordern

1. der erfolgreiche Besuch einer Volksschule oder eine entsprechende Schulbildung,
2. ein Vorbereitungsdienst.

§ 17

Für die Laufbahnen des mittleren Dienstes sind mindestens zu fordern

1. der erfolgreiche Besuch einer Volksschule oder eine entsprechende Schulbildung,
2. ein Vorbereitungsdienst von **einem Jahr**,
3. die Ablegung der Prüfung für den gehobenen Dienst.

§ 18

Für die Laufbahnen des höheren Dienstes sind mindestens zu fordern

1. der erfolgreiche Besuch **einer** Mittelschule oder eine entsprechende Schulbildung,
2. ein Vorbereitungsdienst von drei Jahren,
3. die Ablegung der Prüfung für den gehobenen Dienst.

§ 19

(1) Für die Laufbahnen des höheren Dienstes sind mindestens zu fordern

1. **ein** abgeschlossenes Studium an einer Universität, einer technischen Hochschule oder einer anderen gleichstehenden Hochschule,
2. die Ablegung der ersten Staatsprüfung oder, soweit üblich, einer Universitäts- oder Hochschulprüfung,
3. ein Vorbereitungsdienst von drei Jahren,
4. die Ablegung der zweiten Staatsprüfung.

(2) Im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 werden für den allgemeinen Verwaltungsdienst die Studien der Rechtswissenschaft (privates und öffentliches Recht)

Entwurf

Recht), der politischen Staatswissenschaften und der Wirtschafts- und Finanzwissenschaft als gleichwertig anerkannt.

§ 20

In den Laufbahnvorschriften kann bestimmt werden, daß die für eine Laufbahn erforderliche technische oder sonstige Fachbildung neben oder an Stelle der allgemeinen Vorbildung nachzuweisen ist.

§ 21

Von freien Bewerbern darf ein bestimmter Vorbildungsgang nicht gefordert werden, sofern er nicht für alle Bewerber gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Befähigung der freien Bewerber (§ 7 Abs. 1 Nr. 3b) ist durch den Bundespersonalausschuß oder einen von ihm zu bestimmenden unabhängigen Ausschuß festzustellen.

§ 22

Art und Dauer der Erprobungszeit (§ 9 Nr. 3) ist nach den Erfordernissen in den einzelnen Laufbahnen festzusetzen; sie soll fünf Jahre nicht übersteigen.

§ 23

Besoldungsgruppen, die bei regelmäßiger Gestaltung der Laufbahn zu durchlaufen sind, dürfen grundsätzlich nicht übersprungen werden. Dies gilt auch für freie Bewerber. Über Ausnahmen entscheidet der Bundespersonalausschuß; im Falle einer Ablehnung kann von der obersten Dienstbehörde die Entscheidung der Bundesregierung angerufen werden.

§ 24

Der Aufstieg von einer Laufbahn in die höheren Laufbahnen ist auch ohne Erfüllung der Eingangsvoraussetzungen für die höheren Laufbahnen möglich. Für den Aufstieg soll die Ablegung einer Prüfung verlangt werden; die Laufbahnvorschriften können Abweichendes bestimmen.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

sowie der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialwissenschaften als gleichwertig anerkannt.

§ 20

Die für eine Laufbahn erforderliche technische oder sonstige Fachbildung ist neben oder an Stelle der allgemeinen Vorbildung (§§ 16 bis 19) nachzuweisen.

§ 21

(1) **Andere als Laufbahnbewerber (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 b) sollen berücksichtigt werden, wenn keine geeigneten Laufbahnbewerber zur Verfügung stehen oder wenn die Berücksichtigung eines solchen Bewerbers von besonderem Vorteil für die dienstlichen Belange ist.**

(2) Von diesen Bewerbern darf ein bestimmter Vorbildungsgang nicht gefordert werden, sofern er nicht für alle Bewerber gesetzlich vorgeschrieben ist. Ihre Befähigung ist durch den Bundespersonalausschuß oder einen von ihm zu bestimmenden unabhängigen Ausschuß festzustellen.

§ 22

(1) Art und Dauer der Probezeit (§ 9 Satz 1 Nr. 3) ist nach den Erfordernissen in den einzelnen Laufbahnen festzusetzen; sie soll fünf Jahre nicht übersteigen.

(2) Die Dauer der Probezeit muß bei anderen als Laufbahnbewerbern (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 b) mindestens drei Jahre betragen; der Bundespersonalausschuß kann Ausnahmen zulassen.

(3) Inwieweit auf die Probezeit eine innerhalb des öffentlichen Dienstes im Angestellten- oder Arbeiterverhältnis verbrachte Zeit anzurechnen ist, bestimmen die Laufbahnvorschriften; die Zeit einer dem übertragenen Amt entsprechenden Tätigkeit soll angerechnet werden.

§ 23

(bisher § 25)

Beförderungen sind nach den Grundsätzen des § 8 Abs. 1 Satz 2 vorzunehmen.

§ 24

(bisher § 23)

Besoldungsgruppen, die bei regelmäßiger Gestaltung der Laufbahn zu durchlaufen sind, dürfen nicht übersprungen werden. Dies gilt auch für andere als Laufbahnbewerber. Über Ausnahmen entscheidet der Bundespersonalausschuß.

Entwurf

§ 25

Beförderungen sind nach den Grundsätzen des § 8 vorzunehmen.

4. Versetzung und Abordnung

§ 26

(1) Der Beamte kann, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, innerhalb des Dienstbereiches seines Dienstherrn versetzt werden, wenn er es beantragt oder ein dienstliches Bedürfnis besteht. Ohne seine Zustimmung ist eine Versetzung in ein anderes Amt nur zulässig, wenn das neue Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn angehört wie das bisherige Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt verbunden ist; ruhegehaltfähige und unwiderrufliche Stellenzulagen gelten hierbei als Bestandteile des Grundgehaltes. Beim Wechsel der Verwaltung ist der Beamte zu hören.

(2) Bei Auflösung einer Behörde oder bei einer auf gesetzlicher Vorschrift oder Verordnung der Bundesregierung beruhenden Verschmelzung einer Behörde mit einer anderen oder wesentlichen Änderung ihres Aufbaus kann ein Beamter dieser Behörde auch in ein Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn versetzt werden, das mit einem geringeren Endgrundgehalt verbunden ist als das bisherige Amt. Er erhält sein bisheriges Grundgehalt und steigt in Dienstaltersstufen auf.

(3) Die Versetzung eines Beamten in den Dienstbereich eines anderen Dienstherrn (§ 2) ist nur mit Einverständnis des Beamten zulässig.

§ 27

(1) Zur vorübergehenden Beschäftigung kann der Beamte unter Belassung seiner Dienstbezüge an eine andere Dienststelle abgeordnet werden. Die Abordnung an eine Dienststelle, die nicht zum Dienstbereich des Dienstherrn des Beamten gehört, bedarf der Zustimmung des Beamten, sofern sie die Dauer eines Jahres überschreitet.

(2) Wird ein Beamter eines Landes, einer Gemeinde (eines Gemeindeverbandes) oder einer sonstigen nicht der Bundesaufsicht unterstehenden Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts zur vorübergehenden Beschäftigung in den Bundesdienst abgeordnet, finden für die Dauer der Abordnung die Vorschriften des Abschnittes III (ohne die §§ 58, 75, 79 bis 84) entsprechende Anwendung; zur Zahlung der Dienstbezüge ist auch der Dienstherr verpflichtet, zu dem der Beamte abgeordnet ist.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

§ 25

(bisher § 24)

Der Aufstieg von einer Laufbahn in die nächsthöhere Laufbahn ist auch ohne Erfüllung der Eingangsvoraussetzungen möglich. Für den Aufstieg soll die Ablegung einer Prüfung verlangt werden; die Laufbahnvorschriften können Abweichendes bestimmen.

4. Versetzung und Abordnung

§ 26

(1) unverändert

(2) Bei Auflösung einer Behörde oder bei einer auf gesetzlicher Vorschrift oder Verordnung der Bundesregierung beruhenden Verschmelzung einer Behörde mit einer anderen oder wesentlichen Änderung ihres Aufbaus kann ein Beamter dieser Behörde auch in ein Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn versetzt werden, das mit einem geringeren Endgrundgehalt verbunden ist als das bisherige Amt. Er erhält sein bisheriges Grundgehalt **einschließlich ruhegehaltfähiger und unwiderruflichen Stellenzulagen** und steigt in den Dienstaltersstufen **seiner bisherigen Besoldungsgruppe** auf.

(3) unverändert

§ 27

(1) unverändert

(2) Wird ein Beamter eines Landes, einer Gemeinde (eines Gemeindeverbandes) oder einer sonstigen nicht der Bundesaufsicht unterstehenden Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechtes zur vorübergehenden Beschäftigung in den Bundesdienst abgeordnet, finden für die Dauer der Abordnung die Vorschriften des Abschnittes III (ohne die § 58, 79 bis 84 a) entsprechende Anwendung; zur Zahlung der Dienstbezüge ist auch der Dienstherr verpflichtet, zu dem der Beamte abgeordnet ist.

Entwurf

5. Beendigung des Beamtenverhältnisses

a) Entlassung

§ 28

Der Beamte ist zu entlassen,

1. wenn er sich weigert, den gesetzlich vorgeschriebenen Diensteid zu leisten oder
2. wenn er zur Zeit der Ernennung Mitglied des Bundestages oder eines Landtages war und nicht innerhalb der von der obersten Dienstbehörde gesetzten angemessenen Frist sein Mandat niederlegt.

§ 29

(1) Der Beamte ist entlassen,

1. wenn er die Eigenschaft als Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes verliert oder
2. wenn er ohne Zustimmung der obersten Dienstbehörde seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland nimmt oder
3. wenn er in den Dienst eines anderen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn tritt, sofern nicht der Fall des § 27 vorliegt.

(2) Die oberste Dienstbehörde entscheidet darüber, ob die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, und stellt den Tag der Beendigung des Beamtenverhältnisses fest. In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 3 kann sie im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern die Fortdauer des Beamtenverhältnisses anordnen.

§ 30

(1) Der Beamte kann jederzeit seine Entlassung verlangen. Das Verlangen muß dem Dienstvorgesetzten schriftlich erklärt werden. Die Erklärung kann, solange die Entlassungsverfügung dem Beamten noch nicht zugegangen ist, innerhalb von zwei Wochen nach Zugang bei dem Dienstvorgesetzten zurückgenommen werden, mit Zustimmung der Entlassungsbehörde auch nach Ablauf dieser Frist.

(2) Die Entlassung ist für den beantragten Zeitpunkt auszusprechen; sie kann jedoch solange hinausgeschoben werden, bis der Beamte seine Amtsgeschäfte ordnungsgemäß erledigt hat, längstens auf die Dauer von drei Monaten.

§ 31

(1) Der Beamte auf Probe kann ferner bei Vorliegen eines Entlassungsgrundes entlassen werden. Als Entlassungsgrund gilt nur

1. ein Verhalten, das bei einem Beamten auf Lebenszeit eine im förmlichen Dienststrafverfahren zu verhängende Dienststrafe oder eine Geldbuße in Höhe der einmonatigen Dienstbezüge zur Folge hätte oder

Beschlüsse des 25. Ausschusses

5. Beendigung des Beamtenverhältnisses

a) Entlassung

§ 28

Der Beamte ist zu entlassen,

1. wenn er sich weigert, den gesetzlich vorgeschriebenen Diensteid (§ 58) zu leisten oder
2. wenn er zur Zeit der Ernennung Mitglied des Bundestages war und nicht innerhalb der von der obersten Dienstbehörde gesetzten angemessenen Frist sein Mandat niederlegt.

§ 29

(1) unverändert

(2) Die oberste Dienstbehörde entscheidet darüber, ob die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, und stellt den Tag der Beendigung des Beamtenverhältnisses fest. In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 kann sie im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern die Fortdauer des Beamtenverhältnisses anordnen.

§ 30

(1) Der Beamte kann jederzeit seine Entlassung verlangen. Das Verlangen muß dem Dienstvorgesetzten schriftlich erklärt werden. Die Erklärung kann, solange die Entlassungsverfügung dem Beamten noch nicht zugegangen ist, innerhalb zweier Wochen nach Zugang bei dem Dienstvorgesetzten zurückgenommen werden, mit Zustimmung der Entlassungsbehörde auch nach Ablauf dieser Frist.

(2) Die Entlassung ist für den beantragten Zeitpunkt auszusprechen; sie kann jedoch solange hinausgeschoben werden, bis der Beamte seine Amtsgeschäfte ordnungsgemäß erledigt hat, längstens drei Monate.

§ 31

(1) Der Beamte auf Probe kann ferner entlassen werden, wenn einer der folgenden Entlassungsgründe vorliegt:

1. ein Verhalten, das bei einem Beamten auf Lebenszeit eine im förmlichen Disziplinarverfahren zu verhängende Disziplinarstrafe (§ 11 Abs. 1 der Bundesdisziplinarordnung) zur Folge hätte oder

Entwurf

2. mangelnde Bewährung (Eignung, Befähigung, fachliche Leistung) oder
3. Dienstunfähigkeit (§ 42), wenn der Beamte nicht nach § 46 in den Ruhestand versetzt wird, oder
4. Auflösung, Verschmelzung oder wesentliche Änderung des Aufbaus der Beschäftigungsbehörde (§ 26), wenn eine anderweitige Verwendung nicht möglich ist.

(2) Beamte auf Probe der in § 36 bezeichneten Art können jederzeit entlassen werden.

(3) Bei der Entlassung sind folgende Fristen einzuhalten:

bei einer Beschäftigungszeit

bis zu drei Monaten	zwei Wochen zum Monatsschluß,
von mehr als drei Monaten	ein Monat zum Monatsschluß,
von mindestens einem Jahr	sechs Wochen zum Schluß eines Kalendervierteljahres.

Als Beschäftigungszeit gilt die Zeit ununterbrochener Tätigkeit als Beamter auf Probe im Bereich derselben obersten Dienstbehörde.

(4) Im Falle des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1 kann der Beamte auf Probe ohne Einhaltung einer Frist entlassen werden.

(5) Erreicht ein Beamter auf Probe die Altersgrenze (§ 41 Abs. 1), so ist er mit dem Ende des Monats, in den dieser Zeitpunkt fällt, entlassen.

§ 32

(1) Der Beamte auf Widerruf kann jederzeit durch Widerruf entlassen werden. § 31 Abs. 3, 4 und 5 gilt entsprechend.

(2) Dem Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst soll Gelegenheit gegeben werden, den Vorbereitungsdienst abzuleisten und die Prüfung abzulegen. Mit der Ablegung der Prüfung endet das Beamtenverhältnis, soweit dies durch Gesetz oder Verwaltungsanordnung bestimmt ist.

§ 33

Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, wird die Entlassung von der Stelle verfügt, die nach § 10 Abs. 1 für die Ernennung des Beamten zuständig wäre, und tritt mit dem Ende des Monats ein, der auf den Monat folgt, in dem dem Beamten die Entlassungsverfügung schriftlich mitgeteilt worden ist.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

2. mangelnde Bewährung (Eignung, Befähigung, fachliche Leistung) oder
3. Dienstunfähigkeit (§ 42), wenn der Beamte nicht nach § 46 in den Ruhestand versetzt wird, oder
4. Auflösung, Verschmelzung oder wesentliche Änderung des Aufbaues der Beschäftigungsbehörde (§ 26 Abs. 2), wenn eine anderweitige Verwendung nicht möglich ist.

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) Im Falle des Absatzes 1 Nr. 1 kann der Beamte auf Probe ohne Einhaltung einer Frist entlassen werden.

(5) unverändert

§ 32

(1) unverändert

(2) Dem Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst soll Gelegenheit gegeben werden, den Vorbereitungsdienst abzuleisten und die Prüfung abzulegen. Mit der Ablegung der Prüfung endet **sein** Beamtenverhältnis, soweit dies durch Gesetz oder **allgemeine** Verwaltungsanordnung bestimmt ist.

§ 33

Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, wird die Entlassung von der Stelle verfügt, die nach § 10 Abs. 1 für die Ernennung des Beamten zuständig wäre, und tritt **im Falle des § 28 Nr. 1 mit der Zustellung, im übrigen** mit dem Ende des Monats ein, der auf den Monat folgt, in dem die Entlassungsverfügung dem Beamten schriftlich mitgeteilt worden ist.

§ 34

Nach der Entlassung hat der frühere Beamte keinen Anspruch auf Dienstbezüge und Versorgung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Er darf die Amtsbezeichnung und die im Zusammenhange mit dem Amt verliehenen Titel nur führen, wenn ihm die Erlaubnis nach § 79 Abs. 4 erteilt worden ist.

b) Eintritt in den Ruhestand

§ 35

Für den Eintritt in den Ruhestand gelten die Vorschriften der §§ 36 bis 47. Sind die Voraussetzungen des § 103 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 nicht erfüllt, so endet das Beamtenverhältnis statt durch Eintritt in den Ruhestand durch Entlassung.

§ 36

(1) Der Bundespräsident kann jederzeit einstweilig in den Ruhestand versetzen

1. Staatssekretäre und Ministerialdirektoren,
2. sonstige Beamte des höheren Dienstes im auswärtigen Dienst von der Besoldungsgruppe A 1 a an aufwärts,
3. den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz,
4. den Bundespressechef und dessen Vertreter,
5. Oberbundesanwälte und Bundesanwälte, soweit sie Beamte auf Lebenszeit sind.

(2) Gesetzliche Vorschriften, nach denen andere Beamte einstweilig in den Ruhestand versetzt werden können, bleiben unberührt.

§ 37

Der Ruhestand (§ 36) beginnt, wenn nicht im Einzelfalle ausdrücklich ein späterer Zeitpunkt festgesetzt wird, mit dem Zeitpunkt, in dem dem Beamten die Versetzung in den Ruhestand mitgeteilt wird, spätestens jedoch mit Ende der drei Monate, die auf den Monat der Mitteilung folgen. Die Verfügung kann bis zum Beginn des Ruhestandes zurückgenommen werden.

§ 38

(1) Der einstweilig in den Ruhestand versetzte Beamte erhält für den Monat, in dem ihm die Versetzung in den Ruhestand mitgeteilt worden ist, und für die folgenden drei Monate noch die Dienstbezüge des von ihm bekleideten Amtes, die zur Bestreitung von Dienstaufwandskosten bestimmten Einkünfte jedoch nur bis zum Beginn des Ruhestandes.

(2) Bezieht der einstweilig in den Ruhestand versetzte Beamte für einen Zeitraum vor dem Aufhören der Dienstbezüge ein Einkommen

§ 34

Nach der Entlassung hat der frühere Beamte keinen Anspruch auf Dienstbezüge und Versorgung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Er darf die Amtsbezeichnung und die im Zusammenhange mit dem Amt verliehenen Titel nur führen, wenn ihm die Erlaubnis nach § 79 Abs. 4 erteilt ist.

b) Eintritt in den Ruhestand

§ 35

Für den Eintritt in den Ruhestand gelten die Vorschriften der §§ 36 bis 47. Sind die Voraussetzungen des § 103 nicht erfüllt, so endet das Beamtenverhältnis statt durch Eintritt in den Ruhestand durch Entlassung.

§ 36

(1) Der Bundespräsident kann jederzeit in den **einstweiligen Ruhestand** versetzen

1. Staatssekretäre,
2. sonstige Beamte des höheren Dienstes im auswärtigen Dienst von der Besoldungsgruppe A 1 a an aufwärts,
3. den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz,
4. den Bundespressechef und dessen Vertreter,
5. Oberbundesanwälte, soweit sie Beamte auf Lebenszeit sind.

(2) Gesetzliche Vorschriften, nach denen andere Beamte **in den einstweiligen Ruhestand** versetzt werden können, bleiben unberührt.

§ 37

Der **einstweilige** Ruhestand beginnt, wenn nicht im Einzelfalle ausdrücklich ein späterer Zeitpunkt festgesetzt wird, mit dem Zeitpunkt, in dem die Versetzung in den Ruhestand dem Beamten mitgeteilt wird, spätestens jedoch mit dem Ende der drei Monate, die auf den Monat der Mitteilung folgen. Die Verfügung kann bis zum Beginn des Ruhestandes zurückgenommen werden.

§ 38

(1) Der **in den einstweiligen Ruhestand** versetzte Beamte erhält für den Monat, in dem ihm die Versetzung in den Ruhestand mitgeteilt worden ist, und für die folgenden drei Monate noch die Dienstbezüge des von ihm bekleideten Amtes, die zur Bestreitung von Dienstaufwandskosten bestimmten Einkünfte jedoch nur bis zum Beginn des **einstweiligen** Ruhestandes.

(2) Bezieht der **in den einstweiligen Ruhestand** versetzte Beamte für einen Zeitraum vor dem Aufhören der Dienstbezüge ein Einkommen aus einer

Entwurf

aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (§ 154 Abs. 4), so ermäßigen sich für die Dauer des Zusammentreffens der Einkünfte die Dienstbezüge um den Betrag dieses Einkommens.

§ 39

Der **einstweilig** in den Ruhestand versetzte Beamte ist verpflichtet, einer erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Folge zu leisten, wenn ihm ein Amt im Dienstbereich seines früheren Dienstherrn übertragen werden soll, das derselben oder einer mindestens gleichwertigen Laufbahn angehört wie das frühere Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt (§ 26 Abs. 1 Satz 2) verbunden ist.

§ 40

Der Ruhestand (§ 36) endet bei erneuter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit (§ 39).

§ 41

(1) Die Beamten auf Lebenszeit treten mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem sie das fünfundsiebzehnte Lebensjahr vollenden. Für einzelne Beamtengruppen kann gesetzlich eine **frühere Altersgrenze** vorgesehen werden.

(2) Wenn dringende dienstliche Rücksichten der Verwaltung im Einzelfall die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Beamten erfordern, kann die Bundesregierung auf Antrag der obersten Dienstbehörde den Eintritt in den Ruhestand über das fünfundsiebzehnte Lebensjahr hinaus für eine bestimmte Frist, die jeweils ein Jahr nicht übersteigen darf, hinausschieben, jedoch nicht über die Vollendung des achtundsiebzehnten Lebensjahres hinaus. Unter der gleichen Voraussetzung kann die Bundesregierung im Falle des Absatzes 1 Satz 2 die Altersgrenze bis zum fünfundsiebzehnten Lebensjahr verlängern.

(3) Wer das fünfundsiebzehnte Lebensjahr vollendet hat, darf nicht zum Beamten ernannt werden; in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 tritt an die Stelle des fünfundsiebzehnten Lebensjahres die für die einzelne Beamtengruppe vorgesehene **frühere Altersgrenze**. Ist der Beamte ernannt, so ist er zu entlassen.

(4) Der **einstweilig** in den Ruhestand versetzte Beamte gilt mit Vollendung des fünfundsiebzehnten Lebensjahres als dauernd in den Ruhestand versetzt.

§ 42

(1) Der Beamte auf Lebenszeit ist in den Ruhestand zu versetzen, wenn er infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Dienstpflichten dauernd unfähig (dienstunfähig) ist. Als dienstunfähig kann der Beamte auch dann angesehen werden, wenn er infolge Er-

Beschlüsse des 25. Ausschusses

Verwendung im öffentlichen Dienst (§ 154 Abs. 5), so ermäßigen sich die Dienstbezüge für die Dauer des Zusammentreffens der Einkünfte um den Betrag dieses Einkommens.

§ 39

Der **in den einstweiligen Ruhestand** versetzte Beamte ist verpflichtet, einer erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Folge zu leisten, wenn ihm ein Amt im Dienstbereich seines früheren Dienstherrn übertragen werden soll, das derselben oder einer mindestens gleichwertigen Laufbahn angehört wie das frühere Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt (§ 26 Abs. 1 Satz 2) verbunden ist.

§ 40

Der **einstweilige** Ruhestand endet bei erneuter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit (§ 39).

§ 41

(1) Die Beamten auf Lebenszeit treten mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem sie das fünfundsiebzehnte Lebensjahr vollenden. Für einzelne Beamtengruppen kann gesetzlich eine **andere Altersgrenze bestimmt** werden.

(2) Wenn dringende dienstliche Rücksichten der Verwaltung im Einzelfall die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Beamten erfordern, kann auf Antrag der obersten Dienstbehörde die Bundesregierung **mit Zustimmung des Bundespersonalausschusses** den Eintritt in den Ruhestand über das fünfundsiebzehnte Lebensjahr hinaus für eine bestimmte Frist, die jeweils ein Jahr nicht übersteigen darf, hinausschieben, jedoch nicht über die Vollendung des **siebzehnten** Lebensjahres hinaus. Unter der gleichen Voraussetzung kann die Bundesregierung **eine nach Absatz 1 Satz 2 festgesetzte frühere Altersgrenze** bis zum fünfundsiebzehnten Lebensjahr **hinausschieben**.

(3) Wer das fünfundsiebzehnte Lebensjahr vollendet hat, darf nicht zum Beamten ernannt werden; in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 tritt an die Stelle des fünfundsiebzehnten Lebensjahres die für die einzelne Beamtengruppe vorgesehene **andere Altersgrenze**. Ist der Beamte **trotzdem** ernannt worden, so ist er zu entlassen.

(4) Der **in den einstweiligen Ruhestand** versetzte Beamte gilt mit Vollendung des fünfundsiebzehnten Lebensjahres als dauernd in den Ruhestand versetzt.

§ 42

(1) Der Beamte auf Lebenszeit ist in den Ruhestand zu versetzen, wenn er infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Dienstpflichten dauernd unfähig (dienstunfähig) ist. Als dienstunfähig kann der Beamte auch dann angesehen werden, wenn er infolge Er-

krankung innerhalb von sechs Monaten mehr als drei Monate keinen Dienst getan hat und keine Aussicht besteht, daß er innerhalb weiterer sechs Monate wieder voll dienstfähig wird. Bestehen Zweifel über die Dienstunfähigkeit des Beamten, so ist er verpflichtet, sich nach Weisung der Behörde ärztlich untersuchen und, falls ein Amtsarzt dies für erforderlich hält, auch beobachten zu lassen.

(2) Gesetzliche Vorschriften, die für einzelne Beamtengruppen andere Voraussetzungen für die Beurteilung der Dienstunfähigkeit bestimmen, bleiben unberührt.

(3) Ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit kann ein Beamter auf Lebenszeit auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn er das zweiundsechzigste Lebensjahr vollendet hat.

§ 43

(jetzt § 45)

(1) Ist der wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzte Beamte wieder dienstfähig geworden, so kann er, solange er das fünfundsiebzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, erneut in das Beamtenverhältnis berufen werden. Die §§ 39 und 40 gelten entsprechend.

(2) Zum Zwecke der Nachprüfung der Dienstunfähigkeit ist der Beamte verpflichtet, sich nach Ablauf von jeweils zwei Jahren nach Eintritt in den Ruhestand nach Weisung der Behörde amtsärztlich untersuchen zu lassen.

§ 44

(jetzt § 43)

(1) Beantragt der Beamte, ihn nach § 42 Abs. 1 in den Ruhestand zu versetzen, so wird seine Dienstunfähigkeit dadurch festgestellt, daß sein unmittelbarer Dienstvorgesetzter nach Beiziehung eines amtsärztlichen Gutachtens über den Gesundheitszustand erklärt, er halte ihn nach pflichtgemäßem Ermessen für dauernd unfähig, seine Amtspflichten zu erfüllen.

(2) Die über die Versetzung in den Ruhestand entscheidende Behörde ist an die Erklärung des unmittelbaren Dienstvorgesetzten nicht gebunden; sie kann auch andere Beweise erheben.

krankung innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten mehr als drei Monate keinen Dienst getan hat und keine Aussicht besteht, daß er innerhalb weiterer sechs Monate wieder voll dienstfähig wird. Bestehen Zweifel über die Dienstunfähigkeit des Beamten, so ist er verpflichtet, sich nach Weisung der Behörde ärztlich untersuchen und, falls ein Amtsarzt dies für erforderlich hält, auch beobachten zu lassen.

(2) unverändert

(3) unverändert

§ 43

(bisher § 44)

(1) Beantragt der Beamte, ihn nach § 42 Abs. 1 in den Ruhestand zu versetzen, so wird seine Dienstunfähigkeit dadurch festgestellt, daß sein unmittelbarer Dienstvorgesetzter auf Grund eines amtsärztlichen Gutachtens über den Gesundheitszustand erklärt, er halte ihn nach pflichtgemäßem Ermessen für dauernd unfähig, seine Amtspflichten zu erfüllen.

(2) Die über die Versetzung in den Ruhestand entscheidende Behörde ist an die Erklärung des unmittelbaren Dienstvorgesetzten nicht gebunden; sie kann auch andere Beweise erheben.

§ 44

(bisher § 45)

(1) Hält der Dienstvorgesetzte den Beamten für dienstunfähig und beantragt dieser die Versetzung in den Ruhestand nicht, so teilt der Dienstvorgesetzte dem Beamten oder seinem Pfleger mit, daß seine Versetzung in den Ruhestand beabsichtigt sei; dabei sind die Gründe für die Versetzung in den Ruhestand anzugeben. Hält der Dienstvorgesetzte zur Durchführung des Verfahrens die Bestellung eines Pflegers für erforderlich, so beantragt er sie beim Amtsgericht; das Amtsgericht hat dem Antrage zu entsprechen.

(2) Erhebt der Beamte oder sein Pfleger innerhalb eines Monats keine Einwendungen, so entscheidet die nach § 47 Abs. 1 zuständige Behörde über die Versetzung in den Ruhestand.

(3) Werden Einwendungen erhoben, so entscheidet die oberste Dienstbehörde oder die für die Versetzung in den Ruhestand zuständige nachgeordnete Stelle, ob das Verfahren einzustellen oder fortzuführen ist. Die Entscheidung ist dem Beamten oder seinem Pfleger zuzustellen.

(4) Wird das Verfahren fortgeführt, so sind mit dem Ende der drei Monate, die auf den Monat der Mitteilung der Entscheidung folgen, bis zum Beginn des Ruhestandes die das Ruhegehalt übersteigenden Dienstbezüge einzubehalten. Zur Fortführung des Verfahrens wird ein Beamter mit der Ermittlung des Sachverhaltes beauftragt; er hat die Rechte und Pflichten des Untersuchungsführers im förmlichen **Disziplinarverfahren**. Der Beamte oder sein Pfleger ist zu den Vernehmungen zu laden. Nach Abschluß der Ermittlungen ist der Beamte oder sein Pfleger zu dem Ergebnis der Ermittlungen zu hören.

(5) Wird die Dienstfähigkeit des Beamten festgestellt, so ist das Verfahren einzustellen. Die Entscheidung ist dem Beamten oder seinem Pfleger zuzustellen; die nach Absatz 4 Satz 1 einbehaltenen Beträge sind nachzuzahlen. Wird die Dienstunfähigkeit festgestellt, so wird der Beamte mit dem Ende des Monats, in dem ihm die Verfügung mitgeteilt worden ist, in den Ruhestand versetzt; die einbehaltenen Beträge werden nicht nachgezahlt. Sofern nicht die oberste Dienstbehörde den Beamten in den Ruhestand versetzt hat, entscheidet auf einen innerhalb einer Ausschußfrist von zwei Wochen zu stellenden Antrag des Beamten oder seines Pflegers die oberste Dienstbehörde darüber, ob die Versetzung in den Ruhestand aufrechterhalten wird.

§ 45
(jetzt § 44)

(1) Hält der Dienstvorgesetzte den Beamten für dienstunfähig und beantragt dieser die Versetzung in den Ruhestand nicht, so teilt der Dienstvorgesetzte dem Beamten oder seinem Pfleger mit, daß seine Versetzung in den Ruhestand beabsichtigt sei; dabei sind die Gründe für die Versetzung in den Ruhestand anzugeben. Hält der Dienstvorgesetzte zur Durchführung des Verfahrens die Bestellung eines Pflegers für erforderlich, so beantragt er sie beim Amtsgericht; das Amtsgericht hat dem Antrage zu entsprechen.

(2) Erhebt der Beamte oder sein Pfleger innerhalb eines Monats keine Einwendungen, so entscheidet die nach § 47 zuständige Behörde über die Versetzung in den Ruhestand.

(3) Werden Einwendungen erhoben, so entscheidet die oberste Dienstbehörde oder die für die Versetzung in den Ruhestand zuständige nachgeordnete Stelle, ob das Verfahren einzustellen oder fortzuführen ist. Die Entscheidung ist dem Beamten oder seinem Pfleger zuzustellen.

(4) Wird das Verfahren fortgeführt, so sind mit dem Ende der drei Monate, die auf den Monat der Mitteilung der Entscheidung folgen, bis zum Beginn des Ruhestandes die das Ruhegehalt übersteigenden Dienstbezüge einzubehalten. Zur Fortführung des

§ 45
(bisher § 43)

(1) Ist **ein** wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzter Beamter wieder dienstfähig geworden, so kann er, solange er das **zweiundsechzigste** Lebensjahr noch nicht vollendet hat, erneut in das Beamtenverhältnis berufen werden; die §§ 39 und 40 gelten entsprechend. **Nach Ablauf von fünf Jahren seit Eintritt in den Ruhestand ist eine erneute Berufung in das Beamtenverhältnis nur mit Zustimmung des Beamten zulässig.**

(2) **Beantragt der Beamte nach Wiederherstellung seiner Dienstfähigkeit und vor Ablauf von fünf Jahren seit dem Eintritt in den Ruhestand, ihn erneut in das Beamtenverhältnis zu berufen, so ist diesem Antrage zu entsprechen, falls nicht zwingende dienstliche Gründe entgegenstehen.**

(3) **Zur Nachprüfung der Dienstfähigkeit ist der Beamte verpflichtet, sich nach Weisung der Behörde amtsärztlich untersuchen zu lassen. Der Beamte kann eine solche Untersuchung verlangen, wenn er einen Antrag nach Absatz 2 zu stellen beabsichtigt.**

Verfahrens wird ein Beamter mit der Ermittlung des Sachverhaltes beauftragt; er hat die Rechte und Pflichten des Untersuchungsführers im förmlichen Dienststrafverfahren. Der Beamte oder sein Pfleger ist zu den Vernehmungen zu laden. Nach Abschluß der Ermittlungen ist der Beamte oder sein Pfleger zu dem Ergebnis der Ermittlungen zu hören.

(5) Wird die Dienstfähigkeit des Beamten festgestellt, so ist das Verfahren einzustellen. Die Entscheidung ist dem Beamten oder seinem Pfleger zuzustellen; die nach Absatz 4 Satz 1 einbehaltenen Beträge sind nachzuzahlen. Wird die Dienstunfähigkeit festgestellt, so wird der Beamte mit Ende des Monats, in dem ihm die Verfügung mitgeteilt ist, in den Ruhestand versetzt; die einbehaltenen Beträge werden nicht nachgezahlt. Sofern nicht die oberste Dienstbehörde den Beamten in den Ruhestand versetzt hat, entscheidet auf einen innerhalb einer Ausschlußfrist von zwei Wochen zu stellenden Antrag des Beamten oder seines Pflegers die oberste Dienstbehörde darüber, ob die Versetzung in den Ruhestand aufrechterhalten wird.

§ 46

(1) Der Beamte auf Probe ist in den Ruhestand zu versetzen, wenn er infolge Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig (§ 42) geworden ist.

(2) Er kann in den Ruhestand versetzt werden, wenn er aus anderen Gründen dienstunfähig geworden ist. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen; sie kann ihre Befugnis im Einvernehmen mit diesem Minister auf andere Behörden übertragen.

(3) Die §§ 43 bis 45 finden entsprechende Anwendung.

§ 47

(1) Die Versetzung in den Ruhestand wird, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, von der Stelle verfügt, die nach § 10 für die Ernennung zuständig wäre. Die Verfügung ist dem Beamten schriftlich mitzuteilen: sie kann bis zum Beginn des Ruhestandes zurückgenommen werden.

(2) Der Ruhestand beginnt, abgesehen von den Fällen der §§ 37, 41 und 45 Abs. 5 mit dem Ende der drei Monate, die auf den Monat folgen, in dem dem Beamten die Versetzung in den Ruhestand mitgeteilt worden ist. Bei der Mitteilung der Versetzung in den Ruhestand kann auf Antrag oder mit ausdrücklicher Zustimmung des Beamten ein früherer Zeitpunkt festgesetzt werden.

§ 46

unverändert

§ 47

(1) Die Versetzung in den Ruhestand wird, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, von der Stelle verfügt, die nach § 10 Abs. 1 für die Ernennung **des Beamten** zuständig wäre. Die Verfügung ist dem Beamten schriftlich **zuzustellen**; sie kann bis zum Beginn des Ruhestandes zurückgenommen werden.

(2) Der Ruhestand beginnt, abgesehen von den Fällen der §§ 37, 41 und 44 Abs. 5 mit dem Ende der drei Monate, die auf den Monat folgen, in dem die Versetzung in den Ruhestand dem Beamten mitgeteilt worden ist. Bei der Mitteilung der Versetzung in den Ruhestand kann auf Antrag oder mit ausdrücklicher Zustimmung des Beamten ein früherer Zeitpunkt festgesetzt werden.

Entwurf

(3) Der Ruhestandsbeamte erhält Ruhegehalt nach den Vorschriften des Abschnitts V, in den Fällen des § 38 nach Ablauf der Zeit, für die Dienstbezüge gewährt werden.

c) Verlust der Beamtenrechte

§ 48

Das Beamtenverhältnis eines Beamten, der im ordentlichen Strafverfahren durch das Urteil eines Gerichts im Bundesgebiet zu Zuchthaus, wegen vorsätzlich begangener Tat zu Gefängnis von einem Jahr oder längerer Dauer oder wegen vorsätzlicher hochverräterischer oder landesverräterischer Handlung zu Gefängnis verurteilt wird, endet mit der Rechtskraft des Urteils. Entsprechendes gilt, wenn dem Beamten die bürgerlichen Ehrenrechte oder die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt werden.

§ 49

Endet das Beamtenverhältnis nach § 48, so hat der frühere Beamte keinen Anspruch auf Dienstbezüge und Versorgung. Er darf die Amtsbezeichnung und die im Zusammenhange mit dem Amt verliehenen Titel nicht führen.

§ 50

(1) Dem Bundespräsidenten steht hinsichtlich des Verlustes der Beamtenrechte (§§ 48, 49) das Gnadenrecht zu. Er übt es selbst aus oder überträgt die Ausübung anderen Stellen.

(2) Wird im Gnadenwege der Verlust der Beamtenrechte in vollem Umfange beseitigt, so treten von diesem Zeitpunkt ab dieselben Folgen ein, wie wenn die den Verlust bewirkende Entscheidung im Wiederaufnahmeverfahren durch eine Entscheidung ersetzt worden wäre, die diese Wirkung nicht hat.

§ 51

(1) Wird eine Entscheidung, durch die der Verlust der Beamtenrechte bewirkt worden ist, im Wiederaufnahmeverfahren durch eine Entscheidung ersetzt, die diese Wirkung nicht hat, so gilt das Beamtenverhältnis als nicht unterbrochen; der Beamte hat Anspruch auf Übertragung eines Amtes derselben oder einer mindestens gleichwertigen Laufbahn wie sein bisheriges Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt (§ 26 Abs. 1 Satz 2). Bis zur Übertragung des neuen Amtes erhält er die Dienstbezüge, die ihm aus seinem bisherigen Amt zugestanden hätten.

(2) Ist auf Grund des im Wiederaufnahmeverfahren festgestellten Sachverhalts oder auf Grund

Beschlüsse des 25. Ausschusses

(3) Der Ruhestandsbeamte erhält **lebenslanglich** Ruhegehalt nach den Vorschriften des Abschnitts V, in den Fällen des § 38 nach Ablauf der Zeit, für die Dienstbezüge gewährt werden.

c) Verlust der Beamtenrechte

§ 48

Das Beamtenverhältnis eines Beamten, der im ordentlichen Strafverfahren durch das Urteil eines **deutschen** Gerichts im Bundesgebiet **oder im Lande Berlin**

1. zu Zuchthaus **oder**

2. wegen vorsätzlich begangener Tat zu Gefängnis von einem Jahr oder längerer Dauer **oder**

3. wegen vorsätzlicher hochverräterischer oder landesverräterischer Handlung zu Gefängnis verurteilt wird,

endet mit der Rechtskraft des Urteils. Entsprechendes gilt, wenn dem Beamten die bürgerlichen Ehrenrechte oder die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt werden.

§ 49

unverändert

§ 50

(1) Dem Bundespräsidenten steht hinsichtlich des Verlustes der Beamtenrechte (§§ 48, 49) das Gnadenrecht zu. Er **kann** die Ausübung anderen Stellen **übertragen**.

(2) Wird im Gnadenwege der Verlust der Beamtenrechte in vollem Umfange beseitigt, so gilt von diesem Zeitpunkt ab **§ 51 entsprechend**.

§ 51

(1) Wird eine Entscheidung, durch die der Verlust der Beamtenrechte bewirkt worden ist, im Wiederaufnahmeverfahren durch eine Entscheidung ersetzt, die diese Wirkung nicht hat, so gilt das Beamtenverhältnis als nicht unterbrochen. Der Beamte hat, **sofern er die Altersgrenze noch nicht erreicht hat und noch dienstfähig ist**, Anspruch auf Übertragung eines Amtes derselben oder einer mindestens gleichwertigen Laufbahn wie sein bisheriges Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt (§ 26 Abs. 1 Satz 2); bis zur Übertragung des neuen Amtes erhält er die Dienstbezüge, die ihm aus seinem bisherigen Amt zugestanden hätten.

(2) Ist auf Grund des im Wiederaufnahmeverfahren festgestellten Sachverhalts oder auf Grund

Entwurf

eines rechtskräftigen Strafurteils, das nach der früheren Entscheidung ergangen ist, ein Dienststrafverfahren mit dem Ziel der Entfernung des Beamten aus dem Dienst eingeleitet worden, so verliert der Beamte die ihm nach Absatz 1 zustehenden Ansprüche, wenn auf Entfernung aus dem Dienst erkannt wird; bis zur rechtskräftigen Entscheidung können die Ansprüche nicht geltend gemacht werden.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend in Fällen der Entlassung eines Beamten auf Probe oder auf Widerruf wegen eines Verhaltens der in § 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 bezeichneten Art.

(4) Der Beamte muß sich auf die ihm nach Absatz 1 zustehenden Dienstbezüge ein anderes Arbeitseinkommen oder einen Unterhaltsbeitrag anrechnen lassen; er ist zur Auskunft hierüber verpflichtet.

Abschnitt III

Rechtliche Stellung der Beamten

1. Pflichten

a) Allgemeines

§ 52

(1) Der Beamte ist Diener des ganzen Volkes, nicht einer Partei. Er hat seine Aufgaben unparteiisch und gerecht zu erfüllen und bei seiner Amtsführung auf das Wohl der Allgemeinheit Bedacht zu nehmen.

(2) Der Beamte muß sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen.

§ 53

(1) Der Beamte hat bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung als Diener der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben; er darf in der Öffentlichkeit nicht als aktiver Anhänger einer politischen Partei hervortreten.

(2) Der Beamte muß aus seinem Amt ausscheiden, wenn er ein durch Wahl zu besetzendes öffentliches Amt antritt oder die Aufstellung als Bewerber für die Wahl zum Abgeordneten des Bundestages oder eines Landtages annimmt. Das Nähere wird durch Gesetz bestimmt.

§ 54

Der Beamte hat sich mit voller Hingabe seinem Beruf zu widmen. Er hat sein Amt uneigennützig

Beschlüsse des 25. Ausschusses

eines rechtskräftigen Strafurteils, das nach der früheren Entscheidung ergangen ist, ein **Disziplinar**verfahren mit dem Ziel der Entfernung des Beamten aus dem Dienst eingeleitet worden, so verliert der Beamte die ihm nach Absatz 1 zustehenden Ansprüche, wenn auf Entfernung aus dem Dienst erkannt wird; bis zur rechtskräftigen Entscheidung können die Ansprüche nicht geltend gemacht werden.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend in Fällen der Entlassung eines Beamten auf Probe oder auf Widerruf wegen eines Verhaltens der in § 31 Abs. 1 Nr. 1 bezeichneten Art.

(4) unverändert

Abschnitt III

Rechtliche Stellung der Beamten

1. Pflichten

a) Allgemeines

§ 52

(1) Der Beamte **dient** dem ganzen Volke, nicht einer Partei. Er hat seine Aufgaben unparteiisch und gerecht zu erfüllen und bei seiner Amtsführung auf das Wohl der Allgemeinheit Bedacht zu nehmen.

(2) Der Beamte muß sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung **im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten.**

§ 53

(1) Der Beamte hat bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung **gegenüber** der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben.

(2) entfällt hier
siehe § 57 a

§ 54

unverändert

nach bestem Gewissen zu verwalten. Sein Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes muß der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die sein Beruf erfordert.

§ 55

Der Beamte hat seine Vorgesetzten zu beraten und zu unterstützen. Er ist verpflichtet, die von ihnen erlassenen Anordnungen in ihrem Sinne auszuführen und ihre allgemeinen Richtlinien zu befolgen, sofern es sich nicht um Fälle handelt, in denen er nach besonderer gesetzlicher Vorschrift an Weisungen nicht gebunden und nur dem Gesetz unterworfen ist.

§ 56

(1) Der Beamte trägt für die Rechtmäßigkeit seiner dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

(2) Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen hat der Beamte unverzüglich bei seinem unmittelbaren Vorgesetzten geltend zu machen. Wird die Anordnung aufrechterhalten, so hat sich der Beamte, wenn seine Bedenken gegen ihre Rechtmäßigkeit fortbestehen, an den nächsthöheren Vorgesetzten zu wenden. Bestätigt dieser die Anordnung, so muß der Beamte sie ausführen, sofern nicht das ihm aufgetragene Verhalten strafbar und die Strafbarkeit für ihn erkennbar ist; von der eigenen Verantwortung ist er befreit.

(3) Verlangt der unmittelbare Vorgesetzte die sofortige Ausführung der Anordnung, weil Gefahr im Verzuge besteht und die Entscheidung des nächsthöheren Vorgesetzten nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, so gilt Absatz 2 Satz 3 entsprechend.

§ 57

Dienstverweigerung oder Arbeitsniederlegung, auch zum Zwecke der Wahrung oder Förderung der Arbeitsbedingungen, sind unzulässig.

b) Diensteid

§ 58

(1) Der Beamte hat folgenden Diensteid zu leisten:

„Ich schwöre, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und alle in der Bundesrepublik geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

(2) Der Eid kann auch ohne religiöse Bezeugung geleistet werden.

§ 55

Der Beamte hat seine Vorgesetzten zu beraten und zu unterstützen. Er ist verpflichtet, die von ihnen erlassenen Anordnungen auszuführen und ihre allgemeinen Richtlinien zu befolgen, sofern es sich nicht um Fälle handelt, in denen er nach besonderer gesetzlicher Vorschrift an Weisungen nicht gebunden und nur dem Gesetz unterworfen ist.

§ 56

(1) unverändert

(2) Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen hat der Beamte unverzüglich bei seinem unmittelbaren Vorgesetzten geltend zu machen. Wird die Anordnung aufrechterhalten, so hat sich der Beamte, wenn seine Bedenken gegen ihre Rechtmäßigkeit fortbestehen, an den nächsthöheren Vorgesetzten zu wenden. Bestätigt dieser die Anordnung, so muß der Beamte sie ausführen, sofern nicht das ihm aufgetragene Verhalten strafbar und die Strafbarkeit für ihn erkennbar ist; von der eigenen Verantwortung ist er befreit. **Die Bestätigung hat auf Verlangen schriftlich zu erfolgen.**

(3) Verlangt der unmittelbare Vorgesetzte die sofortige Ausführung der Anordnung, weil Gefahr im Verzuge besteht und die Entscheidung des nächsthöheren Vorgesetzten nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, so gilt Absatz 2 Satz 3 und 4 entsprechend.

§ 57

entfällt

§ 57 a

Der Beamte muß aus seinem Amt ausscheiden, wenn er die Wahl zum Abgeordneten des Bundestages annimmt. Das Nähere wird durch Gesetz bestimmt.

b) Diensteid

§ 58

(1) unverändert

(2) Der Eid kann auch ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

Entwurf

(3) Gestattet ein Gesetz den Mitgliedern einer Religionsgesellschaft, an Stelle des Eides andere Beteuerungsformeln zu gebrauchen, so kann der Beamte, der Mitglied einer solchen Religionsgesellschaft ist, diese Beteuerungsformel sprechen.

c) Beschränkung bei Vornahme von Amtshandlungen

§ 59

(1) Der Beamte darf ohne Genehmigung seines Dienstvorgesetzten keine Amtshandlungen vornehmen, durch die er sich selbst oder einem Angehörigen einen Vorteil verschaffen würde.

(2) Der Beamte ist von solchen Amtshandlungen zu befreien, die sich gegen ihn selbst oder einen Angehörigen richten würden.

(3) Angehörige im Sinne der Absätze 1 und 2 sind Personen, zu deren Gunsten dem Beamten wegen familienrechtlicher Beziehungen im Strafverfahren das Zeugnisverweigerungsrecht zusteht.

(4) Gesetzliche Vorschriften, nach denen der Beamte von einzelnen Amtshandlungen ausgeschlossen ist, bleiben unberührt.

§ 60

(1) Die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde kann einem Beamten aus zwingenden Gründen die Führung seiner Dienstgeschäfte verbieten. Das Verbot ist spätestens nach Ablauf von drei Monaten aufzuheben, sofern nicht gegen den Beamten das förmliche Dienststrafverfahren oder ein sonstiges auf Rücknahme der Ernennung oder Beendigung des Beamtenverhältnisses gerichtetes Verfahren eingeleitet worden ist.

(2) Der Beamte soll vor Erlaß des Verbotes gehört werden.

d) Amtsverschwiegenheit

§ 61

(1) Der Beamte hat, auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, über die ihm bei seiner amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten, die auf Grund eines Gesetzes, einer dienstlichen Anordnung oder ihrem Wesen nach geheim gehalten werden müssen, Verschwiegenheit zu bewahren.

(2) Er darf ohne Genehmigung über solche Angelegenheiten weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Die Genehmigung erteilt der Dienstvorgesetzte oder, wenn das Beamtenverhältnis beendet ist, der letzte Dienstvorgesetzte.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

(3) Gestattet ein Gesetz den Mitgliedern einer Religionsgesellschaft, an Stelle **der Worte „Ich schwöre“** andere Beteuerungsformeln zu gebrauchen, so kann der Beamte, der Mitglied einer solchen Religionsgesellschaft ist, diese Beteuerungsformel sprechen.

c) Beschränkung bei Vornahme von Amtshandlungen

§ 59

(1) entfällt

(2) Der Beamte ist von Amtshandlungen zu befreien, die sich gegen ihn selbst oder einen Angehörigen richten würden.

(3) Angehörige im Sinne des Absatzes 1 sind Personen, zu deren Gunsten dem Beamten wegen familienrechtlicher Beziehungen im Strafverfahren das Zeugnisverweigerungsrecht zusteht.

(4) unverändert

§ 60

(1) Die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde kann einem Beamten aus zwingenden **dienstlichen** Gründen die Führung seiner Dienstgeschäfte verbieten. Das Verbot **erlischt**, sofern nicht **bis zum** Ablauf von drei Monaten gegen den Beamten das förmliche **Disziplinarverfahren** oder ein sonstiges auf Rücknahme der Ernennung oder **auf** Beendigung des Beamtenverhältnisses gerichtetes Verfahren eingeleitet worden ist.

(2) unverändert

d) Amtsverschwiegenheit

§ 61

(1) Der Beamte hat, auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, über die ihm bei seiner amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. **Dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr oder über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.**

(2) **Der Beamte** darf ohne Genehmigung über solche Angelegenheiten weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Die Genehmigung erteilt der Dienstvorgesetzte oder, wenn das Beamtenverhältnis beendet ist, der letzte Dienstvorgesetzte.

Entwurf

(3) Der Beamte hat, auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, auf Verlangen des Dienstvorgesetzten oder des letzten Dienstvorgesetzten amtliche Schriftstücke, Zeichnungen, bildliche Darstellungen sowie Aufzeichnungen über dienstliche Vorgänge, auch soweit es sich um Wiedergaben handelt, herauszugeben. Die gleiche Verpflichtung trifft seine Hinterbliebenen und seine Erben.

§ 62

(1) Die Genehmigung, als Zeuge auszusagen, soll nur versagt werden, wenn die Aussage dem Wohle des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährden oder erheblich erschweren würde.

(2) Die Genehmigung, ein Gutachten zu erstatten, kann versagt werden, wenn die Erstattung den dienstlichen Interessen Nachteile bereiten würde.

(3) Ist der Beamte Partei oder Beschuldigter in einem gerichtlichen Verfahren oder soll sein Vorbringen der Wahrnehmung seiner berechtigten Interessen dienen, so soll die Genehmigung auch dann, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt sind, nur versagt werden, wenn die dienstlichen Rücksichten dies unabweisbar fordern. Wird sie versagt, so hat der Dienstvorgesetzte dem Beamten den Schutz zu gewähren, den die dienstlichen Rücksichten zulassen.

e) Nebentätigkeit

§ 63

Der Beamte ist verpflichtet, auf Verlangen seiner obersten Dienstbehörde eine Nebentätigkeit (Nebenamt, Nebenbeschäftigung) im öffentlichen Dienst zu übernehmen und fortzuführen, sofern diese Tätigkeit seiner Vorbildung oder Berufsausbildung entspricht und ihn nicht über Gebühr in Anspruch nimmt. Die oberste Dienstbehörde kann die Befugnis auf nachgeordnete Behörden übertragen.

§ 64

(1) Der Beamte bedarf, soweit er nicht nach § 63 zur Übernahme verpflichtet ist, der vorherigen Genehmigung

1. zur Übernahme eines Nebenamtes, einer Vormundschaft, Pflegschaft oder Testamentsvollstreckung,

Beschlüsse des 25. Ausschusses

(3) Der Beamte hat, auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, auf Verlangen des Dienstvorgesetzten oder des letzten Dienstvorgesetzten amtliche Schriftstücke, Zeichnungen, bildliche Darstellungen sowie Aufzeichnungen **jeder Art** über dienstliche Vorgänge, auch soweit es sich um Wiedergaben handelt, herauszugeben. Die gleiche Verpflichtung trifft seine Hinterbliebenen und seine Erben.

(4) Unberührt bleibt die gesetzlich begründete Pflicht des Beamten, strafbare Handlungen anzuzeigen und bei Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung für deren Erhaltung einzutreten.

§ 62

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) Ist der Beamte Partei oder Beschuldigter in einem gerichtlichen Verfahren oder soll sein Vorbringen der Wahrnehmung seiner berechtigten Interessen dienen, so soll die Genehmigung auch dann, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt sind, nur versagt werden, wenn die dienstlichen Rücksichten dies unabweisbar **erfordern**. Wird sie versagt, so hat der Dienstvorgesetzte dem Beamten den Schutz zu gewähren, den die dienstlichen Rücksichten zulassen.

§ 62 a

Auskünfte an die Presse erteilt der Vorstand der Behörde oder der von ihm bestimmte Beamte.

e) Nebentätigkeit

§ 63

unverändert

§ 64

(1) Der Beamte bedarf, soweit er nicht nach § 63 zur Übernahme verpflichtet ist, der vorherigen Genehmigung

1. zur Übernahme eines Nebenamtes, einer Vormundschaft, Pflegschaft oder Testamentsvollstreckung,

Entwurf

2. zur Übernahme einer Nebenbeschäftigung gegen Vergütung, zu einer gewerblichen Tätigkeit oder zur Mitarbeit zu einem Gewerbebetrieb,
3. zum Eintritt in den Vorstand, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat oder ein sonstiges Organ einer Gesellschaft, Genossenschaft oder eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens sowie zur Übernahme einer Treuhänderschaft.

(2) Die Genehmigung erteilt die oberste Dienstbehörde. Sie kann diese Befugnis auf nachgeordnete Behörden übertragen. Die Genehmigung kann bedingt oder befristet werden und ist widerruflich.

§ 65

Nicht genehmigungspflichtig ist die Verwaltung eigenen oder der Nutznießung des Beamten unterliegenden Vermögens, eine schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit des Beamten sowie die mit Lehr- und Forschungsaufgaben zusammenhängende selbständige Gutachtertätigkeit von Beamten an wissenschaftlichen Instituten und Anstalten. Die dienstliche Verantwortlichkeit des Beamten bleibt unberührt; es ist Pflicht des Dienstvorgesetzten, Mißbräuchen entgegenzutreten.

§ 66

Der Beamte, der aus einer auf Anordnung, Vorschlag oder Veranlassung seines Dienstvorgesetzten übernommenen Tätigkeit im Vorstand, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat oder in einem sonstigen Organ einer Gesellschaft, Genossenschaft oder eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens haftbar gemacht wird, hat gegen den Dienstherrn Anspruch auf Ersatz des ihm entstandenen Schadens. Ist der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt, so ist der Dienstherr nur dann ersatzpflichtig, wenn der Beamte auf Anordnung eines Vorgesetzten gehandelt hat.

§ 67

Endet das Beamtenverhältnis, so enden, wenn im Einzelfall nichts anderes bestimmt wird, auch die Nebenämter und Nebenbeschäftigungen, die dem

Beschlüsse des 25. Ausschusses

2. zur Übernahme einer Nebenbeschäftigung gegen Vergütung, zu einer gewerblichen Tätigkeit, zur Mitarbeit in einem Gewerbebetrieb oder zur **Ausübung eines freien Berufes**,
3. zum Eintritt in den Vorstand, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat oder **in** ein sonstiges Organ einer Gesellschaft, **einer** Genossenschaft oder eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens sowie zur Übernahme einer Treuhänderschaft.

(2) Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn zu besorgen ist, daß die Nebentätigkeit die dienstlichen Leistungen, die Unparteilichkeit oder die Unbefangenheit des Beamten oder andere dienstliche Interessen beeinträchtigen würde. Ergibt sich eine solche Beeinträchtigung nach Erteilung der Genehmigung, so ist diese zu widerrufen.

(3) Die Genehmigung erteilt die oberste Dienstbehörde. Sie kann die Befugnis auf nachgeordnete Behörden übertragen.

§ 65

(1) Nicht genehmigungspflichtig ist

1. die Verwaltung eigenen oder der Nutznießung des Beamten unterliegenden Vermögens,
2. eine schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit des Beamten,
3. die mit Lehr- und Forschungsaufgaben zusammenhängende selbständige Gutachtertätigkeit von Beamten an wissenschaftlichen Instituten und Anstalten,
4. die Tätigkeit zur Wahrung von Berufsinteressen in Gewerkschaften oder Berufsverbänden oder in Selbsthilfeeinrichtungen der Beamten,
5. die unentgeltliche Tätigkeit in Organen von Genossenschaften.

(2) Die dienstliche Verantwortlichkeit des Beamten bleibt unberührt; es ist Pflicht des Dienstvorgesetzten, Mißbräuchen entgegenzutreten.

§ 66

unverändert

§ 67

unverändert

Beamten im Zusammenhang mit seinem Hauptamt übertragen sind oder die er auf Anordnung, Vorschlag oder Veranlassung seines Dienstvorgesetzten übernommen hat.

§ 68

Die zur Ausführung der §§ 63 bis 67 notwendigen Vorschriften über die Nebentätigkeit der Beamten erläßt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung. In ihr kann bestimmt werden, ob und inwieweit der Beamte für eine Nebentätigkeit eine Vergütung erhält oder eine erhaltene Vergütung abzuführen hat; auch kann für einzelne Beamtengruppen die Einholung einer Genehmigung in den in § 65 bezeichneten Fällen bestimmt werden, soweit dies nach der Natur des Dienstverhältnisses erforderlich ist.

f) Annahme von Belohnungen

§ 69

Der Beamte darf, auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, Belohnungen oder Geschenke in Bezug auf sein Amt nur mit Zustimmung der obersten oder der letzten obersten Dienstbehörde annehmen. Die Befugnis zur Zustimmung kann auf andere Behörden übertragen werden.

§ 69 a

Der Beamte darf Titel, Orden und Ehrenzeichen von einem ausländischen Staatsoberhaupt oder einer ausländischen Regierung nur mit Genehmigung des Bundespräsidenten annehmen.

g) Arbeitszeit

§ 70

(1) Die Bundesregierung regelt die Arbeitszeit der Beamten im Rahmen der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften durch Rechtsverordnung.

(2) Der Beamte ist verpflichtet, ohne Entschädigung auch über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn die dienstlichen Verhältnisse es fordern. Zum Ausgleich einer außergewöhnlich starken dienstlichen Mehrbeanspruchung außerhalb der Dienststunden soll ihm nach Möglichkeit Dienstbefreiung zu anderer Zeit gewährt werden.

§ 68

Die zur Ausführung der §§ 63 bis 67 notwendigen Vorschriften über die Nebentätigkeit der Beamten erläßt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung. In ihr kann bestimmt werden, ob und inwieweit der Beamte für eine **im öffentlichen Dienst ausgeübte oder auf Anordnung, Vorschlag oder Veranlassung seines Dienstvorgesetzten übernommene** Nebentätigkeit eine Vergütung erhält oder eine erhaltene Vergütung abzuführen hat; **ferner** kann für einzelne Beamtengruppen, **soweit es nach der Natur des Dienstverhältnisses erforderlich ist, auch die in § 65 Abs. 1 Nr. 2 und 3 bezeichnete Nebentätigkeit von einer Genehmigung abhängig gemacht werden.**

f) Annahme von Belohnungen

§ 69

unverändert

§ 69 a

unverändert

g) Arbeitszeit

§ 70

(1) **Die regelmäßige Arbeitszeit an Arbeitstagen beträgt grundsätzlich acht Stunden und darf wöchentlich im Durchschnitt achtundvierzig Stunden nicht überschreiten. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit vermindert sich für jeden gesetzlich anerkannten Wochenfeiertag um acht Stunden.**

(2) Der Beamte ist verpflichtet, ohne Entschädigung über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn die dienstlichen Verhältnisse es erfordern. **Wird er dadurch erheblich mehr beansprucht, so ist ihm nach Möglichkeit Dienstbefreiung zu anderer Zeit zu gewähren.**

(3) **Soweit der Dienst in Bereitschaft besteht, kann die Arbeitszeit entsprechend den dienstlichen Bedürfnissen verlängert werden. Im wöchentlichen**

Zeitraum dürfen sechzig Stunden nicht überschritten werden, es sei denn, daß die Bereitschaft in diesem Zeitraum mehr als dreißig Stunden beträgt.

(4) Das Nähere regelt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung.

§ 71

(1) Der Beamte darf dem Dienst nicht ohne Genehmigung seines Dienstvorgesetzten fernbleiben. Dienstunfähigkeit infolge Krankheit ist auf Verlangen nachzuweisen.

(2) Bleibt der Beamte ohne Genehmigung schuldhaft dem Dienst fern, so verliert er für die Zeit des Fernbleibens seine Dienstbezüge. Der Dienstvorgesetzte stellt den Verlust der Dienstbezüge fest und teilt dies dem Beamten mit.

(3) Für die Dauer eines sonstigen nicht auf Krankheit beruhenden Fernbleibens vom Dienst kann der Dienstvorgesetzte den völligen oder teilweisen Wegfall der Dienstbezüge anordnen.

h) Wohnung

§ 72

(1) Der Beamte hat seine Wohnung so zu nehmen, daß er in der ordnungsmäßigen Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Dienstvorgesetzte kann ihn, wenn die dienstlichen Verhältnisse es fordern, anweisen, seine Wohnung innerhalb bestimmter Entfernung von seiner Dienststelle zu nehmen oder eine Dienstwohnung zu beziehen.

§ 73

Wenn die dienstlichen Verhältnisse es fordern, kann der Beamte angewiesen werden, auch während der dienstfreien Zeit seinen Wohnort nicht zu verlassen.

i) Dienstkleidung

§ 74

Der Bundespräsident erläßt die Bestimmungen über Dienstkleidung, die bei Ausübung des Amtes üblich oder erforderlich ist. Er kann die Ausübung dieser Befugnis auf andere Stellen übertragen.

k) Folgen der Nichterfüllung von Pflichten

aa) Gehaltsminderung

§ 75

(1) Bleiben die Leistungen eines Beamten hinter dem von ihm billigerweise zu fordernden Maß zurück, so soll die oberste Dienstbehörde entsprechend dem Mindermaß seiner Leistungen

§ 71

(1) unverändert

(2) Bleibt der Beamte ohne Genehmigung schuldhaft dem Dienst fern, so verliert er für die Zeit des Fernbleibens seine Dienstbezüge. Der Dienstvorgesetzte stellt den Verlust der Dienstbezüge fest und teilt dies dem Beamten mit. **Eine disziplinarrechtliche Verfolgung wird dadurch nicht ausgeschlossen.**

(3) entfällt

h) Wohnung

§ 72

(1) unverändert

(2) Der Dienstvorgesetzte kann ihn, wenn die dienstlichen Verhältnisse es erfordern, anweisen, seine Wohnung innerhalb bestimmter Entfernung von seiner Dienststelle zu nehmen oder eine Dienstwohnung zu beziehen.

§ 73

Wenn **besondere** dienstliche Verhältnisse es **dringend** erfordern, kann der Beamte angewiesen werden, sich während der dienstfreien Zeit **in erreichbarer Nähe seines Dienstortes aufzuhalten.**

i) Dienstkleidung

§ 74

unverändert

k) Folgen der Nichterfüllung von Pflichten

aa) Gehaltsminderung

§ 75

entfällt

1. ihm das nach den Dienstaltersstufen des Besoldungsrechts vorgesehene Aufsteigen im Gehalt in jeder Dienstaltersstufe bis zu zwei Jahren versagen oder
2. ihn innerhalb der Besoldungsgruppe seines Amtes in eine niedrigere Dienstaltersstufe zurücksetzen oder
3. ihn in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzen.

Der Beamte ist vorher zu hören.

(2) Durch Maßnahmen der in Absatz 1 Nr. 2 und 3 bezeichneten Art dürfen die Dienstbezüge des Beamten nicht unter den Betrag des Ruhegehalts gemindert werden, das der Beamte zu erhalten hätte, wenn er im Zeitpunkt der ersten Maßnahme dieser Art in den Ruhestand getreten wäre.

(3) Die oberste Dienstbehörde kann ihre Befugnis zu Absatz 1 Nr. 1 und 2 auf andere Behörden übertragen.

bb) Bestrafung von Dienstvergehen

§ 76

(1) Der Beamte begeht ein Dienstvergehen, wenn er schuldhaft die ihm obliegenden Pflichten verletzt. Bei einem Ruhestandsbeamten oder früheren Beamten gilt es als Dienstvergehen, wenn er sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigt oder wenn er gegen § 61 (Verletzung der Amtsverschwiegenheit) oder gegen § 69 (Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken) verstößt.

(2) Das Nähere über die Bestrafung von Dienstvergehen regelt die Dienststrafordnung.

cc) Haftung

§ 77

(1) Verletzt ein Beamter schuldhaft seine Amtspflicht, so hat er dem Dienstherrn, dessen Aufgaben er wahrgenommen hat, den daraus entstandenen Schaden zu ersetzen; haben mehrere Beamte gemeinsam den Schaden verursacht, so haften sie als Gesamtschuldner.

bb) Bestrafung von Dienstvergehen

§ 76

(1) Der Beamte begeht ein Dienstvergehen, wenn er schuldhaft die ihm obliegenden Pflichten verletzt.

(2) Bei einem Ruhestandsbeamten oder früheren Beamten **mit Versorgungsbezügen** gilt es als Dienstvergehen, wenn er

1. sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung **im Sinne des Grundgesetzes** betätigt oder
2. **an Bestrebungen teilnimmt, die darauf abzielen, den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik zu beeinträchtigen** oder
3. gegen § 61 (Verletzung der Amtsverschwiegenheit) oder gegen § 69 (Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken) verstößt **oder**
4. **entgegen § 39 oder § 45 Abs. 1 einer erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis schuldhaft nicht nachkommt.**

(3) Das Nähere über die Bestrafung von Dienstvergehen regelt die **Bundesdisziplinarordnung**.

cc) Haftung

§ 77

unverändert

(2) Hat der Dienstherr einem Dritten auf Grund der Vorschrift des Artikels 34 Satz 1 des Grundgesetzes Schadensersatz geleistet, so ist der Rückgriff gegen den Beamten nur insoweit zulässig, als ihm Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

(3) Die Ansprüche nach Absatz 1 verjähren in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Dienstherr von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt hat, ohne Rücksicht auf diese Kenntnis in zehn Jahren von der Begehung der Handlung an. Die Ansprüche nach Absatz 2 verjähren in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Ersatzanspruch des Dritten diesem gegenüber von dem Dienstherrn anerkannt oder dem Dienstherrn gegenüber rechtskräftig festgestellt ist und der Dienstherr von der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt hat.

(4) Leistet der Beamte dem Dienstherrn Ersatz und hat dieser einen Ersatzanspruch gegen einen Dritten, so geht der Ersatzanspruch auf den Beamten über.

2. Rechte

a) Fürsorge und Schutz

§ 78

Der Dienstherr gewährt dem Beamten Fürsorge und Schutz bei seiner amtlichen Tätigkeit und in seiner Stellung als Beamter.

b) Amtsbezeichnung

§ 79

(1) Der Bundespräsident setzt die Amtsbezeichnungen der Beamten fest, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist oder er die Ausübung dieser Befugnis nicht anderen Stellen überträgt.

(2) Der Beamte führt im Dienst die Amtsbezeichnung des ihm übertragenen Amtes; er darf sie auch außerhalb des Dienstes führen. Neben der Amtsbezeichnung darf der Beamte nur staatlich verliehene Titel, akademische Grade, dagegen keine Berufsbezeichnung führen. Nach dem Übertritt in ein anderes Amt darf der Beamte die bisherige Amtsbezeichnung nicht mehr führen.

2. Rechte

a) Fürsorge und Schutz

§ 78

Der Dienstherr hat im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses für das Wohl des Beamten und seiner Familie, auch für die Zeit nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, zu sorgen. Er schützt ihn bei seiner amtlichen Tätigkeit und in seiner Stellung als Beamter.

§ 78 a

Die Bundesregierung regelt durch Rechtsverordnung die der Eigenart des öffentlichen Dienstes entsprechende Anwendung

1. der Vorschriften des Mutterschutzgesetzes auf Beamtinnen,
2. der Vorschriften des Schwerbeschädigtengesetzes auf schwerbeschädigte Beamte und Bewerber.

b) Amtsbezeichnung

§ 79

(1) unverändert

(2) Der Beamte führt im Dienst die Amtsbezeichnung des ihm übertragenen Amtes; er darf sie auch außerhalb des Dienstes führen. Neben der Amtsbezeichnung darf der Beamte nur staatlich verliehene Titel und akademische Grade, dagegen keine Berufsbezeichnung führen. Nach dem Übertritt in ein anderes Amt darf der Beamte die bisherige Amtsbezeichnung nicht mehr führen; in den Fällen der Versetzung in ein Amt mit geringerem

(3) Ruhestandsbeamte dürfen die ihnen bei der Versetzung in den Ruhestand zustehende Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“ und die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel weiter führen. Wird ihnen ein neues Amt übertragen, so erhalten sie die Amtsbezeichnung des neuen Amtes; gehört das Amt nicht einer Besoldungsgruppe mit mindestens demselben Endgrundgehalt (§ 26 Abs. 1 Satz 2) an wie das bisherige Amt, so dürfen sie neben der neuen Amtsbezeichnung die des früheren Amtes mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“ führen. Ändert sich die Bezeichnung des früheren Amtes, so darf die geänderte Amtsbezeichnung geführt werden.

(4) Einem entlassenen Beamten kann die oberste Dienstbehörde die Erlaubnis erteilen, die Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“ sowie die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel zu führen.

(5) Die oberste Dienstbehörde kann die Erlaubnis, die Amtsbezeichnung und die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel weiterzuführen, zurücknehmen, wenn der frühere Beamte rechtskräftig zu einer Strafe verurteilt ist, die bei einem Beamten nach § 48 die Beendigung des Beamtenverhältnisses nach sich zieht.

c) Dienst- und Versorgungsbezüge § 80

Der Beamte erhält die mit dem Amt verbundenen Dienstbezüge vom Tage der Einweisung in die Planstelle oder, soweit es einer solchen Einweisung nicht bedarf, vom Tage des Antritts des Amtes an.

§ 81

(1) Die Dienstbezüge werden durch das Besoldungsgesetz geregelt.

(2) Der Beamte kann auf die laufenden Dienstbezüge weder ganz noch teilweise verzichten.

(3) Hat der Beamte mit Genehmigung der obersten Dienstbehörde gleichzeitig mehrere in der Besoldungsordnung vorgesehene Ämter im Bundesdienst inne, die nicht im Verhältnis von Haupt- und Nebenamt stehen, so erhält er, wenn nicht einheitliche Dienstbezüge vorgesehen sind, Dienstbezüge nach Bestimmung des Bundesministers der Finanzen nur aus einem Amt.

Endgrundgehalt (§ 26 Abs. 2) gilt Absatz 3 Satz 2 und 3 entsprechend.

(3) Ruhestandsbeamte dürfen die ihnen bei der Versetzung in den Ruhestand zustehende Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“ und die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel weiter führen. Wird ihnen ein neues Amt übertragen, so erhalten sie die Amtsbezeichnung des neuen Amtes; gehört dieses Amt nicht einer Besoldungsgruppe mit mindestens demselben Endgrundgehalt (§ 26 Abs. 1 Satz 2) an wie das bisherige Amt, so dürfen sie neben der neuen Amtsbezeichnung die des früheren Amtes mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“ führen. Ändert sich die Bezeichnung des früheren Amtes, so darf die geänderte Amtsbezeichnung geführt werden.

(4) Einem entlassenen Beamten kann die oberste Dienstbehörde die Erlaubnis erteilen, die Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“ sowie die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel zu führen. **Die Erlaubnis kann zurückgenommen werden, wenn der frühere Beamte sich ihrer als nicht würdig erweist.**

(5) entfällt

c) Dienst- und Versorgungsbezüge § 80

Der Beamte erhält die mit seinem Amt verbundenen Dienstbezüge vom Zeitpunkt der Ernennung (§ 10 Abs. 2) oder, sofern ihm die Planstelle zu einem früheren Zeitpunkt übertragen worden ist, von diesem Zeitpunkt an.

§ 81

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) Hat der Beamte mit Genehmigung der obersten Dienstbehörde gleichzeitig mehrere **besoldete** Ämter inne, die nicht im Verhältnis von Haupt- und Nebenamt stehen, so erhält er, wenn nicht einheitliche Dienstbezüge vorgesehen sind, Dienstbezüge nach Bestimmung des Bundesministers der Finanzen nur aus einem Amt. **Gehört eines der Ämter dem Landesdienst oder dem Dienst einer der Landesaufsicht unterstehenden Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechtes an, so bestimmt der Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit der für das Besoldungswesen allgemein zuständigen obersten Dienstbehörde des Landes das Amt, aus dem die Dienstbezüge zu zahlen sind.**

Entwurf

§ 82

(1) Der Beamte kann, wenn gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, Ansprüche auf Dienstbezüge nur insoweit abtreten oder verpfänden, als sie der Pfändung unterliegen.

(2) Der Dienstherr kann ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht gegenüber Ansprüchen auf Dienstbezüge nur insoweit geltend machen, als sie pfändbar sind oder gegen den Empfänger ein Anspruch auf Schadensersatz wegen vorsätzlicher unerlaubter Handlung besteht.

§ 83

Die Versorgung richtet sich nach den Vorschriften des Abschnittes V.

§ 84

(1) Durch Gesetz können Dienst- und Versorgungsbezüge sowie die Einreihung der Beamten in die Gruppen der Besoldungsordnungen geändert werden.

(2) Werden Beamte oder Versorgungsberechtigte durch eine solche Änderung hinsichtlich ihrer Bezüge oder hinsichtlich ihrer Einreihung in die Gruppen der Besoldungsordnung mit rückwirkender Kraft schlechter gestellt, so sind die Unterschiedsbeträge nicht zu rü c k z u e r s t a t t e n .

(3) In allen übrigen Fällen können zuviel gezahlte Dienst- und Versorgungsbezüge zurückgefordert werden, und zwar auch dann, wenn eine Bereicherung nicht mehr vorliegt. Von der Rückforderung kann aus Billigkeitsgründen mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde ganz oder teilweise abgesehen werden.

d) Reise- und Umzugskosten

§ 85

Reise- und Umzugskostenvergütungen der Beamten werden durch Gesetz geregelt.

e) Urlaub

§ 86

(1) Dem Beamten steht alljährlich ein Erholungsurlaub unter Fortgewährung der Dienstbezüge zu.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

§ 82

(1) unverändert

(2) Der Dienstherr kann ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht gegenüber Ansprüchen auf Dienstbezüge nur insoweit geltend machen, als sie pfändbar sind. **Diese Einschränkung gilt nicht, soweit gegen den Empfänger ein Anspruch auf Schadensersatz wegen vorsätzlicher unerlaubter Handlung besteht.**

§ 83

unverändert

§ 84

(1) Dienst- und Versorgungsbezüge sowie die Einreihung der Beamten in die Gruppen der Besoldungsordnungen können **nur** durch Gesetz geändert werden.

(2) **Werden die Dienstbezüge der Beamten infolge Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse allgemein erhöht oder vermindert, so sind die Versorgungsbezüge entsprechend zu regeln.**

§ 84 a

(bisher § 84 Abs. 2 und 3)

(1) Werden Beamte oder Versorgungsberechtigte durch eine Änderung ihrer Bezüge oder ihrer Einreihung in die Gruppen der Besoldungsordnungen mit rückwirkender Kraft schlechter gestellt, so sind die Unterschiedsbeträge nicht zu erstatten.

(2) **Im übrigen regelt sich die Rückforderung zuviel gezahlter Dienst- oder Versorgungsbezüge nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung. Der Kenntnis des Mangels des rechtlichen Grundes der Zahlung steht es gleich, wenn der Mangel so offensichtlich war, daß der Empfänger ihn hätte erkennen müssen.** Von der Rückforderung kann aus Billigkeitsgründen mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde ganz oder teilweise abgesehen werden.

d) Reise- und Umzugskosten

§ 85

unverändert

e) Urlaub

§ 86

(1) Dem Beamten steht alljährlich ein Erholungsurlaub unter Fortgewährung der Dienstbezüge zu. Die Erteilung und Dauer des Erholungsurlaubs regelt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung.

(2) Die Erteilung und Dauer des Erholungsurlaubs regelt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung. Sie regelt ferner die Bewilligung von Urlaub aus anderen Anlässen und bestimmt, ob und inwieweit die Dienstbezüge während eines solchen Urlaubs zu belassen sind.

f) Personalakten

§ 87

Der Beamte hat, auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, ein Recht auf Einsicht in seine vollständigen Personalakten. Er muß über Beschwerden und Behauptungen tatsächlicher Art, die ihm nachteilig werden können, vor Eintragung in die Personalakten gehört werden, wenn es sich nicht um dienstliche Urteile über seine Person, seine Kenntnisse oder Leistungen handelt.

g) Vereinigungsfreiheit

§ 88

Die Beamten haben innerhalb der sich aus dem Beamtenverhältnis ergebenden Grenzen volle Vereinigungsfreiheit. Sie können die für sie zuständigen Gewerkschaften oder Berufsverbände mit ihrer Vertretung beauftragen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

h) Dienstzeugnis

§ 89

Dem Beamten wird nach Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Antrag von seinem letzten Dienstvorgesetzten ein Dienstzeugnis über die Art und Dauer der von ihm bekleideten Ämter erteilt. Das Dienstzeugnis muß auf Verlangen des Beamten auch über von ihm ausgeübte Tätigkeit und seine Leistungen Auskunft geben.

3. Beamtenvertretung

§ 90

Die Personalvertretung der Beamten wird durch Gesetz besonders geregelt.

§ 91

Die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften sind bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse zu hören.

(2) Die Bundesregierung regelt ferner die Bewilligung von Urlaub aus anderen Anlässen und bestimmt, ob und inwieweit die Dienstbezüge während eines solchen Urlaubs zu belassen sind.

(3) Zur Ausübung des Mandates eines Landtagsabgeordneten oder zu einer Tätigkeit als Mitglied einer kommunalen Vertretung ist dem Beamten der erforderliche Urlaub unter Belassung der Dienstbezüge zu gewähren.

f) Personalakten

§ 87

Der Beamte hat, auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, ein Recht auf Einsicht in seine vollständigen Personalakten; dazu gehören alle ihn betreffenden Vorgänge. Er muß über Beschwerden und Behauptungen tatsächlicher Art, die für ihn ungünstig sind oder ihm nachteilig werden können, vor Aufnahme in die Personalakten gehört werden. Die Äußerung des Beamten ist zu seinen Personalakten zu nehmen.

g) Vereinigungsfreiheit

§ 88

(1) Auf Grund der Vereinigungsfreiheit haben die Beamten das Recht, sich in Gewerkschaften oder Berufsverbänden zusammenzuschließen. Sie können die für sie zuständigen Gewerkschaften oder Berufsverbände mit ihrer Vertretung beauftragen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(2) Kein Beamter darf wegen Betätigung für seine Gewerkschaft oder seinen Berufsverband dienstlich gemäßregelt oder benachteiligt werden.

h) Dienstzeugnis

§ 89

Dem Beamten wird nach Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Antrag von seinem letzten Dienstvorgesetzten ein Dienstzeugnis über Art und Dauer der von ihm bekleideten Ämter erteilt. Das Dienstzeugnis muß auf Verlangen des Beamten auch über die von ihm ausgeübte Tätigkeit und seine Leistungen Auskunft geben.

3. Beamtenvertretung

§ 90

unverändert

§ 91

Die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften sind bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse zu beteiligen.

Abschnitt IV

Personalverwaltung

§ 92

Zur einheitlichen Durchführung der Vorschriften dieses Gesetzes wird ein Bundespersonalausschuß errichtet, der seine Tätigkeit innerhalb der gesetzlichen Schranken unabhängig und in eigener Verantwortung ausübt.

§ 93

(1) Der Bundespersonalausschuß besteht aus sieben ordentlichen Mitgliedern (einschließlich des Vorsitzenden) und sieben stellvertretenden Mitgliedern.

(2) Ständige ordentliche Mitglieder sind der Präsident des Bundesrechnungshofs (als Vorsitzender) sowie die Leiter der Personalrechtsabteilungen der Bundesministerien des Innern und der Finanzen für die Dauer der Bekleidung ihres Hauptamts. Die übrigen ordentlichen Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesminister des Innern und der Finanzen auf die Dauer von vier Jahren berufen, und zwar drei ordentliche Mitglieder sowie drei stellvertretende Mitglieder auf Grund einer Benennung durch die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften.

(3) Sämtliche Mitglieder müssen Bundesbeamte sein. Die Vertreter der ständigen ordentlichen Mitglieder müssen der gleichen Behörde wie diese angehören.

§ 94

(1) Die Mitglieder des Bundespersonalausschusses sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Sie scheiden aus ihrem Amt als Mitglied des Bundespersonalausschusses außer durch Zeitablauf (§ 93 Abs. 2) oder durch Beendigung des Beamtenverhältnisses oder der Zugehörigkeit zur Behörde (§ 93 Abs. 3) nur unter den gleichen Voraussetzungen aus, unter denen Mitglieder eines Dienststrafgerichts wegen rechtskräftiger Verurteilung im Strafverfahren oder Dienststrafverfahren ihr Amt verlieren; § 60 findet keine Anwendung.

(2) Den Mitgliedern des Bundespersonalausschusses dürfen aus ihrer Tätigkeit keine dienstlichen Nachteile in ihrem Amt entstehen.

§ 95

(1) Der Bundespersonalausschuß hat außer den in den §§ 21 und 23 vorgesehenen Entscheidungen folgende Aufgaben:

1. bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse mitzuwirken,

Abschnitt IV

Personalverwaltung

§ 92

Zur einheitlichen Durchführung der **beamtenrechtlichen** Vorschriften wird ein Bundespersonalausschuß errichtet, der seine Tätigkeit innerhalb der gesetzlichen Schranken unabhängig und in eigener Verantwortung ausübt.

§ 93

(1) Der Bundespersonalausschuß besteht aus sieben ordentlichen und sieben stellvertretenden Mitgliedern.

(2) Ständige ordentliche Mitglieder sind der Präsident des Bundesrechnungshofes als Vorsitzender sowie die Leiter der Personalrechtsabteilungen der Bundesministerien des Innern und der Finanzen für die Dauer der Bekleidung ihres Hauptamtes. Die übrigen **vier** ordentlichen Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesminister des Innern und der Finanzen auf die Dauer von vier Jahren berufen, **davon** drei ordentliche Mitglieder sowie drei stellvertretende Mitglieder auf Grund einer Benennung durch die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften.

(3) unverändert

§ 94

(1) Die Mitglieder des Bundespersonalausschusses sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Sie scheiden aus ihrem Amt als Mitglied des Bundespersonalausschusses außer durch Zeitablauf (§ 93 Abs. 2) oder durch Beendigung des Beamtenverhältnisses oder der Zugehörigkeit zur Behörde (§ 93 Abs. 3) nur unter den gleichen Voraussetzungen aus, unter denen Mitglieder eines **Disziplinar**gerichts wegen rechtskräftiger Verurteilung im Strafverfahren oder **Disziplinar**verfahren ihr Amt verlieren; § 60 findet keine Anwendung.

(2) Die Mitglieder des Bundespersonalausschusses dürfen **wegen** ihrer Tätigkeit **weder dienstlich** **ge****maßregelt** **noch** **benachteiligt** werden.

§ 95

(1) Der Bundespersonalausschuß hat außer den in den §§ 8, 21, 22, 24 und 41 vorgesehenen Entscheidungen folgende Aufgaben:

1. bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse mitzuwirken,

Entwurf

2. bei der Vorbereitung der Vorschriften über die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung von Beamten mitzuwirken,
3. über die allgemeine Anerkennung von Prüfungen zu entscheiden,
4. zu Beschwerden von Beamten und zurückgewiesenen Bewerbern in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung Stellung zu nehmen,
5. Mißstände in der Handhabung dieses Gesetzes festzustellen und Vorschläge für ihre Beseitigung zu machen.

(2) Durch Gesetz oder Beschluß der Bundesregierung können dem Bundespersonalausschuß weitere Aufgaben übertragen werden.

(3) Über die Durchführung der Aufgaben hat der Bundespersonalausschuß die Bundesregierung zu unterrichten.

§ 96

Der Bundespersonalausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Bundesregierung bedarf.

§ 97

(1) Die Sitzungen des Bundespersonalausschusses sind nicht öffentlich. Der Bundespersonalausschuß kann Beauftragten beteiligter Verwaltungen, Beschwerdeführern und anderen Personen die Anwesenheit bei der Verhandlung gestatten.

(2) Die Beauftragten der beteiligten Verwaltungen sind auf Verlangen zu hören, ebenso der Beschwerdeführer in den Fällen des § 95 Abs. 1 Nr. 4.

(3) Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt; zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens fünf Mitgliedern erforderlich. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 98

(1) Der Vorsitzende des Bundespersonalausschusses oder sein Vertreter leitet die Verhandlungen. Sind beide verhindert, so tritt an ihre Stelle das dienstälteste Mitglied.

(2) Zur Vorbereitung der Verhandlungen und Durchführung der Beschlüsse bedient er sich der für den Bundespersonalausschuß im Bundesministerium des Innern einzurichtenden Geschäftsstelle.

§ 99

(1) Der Bundespersonalausschuß kann zur Durchführung seiner Aufgaben in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Gesetzes über das Bundesverwaltungsgericht vom (B G B l. S. . . .) Beweise erheben.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

2. bei der Vorbereitung der Vorschriften über die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung von Beamten mitzuwirken,
3. über die allgemeine Anerkennung von Prüfungen zu entscheiden,
4. zu Beschwerden von Beamten und zurückgewiesenen Bewerbern in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung Stellung zu nehmen,
5. Vorschläge zur Beseitigung von Mängeln in der Handhabung der beamtenrechtlichen Vorschriften zu machen.

(2) Die Bundesregierung kann dem Bundespersonalausschuß weitere Aufgaben übertragen.

(3) unverändert

§ 96

Der Bundespersonalausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 97

unverändert

§ 98

unverändert

§ 99

(1) Der Bundespersonalausschuß kann zur Durchführung seiner Aufgaben in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Gesetzes über das Bundesverwaltungsgericht Beweise erheben.

Entwurf

(2) Alle Dienststellen haben dem Bundespersonalausschuß unentgeltlich Amtshilfe zu leisten und ihm auf Verlangen Auskünfte zu erteilen und Akten vorzulegen, soweit dies zur Durchführung seiner Aufgaben erforderlich ist.

§ 100

(1) Die Beschlüsse des Bundespersonalausschusses sind, soweit sie von allgemeiner Bedeutung sind, bekanntzumachen. Art und Umfang regelt die Geschäftsordnung.

(2) Soweit dem Bundespersonalausschuß eine Entscheidungsbefugnis eingeräumt ist, binden seine Beschlüsse die beteiligten Verwaltungen. § 23 Satz 3 Halbsatz 2 bleibt unberührt.

§ 101

Die Dienstaufsicht über die Mitglieder des Bundespersonalausschusses führt im Auftrage der Bundesregierung der Bundesminister des Innern. Sie unterliegt den sich aus § 94 ergebenden Einschränkungen.

Abschnitt V

Versorgung

1. Arten der Versorgung

§ 102

Die Versorgung umfaßt:

Ruhegehalt,
Unterhaltsbeitrag,
Hinterbliebenenversorgung,
Unfallfürsorge,
Abfindung,
Übergangsgeld.

2. Ruhegehalt

a) Allgemeines

§ 103

(1) Ein Ruhegehalt wird nur gewährt, wenn der Beamte

1. eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren abgeleistet hat oder
2. infolge Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig geworden ist oder
3. nach § 36 einstweilig in den Ruhestand versetzt worden ist oder nach § 41 Abs. 4 als dauernd in den Ruhestand versetzt gilt.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

(2) unverändert

§ 100

(1) Beschlüsse des Bundespersonalausschusses sind, soweit sie allgemeine Bedeutung **haben**, bekanntzumachen. Art und Umfang regelt die Geschäftsordnung.

(2) Soweit dem Bundespersonalausschuß eine Entscheidungsbefugnis eingeräumt ist, binden seine Beschlüsse die beteiligten Verwaltungen.

§ 101

unverändert

Abschnitt V

Versorgung

1. Arten der Versorgung

§ 102

unverändert

2. Ruhegehalt

a) Allgemeines

§ 103

(1) Ein Ruhegehalt wird nur gewährt, wenn der Beamte

1. eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren abgeleistet hat oder
2. infolge Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig geworden ist oder
3. nach § 36 in den **einstweiligen Ruhestand** versetzt worden ist oder nach § 41 Abs. 4 als dauernd in den Ruhestand versetzt gilt.

Entwurf

(2) Die Dienstzeit wird vom Zeitpunkt der ersten Berufung in das Beamtenverhältnis ab gerechnet und nur berücksichtigt, soweit sie ruhegehaltfähig ist. Zeiten, die kraft gesetzlicher Vorschrift als ruhegehaltfähige Dienstzeit gelten oder nach § 112 Nr. 4 als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, sind einzurechnen.

§ 104

Das Ruhegehalt wird auf der Grundlage der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und der ruhegehaltfähigen Dienstzeit berechnet.

b) Ruhegehaltfähige Dienstbezüge

§ 105

Ruhegehaltfähige Dienstbezüge sind

1. das von dem Beamten nach dem Besoldungsrecht zuletzt bezogene Grundgehalt (zuzüglich eines etwaigen örtlichen Sonderzuschlages) oder die diesem entsprechenden Dienstbezüge (Diäten),
2. der Wohnungsgeldzuschuß (§ 152 Abs. 1),
3. sonstige Dienstbezüge des Beamten, die im Besoldungsrecht als ruhegehaltfähig bezeichnet sind.

§ 106

(1) Ist ein Beamter aus einem Amt in den Ruhestand getreten, das nicht der Eingangsgruppe seiner Laufbahn angehört, und hat er die Bezüge dieses Amtes nicht mindestens ein Jahr erhalten, so sind ruhegehaltfähig nur die Bezüge des vorher bekleideten Amtes; hat der Beamte vorher ein Amt nicht bekleidet, so setzt die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge in Grenzen von fünfzig vom Hundert der Sätze nach § 105 fest. Zeiten, in denen der Beamte in seinem letzten Amt mindestens gleichwertiges Amt bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet bekleidet hat, sind in die Jahresfrist einzurechnen.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn der Beamte vor Ablauf der Frist verstorben oder infolge von Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, in den Ruhestand getreten ist.

§ 107

(1) Soweit Beförderungen in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 erfolgt sind, wird bei Bemessung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge für je sechs Dienstjahre seit der planmäßigen Anstellung oder seit der

Beschlüsse des 25. Ausschusses

(2) Die Dienstzeit wird vom Zeitpunkt der ersten Berufung in das Beamtenverhältnis ab gerechnet und nur berücksichtigt, soweit sie ruhegehaltfähig ist. Zeiten, die kraft gesetzlicher Vorschrift als ruhegehaltfähige Dienstzeit gelten oder nach § 111 a als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, sind einzurechnen.

§ 104

unverändert

b) Ruhegehaltfähige Dienstbezüge

§ 105

Ruhegehaltfähige Dienstbezüge sind

1. das Grundgehalt, das dem Beamten nach dem Besoldungsrecht zuletzt **zugestanden hat**, oder die diesem entsprechenden Dienstbezüge (Diäten),
2. der Wohnungsgeldzuschuß (§ 152 Abs. 1),
3. sonstige Dienstbezüge, die im Besoldungsrecht als ruhegehaltfähig bezeichnet sind.

§ 106

(1) Ist ein Beamter aus einem Amt in den Ruhestand getreten, das nicht der **Eingangsbesoldungs-**gruppe seiner Laufbahn angehört, und hat er die **Dienstbezüge** dieses Amtes nicht mindestens ein Jahr erhalten, so sind ruhegehaltfähig nur die Bezüge des vorher bekleideten Amtes; hat der Beamte vorher ein Amt nicht bekleidet, so setzt die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge **bis zur Höhe** von fünfzig vom Hundert der Sätze nach § 105 fest. Zeiten, in denen der Beamte in seinem letzten Amt mindestens gleichwertiges Amt bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet bekleidet hat, sind in die Jahresfrist einzurechnen.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn der Beamte vor Ablauf der Frist verstorben oder infolge von Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, in den Ruhestand getreten ist **oder die Obliegenheiten des ihm übertragenen Amtes mindestens ein Jahr lang tatsächlich wahrgenommen hat.**

§ 107

(1) **Bei der Bemessung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge wird für je sechs Dienstjahre seit der Anstellung höchstens eine Beförderung berücksichtigt, soweit sie der regelmäßigen Dienstlaufbahn entspricht.** Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge dürfen jedoch nicht hinter fünfzig vom Hundert

letzten Beförderung vor dem 30. Januar 1933 höchstens eine Beförderung berücksichtigt. Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge dürfen jedoch nicht hinter fünfzig vom Hundert der zuletzt erhaltenen Dienstbezüge (§ 105) zurückbleiben.

(2) Ob Beförderungen im Sinne des Absatzes 1 vorliegen, richtet sich nach den von den Bundesministern des Innern und der Finanzen durch Rechtsverordnung zu erlassenden Vorschriften.

der zuletzt erhaltenen Dienstbezüge (§ 105) zurückbleiben.

(2) **Beförderung im Sinne des Absatzes 1 ist die Übertragung eines Amtes mit höherem Endgrundgehalt oder die Anstellung in einem Amt mit höherem Endgrundgehalt als dem der Eingangsbesoldungsgruppe der Laufbahn; ruhegehaltfähige und unwiderrufliche Stellenzulagen gelten hierbei als Bestandteile des Grundgehaltes. Keine Beförderung im Sinne des Absatzes 1 ist die Übertragung eines Amtes mit höherem Endgrundgehalt oder die Anstellung in einem Amt mit höherem Endgrundgehalt als dem der Eingangsbesoldungsgruppe der Laufbahn innerhalb**

1. der Laufbahn des einfachen Dienstes,
2. der nachstehend zusammengefaßten Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen A und B (Anlagen zum Besoldungsgesetz vom 16. Dezember 1927 in der Bundesfassung):

- a) B 4, B 5,
- b) B 6, B 7 a,
- c) B 9, A 1 a, A 1 b, A 1 c,
- d) B 10, A 2 a, A 2 b,
- e) A 2 c 1, A 2 c 2,
- f) A 2 d, A 2 e, A 3 a, A 3 b, A 3 c, A 3 d, A 3 e,
g) A 4 a 1, A 4 a 2, A 4 b 1, A 4 b 2,
- h) A 4 c 1, A 4 c 2,
- i) A 4 d, A 4 e, A 4 f, A 5 a, A 5 b,
- j) A 6, A 7 a, A 7 b,
- k) A 7 c, A 8 a, A 8 c 1 bis 5.

Welche Besoldungsgruppen anderer Besoldungsordnungen den vorstehenden Besoldungsgruppen entsprechen, entscheidet die oberste Dienstbehörde.

(3) Sind bei einer Beförderung Besoldungsgruppen übersprungen worden, so ist jedes Überspringen einer nach Absatz 2 als Beförderungsgruppe geltenden Besoldungsgruppe, die bei regelmäßiger Gestaltung der Dienstlaufbahn zu durchlaufen gewesen wäre, als Beförderung zu rechnen.

(4) Ist ein Beamter im Rahmen der regelmäßigen Dienstlaufbahn in eine höhere Laufbahngruppe aufgestiegen, so wird die Aufstiegsbeförderung in jedem Fall berücksichtigt. Für die Feststellung, ob Beförderungen in der höheren Laufbahngruppe zu berücksichtigen sind, ist vom Zeitpunkt der Aufstiegsbeförderung auszugehen, wenn dies für den Beamten günstiger ist.

(5) Beim Wechsel des Dienstherrn gilt ein Beamter erst dann als befördert, wenn ihm bei oder nach seiner Übernahme in das neue Dienstverhältnis ein Amt mit höherem Endgrundgehalt übertragen wurde und diese Übertragung nach Absatz 2

als Beförderung anzusehen ist. Entsprechendes gilt für einen wiederangestellten Beamten, dessen Dienstverhältnis durch Entlassung oder durch Eintritt in den Ruhestand beendet war. Die Zeit zwischen den Dienstverhältnissen bleibt unberücksichtigt.

(6) Die Bundesminister des Innern und der Finanzen bestimmen durch Rechtsverordnung, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfange zum Ausgleich von Härten Zeiten vor der Anstellung anzurechnen sind oder angerechnet werden können. Eine vor der Anstellung zurückgelegte Dienstzeit als außerplanmäßiger Beamter ist anzurechnen, soweit sie drei Jahre übersteigt; eine Dienstzeit im Sinne des § 111 a ist anzurechnen, soweit sie unter Hinzurechnung einer Dienstzeit als außerplanmäßiger Beamter fünf Jahre übersteigt.

(3) § 106 bleibt unberührt.

(7) § 106 bleibt unberührt.

c) Ruhegehaltfähige Dienstzeit
§ 108

(1) Ruhegehaltfähig ist die Dienstzeit, die der Beamte vom Tage seiner ersten Berufung in das Beamtenverhältnis an im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet im Beamtenverhältnis zurückgelegt hat. Dies gilt nicht für die Zeit

1. vor Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres,
2. in einem Amt, das die Arbeitskraft des Beamten nur nebenbei beansprucht,
3. einer Tätigkeit als Beamter, der ohne Ruhegehaltsberechtigung nur Gebühren bezieht, soweit sie nicht nach § 112 Nr. 1 a berücksichtigt wird,
4. einer ehrenamtlichen Tätigkeit,
5. einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge, wenn nicht die Berücksichtigung spätestens bei Beendigung eines den öffentlichen Belangen dienenden Urlaubs zugestanden ist,
6. für die eine Abfindung aus öffentlichen Mitteln gewährt ist.

(2) Dienstzeiten in einem Beamtenverhältnis, das durch eine Entscheidung der in § 48 bezeichneten Art oder durch Dienststrafurteil beendet worden ist, sind nicht ruhegehaltfähig. Das gleiche gilt, wenn der Beamte, dem ein Verfahren mit der Folge des Verlustes der Beamtenrechte oder der Entfernung aus dem Dienst drohte, auf seinen Antrag aus dem Beamtenverhältnis entlassen ist. Die oberste Dienstbehörde kann Ausnahmen zulassen.

(3) Der im Beamtenverhältnis zurückgelegten Dienstzeit steht die im Richter Verhältnis zurückgelegte Dienstzeit sowie die Zeit der Bekleidung eines Ministeramts im Bundesgebiet gleich.

c) Ruhegehaltfähige Dienstzeit
§ 108

(1) Ruhegehaltfähig ist die Dienstzeit, die der Beamte vom Tage seiner ersten Berufung in das Beamtenverhältnis an im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet im Beamtenverhältnis zurückgelegt hat. Dies gilt nicht für die Zeit

1. vor Vollendung des siebzehnten Lebensjahres,
2. in einem Amt, das die Arbeitskraft des Beamten nur nebenbei beansprucht,
3. einer Tätigkeit als Beamter, der ohne Ruhegehaltsberechtigung nur Gebühren bezieht, soweit sie nicht nach § 112 Nr. 1 a berücksichtigt wird,
4. einer ehrenamtlichen Tätigkeit,
5. einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge, soweit nicht die Berücksichtigung spätestens bei Beendigung eines den öffentlichen Belangen dienenden Urlaubs zugestanden ist,
6. für die eine Abfindung aus öffentlichen Mitteln gewährt ist.

(2) Dienstzeiten in einem Beamtenverhältnis, das durch eine Entscheidung der in § 48 bezeichneten Art oder durch Disziplinarurteil beendet worden ist, sind nicht ruhegehaltfähig. Das gleiche gilt, wenn der Beamte, dem ein Verfahren mit der Folge des Verlustes der Beamtenrechte oder der Entfernung aus dem Dienst drohte, auf seinen Antrag aus dem Beamtenverhältnis entlassen ist. Die oberste Dienstbehörde kann Ausnahmen zulassen.

(3) Der im Beamtenverhältnis zurückgelegten Dienstzeit stehen die im Richter Verhältnis zurückgelegte Dienstzeit sowie die nach dem 8. Mai 1945 zurückgelegte Zeit der Bekleidung eines Ministeramtes im Bundesgebiet oder im Lande Berlin gleich.

Entwurf

§ 109

Die ruhegehaltfähige Dienstzeit nach § 108 erhöht sich um die Zeit, die

1. ein Ruhestandsbeamter in einer seine Arbeitskraft voll beanspruchenden entgeltlichen Beschäftigung als Beamter im Bundesdienst zurückgelegt hat, ohne einen neuen Versorgungsanspruch zu erlangen,
2. aus Gründen der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts anzurechnen ist.

§ 110

Als ruhegehaltfähig gilt die Dienstzeit, in der ein Beamter vor der Berufung in das Beamtenverhältnis nach Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres

1. berufsmäßig im Dienst der früheren Wehrmacht, im früheren Reichsarbeitsdienst oder im Vollzugsdienst der Polizei gestanden hat oder
2. nicht berufsmäßig im Dienst der früheren Wehrmacht gestanden hat, sofern ihm ein Beamtenschein oder Anstellungsschein erteilt worden ist, oder
3. als Inhaber eines Versorgungsscheins oder als Militäranwärter oder als Anwärter des früheren Reichsarbeitsdienstes im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet voll beschäftigt gewesen ist.

§ 111

Die Zeit eines nicht berufsmäßig abgeleisteten Dienstes in der früheren Wehrmacht sowie einer Kriegsgefangenschaft gilt als ruhegehaltfähig, soweit durch sie die Berufung in das Beamtenverhältnis verzögert worden ist.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

§ 109

Die ruhegehaltfähige Dienstzeit nach § 108 erhöht sich um die Zeit, die

1. ein Ruhestandsbeamter in einer seine Arbeitskraft voll beanspruchenden entgeltlichen Beschäftigung als Beamter im Bundesdienst zurückgelegt hat, ohne einen neuen Versorgungsanspruch zu erlangen,
2. **auf Grund gewährter** Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts anzurechnen ist.

§ 110

(1) Als ruhegehaltfähig gilt die Dienstzeit, in der ein Beamter vor der Berufung in das Beamtenverhältnis nach Vollendung des **siebzehnten** Lebensjahres

1. berufsmäßig im Dienst der früheren Wehrmacht, im früheren Reichsarbeitsdienst oder im Vollzugsdienst der Polizei gestanden hat oder
2. nicht berufsmäßig im Dienst der früheren Wehrmacht gestanden hat **und einen Beamtenschein oder Anstellungsschein erhalten hat** oder
3. als Inhaber eines Versorgungsscheins oder als Militäranwärter oder als Anwärter des früheren Reichsarbeitsdienstes im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet voll beschäftigt gewesen ist.

(2) § 108 Abs. 1 Nr. 5, 6 und Abs. 2 sowie § 109 Nr. 2 gelten entsprechend.

§ 111

Die Zeit eines nicht berufsmäßig abgeleisteten Wehrdienstes sowie einer Kriegsgefangenschaft gilt als ruhegehaltfähig, soweit durch sie die Berufung in das Beamtenverhältnis **oder der Beginn einer Beschäftigungszeit im Sinne des § 111 a über das siebzehnte Lebensjahr hinaus verzögert** worden ist. **Die Zeit einer Kriegsgefangenschaft, die über den 31. Dezember 1946 hinaus gedauert hat, ist vom 1. Januar 1947 an in jedem Falle ruhegehaltfähig.**

§ 111 a

(1) Als ruhegehaltfähig sollen auch folgende Zeiten berücksichtigt werden, in denen ein Beamter nach Vollendung des siebzehnten Lebensjahres vor der Berufung in das Beamtenverhältnis im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet ohne erheblichere Unterbrechung tätig war, sofern diese Tätigkeit zu seiner Ernennung geführt hat:

1. Zeiten einer hauptberuflichen in der Regel einem Beamten obliegenden oder später einem Beamten übertragenen entgeltlichen Beschäftigung oder

§ 112

Die Zeit, während der ein Beamter nach Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres vor der Berufung in das Beamtenverhältnis

1. a) als Rechtsanwalt oder Verwaltungsrechtsrat oder als Beamter oder Notar, der ohne Ruhegehaltsberechtigung nur Gebühren bezieht, oder
- b) im Dienst einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft und ihrer Verbände oder im nichtöffentlichen Schuldienst tätig gewesen ist oder
2. im öffentlichen Dienst eines anderen Staates oder einer zwischenstaatlichen öffentlichen Einrichtung gestanden hat oder
3. auf wissenschaftlichem, künstlerischem, technischem oder wirtschaftlichem Gebiet besondere Fachkenntnisse erworben hat, die die notwendige Voraussetzung für die Wahrnehmung seines Amtes bilden, oder
4. im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im Dienste eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet ununterbrochen hauptberuflich eine in der Regel einem Beamten obliegende oder später einem Beamten übertragene entgeltliche Beschäftigung wahrgenommen hat, die zu seiner Ernennung führte,

kann als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, die Zeit zu Nr. 1 a und zu 3 höchstens bis zur Hälfte und in der Regel nicht über zehn Jahre hinaus.

§ 113

Bei der Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit bleiben die nach den §§ 111 und 112 Nr. 1 und 3 anrechenbaren Zeiten außer Betracht, soweit sie einzeln oder zusammen die sich aus den §§ 108 und 109 ergebende ruhegehaltfähige Dienstzeit übersteigen.

§ 114

(1) Die Zeit der Verwendung eines Beamten in Ländern, in denen er gesundheitsschädigenden klimatischen Einflüssen ausgesetzt ist, kann, soweit

§ 112

(1) Die Zeit, während der ein Beamter nach Vollendung des **siebzehnten** Lebensjahres vor der Berufung in das Beamtenverhältnis

1. a) als Rechtsanwalt oder Verwaltungsrechtsrat oder als Beamter oder Notar, der ohne Ruhegehaltsberechtigung nur Gebühren bezieht, oder
 - b) im Dienst einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft und ihrer Verbände oder im nichtöffentlichen Schuldienst tätig gewesen ist oder
 2. im öffentlichen Dienst eines anderen Staates oder einer zwischenstaatlichen **oder überstaatlichen** öffentlichen Einrichtung gestanden hat oder
 3. auf wissenschaftlichem, künstlerischem, technischem oder wirtschaftlichem Gebiet besondere Fachkenntnisse erworben hat, die die notwendige Voraussetzung für die Wahrnehmung seines Amtes bilden,
- kann als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, die Zeit zu Nr. 1 a und 3 **jedoch** höchstens bis zur Hälfte und in der Regel nicht über zehn Jahre hinaus.

(2) § 109 Nr. 2 gilt entsprechend.

§ 113

entfällt

§ 114

(1) Die Zeit der Verwendung eines Beamten in Ländern, in denen er gesundheitsschädigenden klimatischen Einflüssen ausgesetzt ist, kann, so-

Entwurf

sie nach Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres liegt, bis zur Grenze des Doppelten als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, wenn sie ununterbrochen mindestens ein Jahr gedauert hat.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beamte, die nach der Art ihrer dienstlichen Verrichtung in bestimmten Dienstzweigen erfahrungsgemäß der Gefahr einer vorzeitigen körperlichen Abnutzung besonders ausgesetzt sind und infolge einer dadurch bewirkten Gesundheitsschädigung vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden; die Erhöhung des Ruhegehaltes darf zehn vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nicht übersteigen.

(3) Näheres wird durch Rechtsverordnung der Bundesregierung bestimmt.

d) Höhe des Ruhegehaltes

§ 115

(1) Das Ruhegehalt beträgt bei Vollendung einer zehnjährigen ruhegehaltfähigen Dienstzeit fünfunddreißig vom Hundert und steigt mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahr bis zum vollendeten fünfundzwanzigsten Dienstjahr um zwei vom Hundert und von da ab um eins vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zum Höchstsatz von fünfundsiebzig vom Hundert; bei kürzerer als zehnjähriger ruhegehaltfähiger Dienstzeit (§ 103 Abs. 1 Nr. 2 oder 3) beträgt es fünfunddreißig vom Hundert. Mindestens werden sechzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Eingangsstufe der untersten Besoldungsgruppe der Besoldungsordnung A gewährt.

(2) Bei einem nach § 36 Abs. 1 einstweilig in den Ruhestand versetzten Beamten darf das Ruhegehalt für die Dauer von fünf Jahren nicht hinter fünfzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, berechnet mindestens aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 1a, zurückbleiben.

§ 116

(1) Das Ruhegehalt eines Beamten, der früher ein mit höheren Dienstbezügen verbundenes Amt im Bundesdienst bekleidet und diese Bezüge mindestens ein Jahr erhalten hat, wird, sofern der Beamte in ein mit geringeren Dienstbezügen verbundenes Amt nicht lediglich auf seinen im eigenen Interesse gestellten Antrag übergetreten ist, nach den höheren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen des früheren Amtes und der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit berechnet. Das Ruhegehalt darf jedoch die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge des letzten Amtes nicht übersteigen.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

weit sie nach Vollendung des **siebzehnten** Lebensjahres liegt, bis zum Doppelten als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, wenn sie ununterbrochen mindestens ein Jahr gedauert hat.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beamte, die nach der Art ihrer dienstlichen Verrichtung in bestimmten Dienstzweigen erfahrungsgemäß der Gefahr einer vorzeitigen körperlichen Abnutzung besonders ausgesetzt sind und infolge einer dadurch bewirkten Gesundheitsschädigung vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden; die Erhöhung des Ruhegehaltes **soll in der Regel** zehn vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nicht übersteigen.

(3) entfällt

d) Höhe des Ruhegehaltes

§ 115

(1) Das Ruhegehalt beträgt bei Vollendung einer zehnjährigen ruhegehaltfähigen Dienstzeit fünfunddreißig vom Hundert und steigt mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahr

bis zum vollendeten fünfundzwanzigsten Dienstjahr um zwei vom Hundert,

von da ab um eins vom Hundert

der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zum Höchstsatz von fünfundsiebzig vom Hundert. Bei kürzerer als zehnjähriger ruhegehaltfähiger Dienstzeit beträgt das Ruhegehalt fünfunddreißig vom Hundert. Mindestens werden sechzig vom Hundert der **jeweils** ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Eingangsstufe der Besoldungsgruppe A 11 gewährt.

(2) Bei einem nach § 36 Abs. 1 in den **einstweiligen Ruhestand** versetzten Beamten darf das Ruhegehalt für die Dauer von fünf Jahren nicht hinter fünfzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, berechnet mindestens aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 1a, zurückbleiben.

§ 116

(1) Das Ruhegehalt eines Beamten, der früher ein mit höheren Dienstbezügen verbundenes Amt im Bundesdienst bekleidet und diese Bezüge mindestens ein Jahr erhalten hat, wird, sofern der Beamte in ein mit geringeren Dienstbezügen verbundenes Amt nicht lediglich auf seinen im eigenen Interesse gestellten Antrag übergetreten ist, nach den höheren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen des früheren Amtes und der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit berechnet. Das Ruhegehalt darf jedoch die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge des letzten Amtes nicht übersteigen.

Entwurf

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn der Beamte wegen mangelnder Leistung in eine niedrigere Gehaltsstufe zurückgesetzt oder in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt worden ist (§ 75 Abs. 1 Nr. 2 und 3).

3. Unterhaltsbeitrag

§ 117

Einem Beamten, der dienstunfähig ist oder die Altersgrenze erreicht hat, kann ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Ruhegehalts bewilligt werden, wenn er in den Fällen des § 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 oder des § 35 nicht in den Ruhestand tritt, sondern entlassen wird.

4. Hinterbliebenenversorgung

a) Sterbemonat

§ 118

(1) Den Erben eines verstorbenen Beamten verbleiben für den Sterbemonat die Bezüge des Verstorbenen einschließlich der zur Bestreitung von Dienstaufwandskosten bestimmten Einkünfte.

(2) Bei Ruhestandsbeamten sowie bei entlassenen Beamten tritt an die Stelle der Bezüge das Ruhegehalt oder der Unterhaltsbeitrag.

(3) Die an den Verstorbenen noch nicht gezahlten Teile der Sterbemonatsbezüge können statt an die Erben auch an die in § 119 Abs. 1 bezeichneten Hinterbliebenen gezahlt werden.

b) Sterbegeld

§ 119

(1) Der überlebende Ehegatte, die ehelichen und für ehelich erklärten Abkömmlinge eines Beamten mit Dienstbezügen sowie die von ihm an Kindes Statt angenommenen Kinder erhalten für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate als Sterbegeld die Dienstbezüge des Verstorbenen ausschließlich der zur Bestreitung von Dienstaufwandskosten bestimmten Einkünfte. Das gleiche gilt für die unehelichen Kinder einer Beamtin mit Dienstbezügen. Bei Ruhestandsbeamten sowie bei entlassenen Beamten tritt an die Stelle der Dienstbezüge das Ruhegehalt oder der Unterhaltsbeitrag.

(2) Sind Hinterbliebene im Sinne des Absatzes 1 nicht vorhanden, so kann Sterbegeld auf Antrag ganz oder teilweise bewilligt werden

1. bedürftigen Verwandten der aufsteigenden Linie, Geschwistern, Geschwisterkindern oder Stiefkindern, deren Ernährer der Verstorbene ganz oder überwiegend gewesen ist,

Beschlüsse des 25. Ausschusses

(2) entfällt

3. Unterhaltsbeitrag

§ 117

(1) Einem Beamten auf Lebenszeit, der vor Ableistung einer Dienstzeit von zehn Jahren (§ 103 Abs. 1 Nr. 1) wegen Dienstunfähigkeit oder Erreichung der Altersgrenze nach § 35 Satz 2 entlassen ist, kann ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Ruhegehaltes bewilligt werden.

(2) Das gleiche gilt für einen Beamten auf Probe, der wegen Dienstunfähigkeit oder wegen Erreichung der Altersgrenze entlassen ist (§ 31 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 5).

4. Hinterbliebenenversorgung

a) Sterbemonat

§ 118

(1) Den Erben eines verstorbenen Beamten verbleiben für den Sterbemonat die Dienstbezüge des Verstorbenen einschließlich der zur Bestreitung von Dienstaufwandskosten bestimmten Einkünfte.

(2) Bei Ruhestandsbeamten sowie bei entlassenen Beamten tritt an die Stelle der Dienstbezüge das Ruhegehalt oder der Unterhaltsbeitrag.

(3) Die an den Verstorbenen noch nicht gezahlten Teile der Bezüge für den Sterbemonat können statt an die Erben auch an die in § 119 Abs. 1 bezeichneten Hinterbliebenen gezahlt werden.

b) Sterbegeld

§ 119

(1) Der überlebende Ehegatte, die ehelichen und für ehelich erklärten Abkömmlinge eines Beamten mit Dienstbezügen sowie die von ihm an Kindes Statt angenommenen Kinder erhalten für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate als Sterbegeld die Dienstbezüge des Verstorbenen ausschließlich der zur Bestreitung von Dienstaufwandskosten bestimmten Einkünfte. Das gleiche gilt für die unehelichen Kinder einer Beamtin mit Dienstbezügen und deren Abkömmlinge. Bei Ruhestandsbeamten sowie bei entlassenen Beamten tritt an die Stelle der Dienstbezüge das Ruhegehalt oder der Unterhaltsbeitrag.

(2) Sind Hinterbliebene im Sinne des Absatzes 1 nicht vorhanden, so ist Sterbegeld auf Antrag zu gewähren

1. Verwandten der aufsteigenden Linie, Geschwistern, Geschwisterkindern oder Stiefkindern, deren Ernährer der Verstorbene ganz oder überwiegend gewesen ist,

Entwurf

2. sonstigen Personen, die die Kosten der letzten Krankheit oder der Bestattung getragen haben, wenn der Nachlaß zur Kostendeckung nicht ausreicht.

(3) Das Sterbegeld wird im voraus in einer Summe gezahlt. Liegen wichtige Gründe vor, so kann eine andere Zahlungsart bestimmt werden.

c) Witwen- und Waisengeld

§ 120

Die Witwe eines Beamten, der zur Zeit seines Todes Ruhegehalt erhalten hätte, oder eines Ruhestandsbeamten erhält Witwengeld. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ehe mit dem Verstorbenen weniger als drei Monate gedauert hat, es sei denn, daß nach den besonderen Umständen des Falles die Annahme nicht gerechtfertigt ist, daß es der alleinige oder überwiegende Zweck der Heirat war, der Witwe eine Versorgung zu verschaffen, oder
2. die Ehe erst nach dem Eintritt des Beamten in den Ruhestand geschlossen worden ist, oder
3. die eheliche Gemeinschaft beim Tode des Verstorbenen durch gerichtliche Entscheidung aufgehoben war.

§ 121

Das Witwengeld beträgt sechzig vom Hundert des Ruhegehaltes, das der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er am Todestage in den Ruhestand getreten wäre, höchstens jedoch sechzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 1 a.

§ 122

(1) In den Fällen des § 120 Satz 2 Nr. 2 und 3 kann ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Witwengeldes bewilligt werden.

(2) Der schuldlos geschiedenen Ehefrau eines verstorbenen Beamten oder Ruhestandsbeamten, die im Falle des Fortbestehens der Ehe Witwengeld erhalten hätte, ist ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Witwengeldes insoweit zu gewähren, als ihr der Verstorbene zur Zeit seines Todes Unterhalt zu leisten hatte. Eine später eingetretene oder eintretende Änderung der Verhältnisse kann berücksichtigt werden.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

2. sonstigen Personen, die die Kosten der letzten Krankheit oder der Bestattung getragen haben, bis zur Höhe ihrer Aufwendungen.

(3) unverändert

c) Witwen- und Waisengeld

§ 120

(1) Die Witwe eines Beamten, der zur Zeit seines Todes Ruhegehalt erhalten hätte, oder eines Ruhestandsbeamten erhält Witwengeld. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ehe mit dem Verstorbenen weniger als drei Monate gedauert hat, es sei denn, daß nach den besonderen Umständen des Falles die Annahme nicht gerechtfertigt ist, daß es der alleinige oder überwiegende Zweck der Heirat war, der Witwe eine Versorgung zu verschaffen, oder
2. die Ehe erst nach dem Eintritt des Beamten in den Ruhestand geschlossen worden ist **und der Ruhestandsbeamte zur Zeit der Eheschließung das fünfundsiebzehnte Lebensjahr bereits vollendet hatte**, oder
3. die eheliche Gemeinschaft beim Tode des Verstorbenen durch gerichtliche Entscheidung aufgehoben war.

(2) § 103 findet keine Anwendung.

§ 121

Das Witwengeld beträgt sechzig vom Hundert des Ruhegehaltes, das der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er am Todestage in den Ruhestand getreten wäre. **§ 115 Abs. 2 findet keine Anwendung. Änderungen des Mindestruhegehaltes (§ 115 Abs. 1 Satz 3) sind zu berücksichtigen.**

§ 122

(1) In den Fällen des § 120 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und 3 kann ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Witwengeldes bewilligt werden.

(2) unverändert

(3) Absatz 2 gilt entsprechend für die einer schuldlos geschiedenen Ehefrau gleichgestellte frühere Ehefrau eines verstorbenen Beamten, dessen Ehe aufgehoben oder für nichtig erklärt war.

Entwurf

§ 123

(1) Die ehelichen Kinder sowie die vor Beendigung des Beamtenverhältnisses für ehelich erklärten oder an Kindes Statt angenommenen Kinder eines verstorbenen Beamten, der zur Zeit seines Todes Ruhegehalt erhalten hätte, oder eines verstorbenen Ruhestandsbeamten erhalten Waisengeld. Das gleiche gilt für die unehelichen Kinder einer verstorbenen Beamtin oder Ruhestandsbeamtin.

(2) Kein Waisengeld erhalten die Kinder eines Ruhestandsbeamten aus einer Ehe, die erst nach dem Eintritt in den Ruhestand geschlossen worden ist, sowie die unehelichen Kinder einer Ruhestandsbeamtin, die erst nach dem Eintritt in den Ruhestand geboren sind. Es kann ihnen jedoch ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Waisengeldes bewilligt werden.

(3) Den unehelichen Kindern eines männlichen Beamten und den nach Beendigung des Beamtenverhältnisses für ehelich erklärten oder an Kindes Statt angenommenen Kindern eines verstorbenen Beamten kann bis zur Vollendung des achtzehnten Lebensjahres ein Unterhaltsbeitrag in Höhe des Kinderzuschlages gewährt werden.

§ 124

(1) Das Waisengeld beträgt für die Halbwaise zwölf vom Hundert und für die Vollwaise zwanzig vom Hundert des Ruhegehaltes, das der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er am Todestage in den Ruhestand getreten wäre; es darf jedoch für die Halbwaise zehn vom Hundert und für die Vollwaise sechzehn-zweidrittel vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 1 a nicht übersteigen.

(2) Wenn die Mutter des Kindes des Verstorbenen nicht zum Bezuge von Witwengeld berechtigt ist und auch keinen Unterhaltsbeitrag nach § 122 erhält, wird das Waisengeld nach dem Satz einer Vollwaise gezahlt.

(3) Der Waisengeldanspruch eines Kindes wird nicht dadurch berührt, daß ein Beamter es an Kindes Statt annimmt. Stirbt der Beamte, so erhält das Kind nur dann ein neues Waisengeld, wenn es höher ist als das bisherige; das bisherige Waisengeld erlischt in diesem Falle.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

§ 123

(1) Die ehelichen Kinder sowie die für ehelich erklärten oder an Kindes Statt angenommenen Kinder eines verstorbenen Beamten, der zur Zeit seines Todes Ruhegehalt erhalten hätte, oder eines verstorbenen Ruhestandsbeamten erhalten Waisengeld. Das gleiche gilt für die **Kinder aus nichtigen Ehen, die die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes haben, sowie** für die unehelichen Kinder einer verstorbenen Beamtin oder Ruhestandsbeamtin.

(2) Kein Waisengeld erhalten die Kinder eines **verstorbenen** Ruhestandsbeamten, **wenn sie aus einer Ehe stammen, die erst nach dem Eintritt in den Ruhestand und nach Vollendung des fünfundsiechzigsten Lebensjahres des Ruhestandsbeamten geschlossen wurde, oder wenn sie erst nach diesem Zeitpunkt für ehelich erklärt oder an Kindes Statt angenommen worden sind.** Es kann ihnen jedoch ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Waisengeldes bewilligt werden.

(3) Den unehelichen Kindern eines **verstorbenen männlichen Beamten oder Ruhestandsbeamten** kann ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des **Waisengeldes bewilligt** werden.

(4) § 103 findet keine Anwendung.

§ 124

(1) Das Waisengeld beträgt für die Halbwaise zwölf vom Hundert und für die Vollwaise zwanzig vom Hundert des Ruhegehaltes, das der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er am Todestage in den Ruhestand getreten wäre. **§ 115 Abs. 2 findet keine Anwendung. Änderungen des Mindestruhegehaltes (§ 115 Abs. 1 Satz 3) sind zu berücksichtigen.**

(2) Wenn die Mutter des Kindes des Verstorbenen nicht zum Bezuge von Witwengeld berechtigt ist und auch keinen Unterhaltsbeitrag nach § 122 **in Höhe des Witwengeldes** erhält, wird das Waisengeld nach dem Satz für **Vollwaisen** gezahlt; **es darf zuzüglich des Unterhaltsbeitrages den Betrag des Witwengeldes und Waisengeldes nach dem Satz für Halbwaisen nicht übersteigen.**

(3) unverändert

Entwurf

(4) Hat ein Kind einen Waisengeldanspruch sowohl aus dem Beamtenverhältnis des Vaters als auch aus dem der Mutter, so wird nur das höhere Waisengeld gezahlt.

§ 125

(1) Witwen- und Waisengeld dürfen weder einzeln noch zusammen den Betrag des Ruhegehaltes übersteigen, das der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er am Todestage in den Ruhestand getreten wäre. Ergibt sich an Witwen- und Waisengeld zusammen ein höherer Betrag, so werden die einzelnen Bezüge im gleichen Verhältnis gekürzt.

(2) Nach dem Ausscheiden eines Witwen- oder Waisengeldberechtigten erhöht sich das Witwen- oder Waisengeld der verbleibenden Berechtigten vom Beginn des folgenden Monats an insoweit, als sie nach Absatz 1 noch nicht den vollen Betrag nach § 121 oder § 124 erhalten.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn neben Witwen- oder Waisengeld ein Unterhaltsbeitrag nach § 122 Abs. 2 gewährt wird. Im Falle des Absatzes 1 Satz 2 sind die einzelnen Bezüge in einem den Umständen angemessenen Verhältnis zu kürzen.

§ 126

(1) War die Witwe mehr als fünfzehn Jahre jünger als der Verstorbene, so wird das Witwengeld (§ 121) für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über fünfzehn Jahre um fünf vom Hundert gekürzt, jedoch höchstens um fünfzig vom Hundert. Nach fünfzehnjähriger Dauer der Ehe werden für jedes angefangene Jahr ihrer weiteren Dauer dem gekürzten Betrag fünf vom Hundert des Witwengeldes hinzugesetzt, bis der volle Betrag wieder erreicht ist. Das nach Satz 1 errechnete Witwengeld darf nicht hinter dem Mindestwitwengeld (§ 121 in Verbindung mit § 115 Abs. 1) zurückbleiben.

(2) Von dem nach Absatz 1 gekürzten Witwengeld ist auch bei der Anwendung des § 125 auszugehen.

§ 127

Der Witwe, der schuldlos geschiedenen Ehefrau und den Kindern eines Beamten, dem nach § 117 ein Unterhaltsbeitrag bewilligt worden ist oder hätte bewilligt werden können, kann die in den §§ 120 bis 126 vorgesehene Versorgung bis zur Höhe des Witwen- oder Waisengeldes als Unterhaltsbeitrag bewilligt werden.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

(4) unverändert

§ 125

(1) Witwen- und Waisengeld dürfen weder einzeln noch zusammen den Betrag des **ihrer Berechnung zugrunde zu legenden** Ruhegehaltes übersteigen. Ergibt sich an Witwen- und Waisengeld zusammen ein höherer Betrag, so werden die einzelnen Bezüge im gleichen Verhältnis gekürzt.

(2) unverändert

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn neben Witwen- oder Waisengeld ein Unterhaltsbeitrag nach § 122 Abs. 2 **oder 3** gewährt wird. Im Falle des Absatzes 1 Satz 2 sind die einzelnen Bezüge in einem den Umständen angemessenen Verhältnis zu kürzen.

(4) **Unterhaltsbeiträge nach § 122 Abs. 1 und § 123 Abs. 2 und 3 dürfen nur insoweit bewilligt werden, als sie allein oder zusammen mit gesetzlichen Hinterbliebenenbezügen die in Absatz 1 Satz 1 bezeichnete Höchstgrenze nicht übersteigen.**

§ 126

(1) War die Witwe mehr als **zwanzig** Jahre jünger als der Verstorbene, so wird das Witwengeld (§ 121) für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über **zwanzig** Jahre um fünf vom Hundert gekürzt, jedoch höchstens um fünfzig vom Hundert. Nach **fünfjähriger** Dauer der Ehe werden für jedes angefangene Jahr ihrer weiteren Dauer dem gekürzten Betrag fünf vom Hundert des Witwengeldes hinzugesetzt, bis der volle Betrag wieder erreicht ist. Das nach Satz 1 errechnete Witwengeld darf nicht hinter dem Mindestwitwengeld (§ 121 in Verbindung mit § 115 Abs. 1) zurückbleiben.

(2) unverändert

§ 127

Der Witwe, der schuldlos geschiedenen Ehefrau (**§ 122 Abs. 2 und 3**) und den Kindern eines Beamten, dem nach § 117 ein Unterhaltsbeitrag bewilligt worden ist oder hätte bewilligt werden können, kann die in den §§ 120 bis 126 vorgesehene Versorgung bis zur Höhe des Witwen- oder Waisengeldes als Unterhaltsbeitrag bewilligt werden.

Entwurf

§ 128

Die Zahlung des Witwen- und Waisengeldes sowie eines Unterhaltsbeitrages nach den §§ 122, 123 oder 127 beginnt nicht vor Ablauf der Zeit, für die Sterbegeld gewährt ist. Kinder, die nach Ablauf der Sterbegeldzeit geboren werden, erhalten Waisengeld vom Ersten des Geburtsmonats ab.

§ 129

Die §§ 120 bis 122 und 125 bis 128 gelten entsprechend für den Witwer oder schuldlos geschiedenen Ehemann einer verstorbenen Beamtin oder Ruhestandsbeamtin, wenn er zur Zeit ihres Todes einen Unterhaltsanspruch gegen sie gehabt hat. Die ihm zu gewährenden Bezüge dürfen nicht höher sein als sein Unterhaltsanspruch gegen die Verstorbene.

d) Bezüge bei Verschollenheit

§ 130

(1) Ist ein Beamter oder Ruhestandsbeamter, dessen Hinterbliebene nach den §§ 120 bis 127 im Falle seines Todes Witwen- oder Waisengeld oder einen Unterhaltsbeitrag erhalten könnten, verschollen, so können den Hinterbliebenen diese Bezüge auch schon von einem vor der Todeserklärung liegenden Zeitpunkt ab gewährt werden, wenn das Ableben des Verschollenen mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist.

(2) Mit dem Beginn der Zahlung nach Absatz 1 erlischt der Anspruch des Verschollenen auf Dienstbezüge oder Ruhegehalt. Ist eine Witwe oder sind Waisen nicht vorhanden, so bestimmt die oberste Dienstbehörde den Tag, mit dem die Zahlung dieser Bezüge aufhört. Die §§ 118 und 119 gelten nicht.

(3) Kehrt der Verschollene zurück, so hat er vom Rückkehrmonat ab wieder Anspruch auf Dienst- oder Versorgungsbezüge. Die Zahlung der nach Absatz 1 zugesprochenen Bezüge ist einzustellen.

(4) Ergibt sich, daß bei dem Beamten die Voraussetzungen des § 71 Abs. 2 vorliegen, so können die nach Absatz 1 gezahlten Bezüge von ihm zurückgefordert werden.

(5) § 129 findet entsprechende Anwendung.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

§ 128

Die Zahlung des Witwen- und Waisengeldes sowie eines Unterhaltsbeitrages nach den §§ 122, 123 oder 127 beginnt nicht vor Ablauf der Zeit, für die Sterbegeld gewährt ist. Kinder, die nach Ablauf **dieser Zeit** geboren werden, erhalten Waisengeld vom Ersten des Geburtsmonats ab.

§ 129

Die §§ 120 bis 128 gelten entsprechend für den Witwer oder schuldlos geschiedenen Ehemann einer verstorbenen Beamtin oder Ruhestandsbeamtin, wenn er zur Zeit ihres Todes einen **gesetzlichen** Unterhaltsanspruch gegen sie gehabt hat. Die ihm zu gewährenden Bezüge dürfen nicht höher sein als sein Unterhaltsanspruch gegen die Verstorbene. **An die Stelle des Witwengeldes im Sinne der Vorschriften dieses Gesetzes tritt das Witwergeld, an die Stelle der Witwe der Witwer.**

d) Bezüge bei Verschollenheit

§ 130

(1) Ein **verschollener** Beamter, Ruhestandsbeamter oder sonstiger **Versorgungsempfänger erhält die ihm zustehenden Dienst- oder Versorgungsbezüge bis zum Ablauf des Monats, in dem die oberste Dienstbehörde feststellt, daß sein Ableben mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist.**

(2) **Vom Ersten des Monats ab, der dem in Absatz 1 bezeichneten Zeitpunkt folgt, erhalten die Personen, die im Falle des Todes des Verschollenen nach den §§ 120 bis 128 Witwen- oder Waisengeld erhalten würden oder einen Unterhaltsbeitrag erhalten könnten, diese Bezüge. Die §§ 118 und 119 gelten nicht.**

(3) Kehrt der Verschollene zurück, so **lebt sein Anspruch auf Dienst- oder Versorgungsbezüge, soweit nicht besondere gesetzliche Gründe entgegenstehen, wieder auf. Nachzahlungen an Dienst- oder Versorgungsbezügen sind längstens für die Dauer eines Jahres zu leisten; die nach Absatz 2 für den gleichen Zeitraum gewährten Bezüge sind anzurechnen.**

(4) Ergibt sich, daß bei einem Beamten die Voraussetzungen des § 71 Abs. 2 vorliegen, so können die nach Absatz 2 gezahlten Bezüge von ihm zurückgefordert werden.

(5) entfällt

Entwurf

5. Unfallfürsorge

a) Allgemeines

§ 131

(1) Wird ein Beamter durch einen Dienstunfall verletzt, so wird ihm und seinen Hinterbliebenen Unfallfürsorge gewährt.

(2) Die Unfallfürsorge umfaßt

1. Erstattung von Sachschäden und besonderen Aufwendungen (§ 133),
2. Heilverfahren (§§ 134, 135),
3. Unfallruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag (§§ 136 bis 139),
4. Unfall-Hinterbliebenenversorgung (§§ 140 bis 144).

(3) Im übrigen gelten die allgemeinen Vorschriften des Abschnittes V.

§ 132

(1) Dienstunfall ist ein auf äußerer Einwirkung beruhendes plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmtes, einen Körperschaden verursachendes Ereignis, das in Ausübung oder infolge des Dienstes eingetreten ist.

(2) Zum Dienst gehören auch

1. Dienstreisen, Dienstgänge und die dienstliche Tätigkeit am Bestimmungsort,
2. das Zurücklegen des mit dem Dienst zusammenhängenden Weges nach und von der Dienststelle,
3. die Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen.

(3) Erkrankt ein Beamter, der nach der Art seiner dienstlichen Verrichtung der Gefahr der Erkrankung an bestimmten übertragbaren Krankheiten besonders ausgesetzt ist, an einer solchen Krankheit, so liegt ein Dienstunfall vor, es sei denn, daß der Beamte sich die Krankheit außerhalb des Dienstes zugezogen hat. Die in Betracht kommenden Krankheiten bestimmt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung.

(4) Dem durch Dienstunfall verursachten Körperschaden gleich zu achten ist ein Körperschaden, den ein Beamter außerhalb seines Dienstes erleidet, wenn er im Hinblick auf sein pflichtmäßiges dienstliches Verhalten angegriffen wird.

b) Unfallfürsorgeleistungen

§ 133

Sind bei einem Dienstunfall Kleidungsstücke oder sonstige Gegenstände, die der Beamte mit sich geführt hat, beschädigt oder zerstört worden oder abhanden gekommen, so kann dafür Ersatz geleistet werden. Sind durch die erste Hilfeleistung nach dem Unfall besondere Kosten entstanden, so ist dem Beamten der nachweisbar notwendige Aufwand zu ersetzen.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

5. Unfallfürsorge

a) Allgemeines

§ 131

(1) unverändert

(2) Die Unfallfürsorge umfaßt:

1. Erstattung von Sachschäden und besonderen Aufwendungen (§ 133),
2. Heilverfahren (§§ 134, 135),
3. **Unfallausgleich (§ 135 a),**

4. Unfallruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag (§§ 136 bis 139),

5. Unfall-Hinterbliebenenversorgung (§§ 140 bis 144).

(3) unverändert

§ 132

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) Dem durch Dienstunfall verursachten Körperschaden gleich zu achten ist ein Körperschaden, den ein Beamter außerhalb seines Dienstes erleidet, wenn er im Hinblick auf sein **pflichtgemäßes** dienstliches Verhalten angegriffen wird.

b) Unfallfürsorgeleistungen

§ 133

unverändert

Entwurf

§ 134

(1) Das Heilverfahren umfaßt die notwendige

1. ärztliche Behandlung,
2. Versorgung mit Arznei- und anderen Heilmitteln, Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln, die den Erfolg der Heilbehandlung sichern oder die Unfallfolgen erleichtern sollen,
3. Pflege (§ 135).

(2) An Stelle der ärztlichen Behandlung sowie der Versorgung mit Arznei- und anderen Heilmitteln kann Krankenhausbehandlung oder Heilanstaltspflege gewährt werden. Der Verletzte ist verpflichtet, sich einer Krankenhausbehandlung oder Heilanstaltspflege zu unterziehen, wenn sie nach amtsärztlichem Gutachten zur Sicherung des Heilerfolges notwendig ist. Während der Dauer einer Krankenhausbehandlung oder Heilanstaltspflege können die laufenden Bezüge des Verletzten (mit Ausnahme der Kinderzuschläge) zum Ausgleich der Ersparnisse an Lebenshaltungskosten bis zu drei und dreißeindrittel vom Hundert einbehalten werden.

(3) Eine ärztliche Behandlung, die mit einer erheblichen Gefahr für Leben oder Gesundheit des Verletzten verbunden ist, bedarf seiner Zustimmung, eine Operation dann, wenn sie einen erheblichen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit bedeutet.

(4) Die Ausführung der Vorschriften in den Absätzen 2 und 3 regelt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung.

§ 135

(1) Ist der Verletzte infolge des Dienstunfalles so hilflos, daß er nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann, so sind ihm bis zum Beginn des Ruhestandes die Kosten einer angenommenen notwendigen Pflegekraft zu erstatten. Die Dienstbehörde kann jedoch selbst für die Pflege Sorge tragen.

(2) Nach dem Beginn des Ruhestandes kann für die Dauer der Hilflosigkeit ein Zuschlag zu dem Unfallruhegehalt bis zur Erreichung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (§ 137) gewährt werden. Auf Antrag sind dem Verletzten jedoch statt der Gewährung des Zuschlages die Kosten für die angenommene notwendige Pflegekraft zu erstatten; in diesem Falle gilt Absatz 1 letzter Satz.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

§ 134

(1) Das Heilverfahren umfaßt

1. **die notwendige** ärztliche Behandlung,
2. **die notwendige** Versorgung mit Arznei- und anderen Heilmitteln, Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln, die den Erfolg der Heilbehandlung sichern oder die Unfallfolgen erleichtern sollen,
3. **die notwendige** Pflege (§ 135).

(2) An Stelle der ärztlichen Behandlung sowie der Versorgung mit Arznei- und anderen Heilmitteln kann Krankenhausbehandlung oder Heilanstaltspflege gewährt werden. Der Verletzte ist verpflichtet, sich einer Krankenhausbehandlung oder Heilanstaltspflege zu unterziehen, wenn sie nach amtsärztlichem Gutachten zur Sicherung des Heilerfolges notwendig ist. Während der Dauer einer Krankenhausbehandlung oder Heilanstaltspflege können die laufenden Bezüge des Verletzten mit Ausnahme der Kinderzuschläge zum Ausgleich der Ersparnisse an Lebenshaltungskosten bis zu **fünfundzwanzig** vom Hundert einbehalten werden.

(3) unverändert

(4) **Verursachen die Folgen des Dienstunfalles außergewöhnliche Kosten für Kleider- und Wäscheverschleiß, so sind diese in angemessenem Umfange zu ersetzen.**

(5) Die Ausführung regelt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung.

§ 135

(1) Ist der Verletzte infolge des Dienstunfalles so hilflos, daß er nicht ohne fremde Wartung und Pflege **auskommen** kann, so sind ihm die Kosten einer angenommenen notwendigen Pflegekraft zu erstatten. Die Dienstbehörde kann jedoch selbst für die Pflege Sorge tragen.

(2) Nach dem Beginn des Ruhestandes **ist dem Verletzten auf Antrag** für die Dauer der Hilflosigkeit ein Zuschlag zu dem Unfallruhegehalt bis zur Erreichung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (§ 137) zu **gewähren**; die **Kostenerstattung nach Absatz 1 entfällt.**

§ 135 a

(1) Ist der Verletzte infolge des Dienstunfalles in seiner Erwerbsfähigkeit **wesentlich beschränkt**, so erhält er, solange dieser Zustand andauert, **neben**

den Dienstbezügen oder dem Ruhegehalt einen Unfallausgleich. Der Unfallausgleich beträgt monatlich bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um

30 vom Hundert	15 Deutsche Mark,
40 vom Hundert	20 Deutsche Mark,
50 vom Hundert	25 Deutsche Mark,
60 vom Hundert	35 Deutsche Mark,
70 vom Hundert	45 Deutsche Mark,
80 vom Hundert	55 Deutsche Mark,
90 vom Hundert	65 Deutsche Mark,

bei Erwerbsunfähigkeit 75 Deutsche Mark.

Die vorstehenden Hundertsätze sind Durchschnittsätze; eine um fünf vom Hundert geringere Minderung der Erwerbsfähigkeit wird von ihnen mit umfaßt.

(2) Die Minderung der Erwerbsfähigkeit ist nach der körperlichen Beeinträchtigung im allgemeinen Erwerbsleben zu beurteilen. Für äußere Körperschäden können Mindesthundertsätze festgesetzt werden.

(3) Der Unfallausgleich wird neu festgestellt, wenn in den Verhältnissen, die für die Feststellung maßgebend gewesen sind, eine wesentliche Änderung eingetreten ist. Zu diesem Zwecke ist der Beamte verpflichtet, sich nach Weisung der obersten Dienstbehörde amtsärztlich untersuchen zu lassen; die oberste Dienstbehörde kann diese Befugnis auf unmittelbar nachgeordnete Behörden übertragen.

(4) Während einer Krankenhausbehandlung oder Heilanstaltspflege wird der Unfallausgleich nicht gewährt.

(5) Erhält der Verletzte Unfallruhegehalt (§ 136), so ruht der Unfallausgleich in Höhe des Unterschiedes zwischen dem Unfallruhegehalt und dem Ruhegehalt, das sich nach den allgemeinen Vorschriften ergeben würde.

§ 136

(1) Ist der Beamte infolge des Dienstunfalls dienstunfähig geworden und in den Ruhestand getreten, so erhält er Unfallruhegehalt. Dieses beträgt mindestens sechsundsechzigzweidrittel vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge; es darf nicht hinter sechzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der untersten Besoldungsgruppe der Besoldungsordnung A zurückbleiben.

(2) Hat der Beamte nach den allgemeinen Vorschriften bereits ein Ruhegehalt von siebenundvierzig vom Hundert oder mehr der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge erdient, so ist dieser Hundertsatz zuzüglich eines Zuschlages von zwanzig vom Hundert der Berechnung des Unfallruhegehalts zu Grunde zu legen. Das Unfallruhegehalt darf fünfundsiebzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nicht übersteigen.

§ 136

(1) Ist der Beamte infolge des Dienstunfalles dienstunfähig geworden und in den Ruhestand getreten, so erhält er Unfallruhegehalt. Dieses beträgt mindestens sechsundsechzigzweidrittel vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge; es darf nicht hinter sechsundsechzigzweidrittel vom Hundert der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 11 zurückbleiben.

(2) Hat der Beamte nach den allgemeinen Vorschriften bereits ein Ruhegehalt von siebenundvierzig vom Hundert oder mehr der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge erdient, so ist dieser Hundertsatz um zwanzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge zu erhöhen. Das Unfallruhegehalt darf fünfundsiebzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nicht übersteigen; Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 2 bleibt unberührt.

Entwurf

§ 137

(1) Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bemessen sich abweichend von § 105 Nr. 1 für einen Verletzten, der

1. als Beamter auf Lebenszeit ein aufsteigendes Gehalt bezogen oder als Beamter auf Probe sich in einer Planstelle mit aufsteigendem Gehalt befunden hat: nach dem Durchschnittssatz der erreichten und der bis zur Altersgrenze (§ 41 Abs. 1) erreichbar gewesenen Dienstaltersstufe seiner Besoldungsgruppe,
2. als Beamter auf Probe Diäten bezogen hat: nach dem Durchschnittssatz aus Anfangs- und Endgrundgehalt der Eingangsgruppe seiner Laufbahn.

(2) Deckt sich der errechnete Durchschnittssatz nicht mit einer Dienstaltersstufe, so richtet sich der Wohnungsgeldzuschuß nach der nächsthöheren Dienstaltersstufe.

§ 138

(1) Ein durch Dienstunfall verletzter früherer Beamter, der nach den §§ 30, 31 oder 32 entlassen ist, erhält neben dem Heilverfahren (§§ 134, 135) für die Dauer einer durch den Dienstunfall verursachten Erwerbsbeschränkung einen Unterhaltsbeitrag.

(2) Der Unterhaltsbeitrag beträgt bei

1. völliger Erwerbsunfähigkeit sechszwanzigzweidrittel vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nach Absatz 5,
2. Minderung der Erwerbsfähigkeit um wenigstens zwanzig vom Hundert den der Minderung entsprechenden Teil des Unterhaltsbeitrags nach Nr. 1.

(3) Bei Hilflosigkeit des Verletzten gilt § 135 Abs. 2 entsprechend. Im Falle des Absatzes 2 Nr. 2 kann der Unterhaltsbeitrag, solange der Verletzte aus Anlaß des Unfalls unverschuldet arbeitslos ist, bis auf den Betrag nach Nr. 1 erhöht werden.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten nicht, wenn der Beamte unter Umständen entlassen worden ist, die in einem Dienststrafverfahren zur Entfernung aus dem Dienst geführt hätten. Ob diese Voraussetzung vorliegt, entscheidet die oberste Dienstbehörde.

(5) Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bestimmen sich nach den §§ 105 und 107. Bei einem früheren Beamten auf Widerruf ohne Dienstbezüge

Beschlüsse des 25. Ausschusses

§ 137

(1) Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bemessen sich für einen Verletzten,

1. **der als Beamter auf Lebenszeit oder auf Probe ein festes Gehalt bezogen hat, nach seiner Besoldungsgruppe,**
2. **der als Beamter auf Lebenszeit ein aufsteigendes Gehalt bezogen oder als Beamter auf Probe sich in einer Planstelle mit aufsteigendem Gehalt befunden hat, nach der Dienstaltersstufe seiner Besoldungsgruppe, die er bis zur Erreichung der Altersgrenze (§ 41 Abs. 1) hätte erreichen können,**
3. **der als Beamter auf Probe Diäten bezogen hat, nach dem Mittel aus Anfangs- und Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe, in der ein solcher Beamter nach den bestehenden Grundsätzen zuerst angestellt werden kann.**

(2) entfällt

§ 138

(1) unverändert

(2) Der Unterhaltsbeitrag beträgt

1. **bei** völliger Erwerbsunfähigkeit sechszwanzigzweidrittel vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nach Absatz 5,
2. **bei** Minderung der Erwerbsfähigkeit um wenigstens zwanzig vom Hundert den der Minderung entsprechenden Teil des Unterhaltsbeitrages nach Nr. 1.

(3) Im Falle des Absatzes 2 Nr. 2 kann der Unterhaltsbeitrag, solange der Verletzte aus Anlaß des Unfalles unverschuldet arbeitslos ist, bis auf den Betrag nach Nr. 1 erhöht werden. Bei Hilflosigkeit des Verletzten gilt § 135 entsprechend.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, wenn der Beamte unter Umständen entlassen worden ist, die in einem **Disziplinarverfahren** zur Entfernung aus dem Dienst geführt hätten. Ob diese Voraussetzung vorliegt, entscheidet die oberste Dienstbehörde.

(5) unverändert

sind die Diäten zugrunde zu legen, die er bei der Ernennung zum Beamten auf Probe zuerst erhalten hätte. Der Unterhaltsbeitrag für einen früheren Beamten auf Widerruf, der ein Amt bekleidete, das seine Arbeitskraft nur nebenbei beanspruchte, ist nach billigem Ermessen festzusetzen.

§ 139

(1) Erhält ein durch Dienstunfall verletzter früherer Beamter, der weder in den Ruhestand versetzt noch nach § 138 zu behandeln ist, keine Versorgung, so kann ihm als Unfallfürsorge

1. das Heilverfahren nach den §§ 134 und 135,
2. für die Dauer einer durch den Dienstunfall verursachten völligen Erwerbsunfähigkeit oder Minderung der Erwerbsfähigkeit um wenigstens zwanzig vom Hundert ein Unterhaltsbeitrag bewilligt werden.

(2) Der Unterhaltsbeitrag kann bis zu sechsundsechzigzweidrittel vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (§§ 105, 107), jedoch höchstens nach der Eingangsstufe der Besoldungsgruppe, in der der Beamte sich zuletzt befunden hat, bewilligt werden. Für einen früheren Beamten auf Widerruf ohne Dienstbezüge und einen solchen, der ein Amt bekleidete, das seine Arbeitskraft nur nebenbei beanspruchte, gilt § 138 Abs. 5 Satz 2 und 3.

§ 140

(1) Ist ein Beamter oder ein Ruhestandsbeamter, der Unfallruhegehalt bezog, an den Folgen des Dienstunfalls verstorben, so erhalten seine Hinterbliebenen Unfall-Hinterbliebenenversorgung. Für diese gelten folgende besondere Vorschriften:

1. Bleibt das Sterbegeld (§ 119) unter dem Gesamtbetrage der für drei Monate zu gewährenden Unfall-Hinterbliebenenversorgung nach Nr. 2 und 3, so ist dieser als Sterbegeld zu gewähren.
2. Das Witwengeld beträgt sechzig vom Hundert des Unfallruhegehaltes (§§ 136, 137).
3. Das Waisengeld beträgt für jedes waisengeldberechtigte Kind (§ 123) dreißig vom Hundert des Unfallruhegehaltes. Es wird auch elternlosen Enkeln gewährt, deren Unterhalt zur Zeit des Dienstunfalls ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten wurde.

(6) Die Minderung der Erwerbsfähigkeit ist nach der körperlichen Beeinträchtigung im allgemeinen Erwerbsleben zu beurteilen. Zum Zwecke der Nachprüfung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit ist der Beamte verpflichtet, sich nach Weisung der obersten Dienstbehörde amtsärztlich untersuchen zu lassen; die oberste Dienstbehörde kann diese Befugnis auf unmittelbar nachgeordnete Behörden übertragen.

§ 139

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) § 138 Abs. 6 findet Anwendung.

§ 140

(1) Ist ein Beamter oder ein Ruhestandsbeamter, der Unfallruhegehalt bezog, an den Folgen des Dienstunfalles verstorben, so erhalten seine Hinterbliebenen Unfall-Hinterbliebenenversorgung. Für diese gelten folgende besondere Vorschriften:

1. Bleibt das Sterbegeld (§ 119) **hinter** dem Gesamtbetrage der für drei Monate zu gewährenden Unfall-Hinterbliebenenversorgung nach Nr. 2 und 3 **zurück**, so ist dieser als Sterbegeld zu gewähren.
2. Das Witwengeld beträgt sechzig vom Hundert des Unfallruhegehaltes (§§ 136, 137).
3. Das Waisengeld beträgt für jedes waisengeldberechtigte Kind (§ 123) dreißig vom Hundert des Unfallruhegehaltes. Es wird auch elternlosen Enkeln gewährt, deren Unterhalt zur Zeit des Dienstunfalles ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten wurde.

Entwurf

(2) Ist ein Ruhestandsbeamter, der Unfallruhegehalt bezog, nicht an den Folgen des Dienstunfalls verstorben, so steht den Hinterbliebenen nur Versorgung nach Unterabschnitt 4 zu; diese Bezüge sind aber unter Zugrundelegung des Unfallruhegehaltes zu berechnen.

(3) Das sich aus Absatz 1 Nr. 2 ergebende Wittwengeld ist auch als Höchstgrenze für einen Unterhaltsbeitrag nach § 122 Abs. 1 oder 2 maßgebend.

§ 141

Verwandten der aufsteigenden Linie, deren Unterhalt zur Zeit des Dienstunfalls ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen (§ 140 Abs. 1) bestritten wurde, kann für die Dauer der Bedürftigkeit ein Unterhaltsbeitrag von zusammen dreißig vom Hundert des Unfallruhegehaltes bewilligt werden. Sind mehrere Personen dieser Art vorhanden, so wird der Unterhaltsbeitrag den Eltern vor den Großeltern gewährt; an die Stelle eines verstorbenen Elternteils treten dessen Eltern.

§ 142

(1) Ist in den Fällen des § 138 der frühere Beamte an den Folgen des Dienstunfalls verstorben, so erhalten seine Hinterbliebenen einen Unterhaltsbeitrag in Höhe des Wittwen- und Waisengeldes, das sich nach den allgemeinen Vorschriften unter Zugrundelegung des Unterhaltsbeitrages nach § 138 Abs. 2 Nr. 1 ergibt.

(2) Ist der frühere Beamte nicht an den Folgen des Dienstunfalls verstorben, so kann seinen Hinterbliebenen ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Wittwen- und Waisengeldes bewilligt werden, das sich nach den allgemeinen Vorschriften unter Zugrundelegung des Unterhaltsbeitrages ergibt, den der Verstorbene im Zeitpunkt seines Todes tatsächlich bezogen hat.

(3) Für die Hinterbliebenen eines Beamten ohne Dienstbezüge und eines Beamten, der ein Amt bekleidete, das seine Arbeitskraft nur nebenbei beanspruchte, gilt Absatz 1 entsprechend, wenn der Beamte im Dienst an den Unfallfolgen verstorben ist.

§ 143

In den Fällen des § 139 kann auch den Hinterbliebenen des früheren Beamten ein entsprechend bemessener Unterhaltsbeitrag bewilligt werden.

§ 144

Die Unfallversorgung der Hinterbliebenen (§§ 140 bis 143) darf insgesamt die Bezüge (Unfallruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag) nicht übersteigen, die der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können. § 125 ist entsprechend anzuwenden. Der

Beschlüsse des 25. Ausschusses

(2) Ist ein Ruhestandsbeamter, der Unfallruhegehalt bezog, nicht an den Folgen des Dienstunfalls verstorben, so steht den Hinterbliebenen nur Versorgung nach Unterabschnitt 4 (§§ 118 bis 130) zu; diese Bezüge sind aber unter Zugrundelegung des Unfallruhegehaltes zu berechnen.

(3) entfällt

§ 141

Verwandten der aufsteigenden Linie, deren Unterhalt zur Zeit des Dienstunfalls ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen (§ 140 Abs. 1) bestritten wurde, ist für die Dauer der Bedürftigkeit ein Unterhaltsbeitrag von zusammen dreißig vom Hundert des Unfallruhegehaltes zu gewähren, **mindestens jedoch vierzig vom Hundert des in § 136 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 genannten Betrages**. Sind mehrere Personen dieser Art vorhanden, so wird der Unterhaltsbeitrag den Eltern vor den Großeltern gewährt; an die Stelle eines verstorbenen Elternteiles treten dessen Eltern.

§ 142

(1) unverändert

(2) Ist der frühere Beamte nicht an den Folgen des Dienstunfalls verstorben, so kann seinen Hinterbliebenen ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Wittwen- und Waisengeldes bewilligt werden, das sich nach den allgemeinen Vorschriften unter Zugrundelegung des Unterhaltsbeitrages ergibt, den der Verstorbene im Zeitpunkt seines Todes bezogen hat.

(3) Für die Hinterbliebenen eines Beamten ohne Dienstbezüge und eines Beamten, der ein Amt bekleidete, das seine Arbeitskraft nur nebenbei beanspruchte, gilt Absatz 1 entsprechend, wenn der Beamte an den Unfallfolgen verstorben ist.

§ 143

unverändert

§ 144

Die Unfallversorgung der Hinterbliebenen (§§ 140 bis 143) darf insgesamt die Bezüge (Unfallruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag) nicht übersteigen, die der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können. § 125 ist entsprechend anzuwenden.

Entwurf

Zuschlag bei Hilflosigkeit (§ 135 Abs. 2) oder bei Arbeitslosigkeit (§ 138 Abs. 3 Satz 2) bleibt sowohl bei der Berechnung des Unterhaltsbeitrages nach § 142 Abs. 1 oder 2 als auch bei der vergleichenden Berechnung nach § 125 außer Betracht.

c) Nichtgewährung von Unfallfürsorge

§ 145

(1) Unfallfürsorge wird nicht gewährt, wenn der Verletzte den Dienstunfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Sie kann von der obersten Dienstbehörde ganz oder teilweise versagt werden, wenn eine grobe Fahrlässigkeit des Verletzten bei der Entstehung des Dienstunfalles mitgewirkt hat.

(2) Hat der Verletzte eine die Heilbehandlung betreffende Anordnung ohne gesetzlichen oder sonstigen wichtigen Grund nicht befolgt und wird dadurch seine Dienst- oder Erwerbsfähigkeit ungünstig beeinflusst, so kann ihm die oberste Dienstbehörde die Unfallfürsorge insoweit versagen. Der Verletzte ist auf diese Folgen schriftlich hinzuweisen.

(3) Hinterbliebenenversorgung nach den Unfallfürsorgevorschriften wird nicht gewährt, wenn die Ehe erst nach dem Dienstunfall geschlossen ist. Kinder, die erst nach dem Dienstunfall für ehelich erklärt erklärt oder an Kindes Statt angenommen worden sind, erhalten kein Waisengeld nach den Unfallfürsorgevorschriften. Beim Vorliegen besonderer Umstände kann eine Unfallversorgung gewährt werden.

d) Anmeldung und Untersuchungsverfahren

§ 146

(1) Unfallfürsorgeansprüche auf Grund dieses Gesetzes sind innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Jahren nach dem Eintritt des Dienstunfalles bei dem Dienstvorgesetzten des Verletzten anzumelden. Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn die Ansprüche bei der für den Wohnort des Berechtigten zuständigen unteren Verwaltungsbehörde angemeldet worden sind.

(2) Nach Ablauf der Ausschlussfrist ist der Anmeldung nur Folge zu geben, wenn seit dem Dienstunfall noch nicht zehn Jahre vergangen sind und wenn gleichzeitig glaubhaft gemacht wird, daß eine den Anspruch begründende Folge des Unfalles erst später bemerkbar geworden ist oder daß der Berechtigte von der Verfolgung seines Anspruchs durch außerhalb seines Willens liegende Umstände abgehalten worden ist. Die Anmeldung

Beschlüsse des 25. Ausschusses

Der Unfallausgleich (§ 135 a) sowie der Zuschlag bei Hilflosigkeit (§ 135 Abs. 2) oder bei Arbeitslosigkeit (§ 138 Abs. 3 Satz 1) bleiben sowohl bei der Berechnung des Unterhaltsbeitrages nach § 142 als auch bei der vergleichenden Berechnung nach § 125 außer Betracht.

c) Nichtgewährung von Unfallfürsorge

§ 145

(1) Unfallfürsorge wird nicht gewährt, wenn der Verletzte den Dienstunfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Sie kann von der obersten Dienstbehörde ganz oder teilweise versagt werden, wenn eine grobe Fahrlässigkeit des Verletzten **zur Entstehung des Dienstunfalles beigetragen hat.**

(2) unverändert

(3) Hinterbliebenenversorgung nach den Unfallfürsorgevorschriften wird nicht gewährt, wenn die Ehe erst geschlossen **worden ist, nachdem der Beamte das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet hatte.**

d) Anmeldung und Untersuchungsverfahren

§ 146

(1) unverändert

(2) Nach Ablauf der Ausschlussfrist ist der Anmeldung nur Folge zu geben, wenn seit dem Dienstunfall noch nicht zehn Jahre vergangen sind und wenn gleichzeitig glaubhaft gemacht wird, daß eine den Anspruch begründende Folge des Unfalles erst später bemerkbar geworden ist oder daß der Berechtigte von der Verfolgung seines Anspruchs durch außerhalb seines Willens liegende Umstände abgehalten worden ist. Die Anmeldung muß, nach-

Entwurf

muß, nachdem eine Unfallfolge bemerkbar oder das Hindernis für die Anmeldung weggefallen ist, innerhalb dreier Monate erfolgen. Die Unfallfürsorge wird in diesen Fällen frühestens vom Tage der Anmeldung an gewährt; sie kann zur Vermeidung von Härten auch von einem früheren Zeitpunkt ab gewährt werden.

(3) Der Dienstvorgesetzte hat jeden Unfall, der ihm von Amts wegen oder durch Anmeldung der Beteiligten bekannt wird, sofort zu untersuchen. Das Ergebnis der Untersuchung ist den Beteiligten mitzuteilen.

e) Begrenzung der Unfallfürsorgeansprüche

§ 147

(1) Der verletzte Beamte und seine Hinterbliebenen haben aus Anlaß eines im Bundesdienst erlittenen Dienstunfalles gegen den Dienstherrn nur die in den §§ 131 bis 144 geregelten Ansprüche. Ist der Beamte nach dem Dienstunfall in den Dienstbereich eines anderen Dienstherrn (§ 2) versetzt worden, so richten sich die Ansprüche gegen diesen.

(2) Weitergehende Ansprüche auf Grund allgemeiner gesetzlicher Vorschriften können gegen einen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Bundesgebiet oder die in seinem Dienst stehenden Personen nur dann geltend gemacht werden, wenn der Dienstunfall durch eine vorsätzliche unerlaubte Handlung einer solchen Person verursacht worden ist. Jedoch findet das Gesetz über die erweiterte Zulassung von Schadenersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen vom 7. Dezember 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 674) Anwendung.

(3) Ersatzansprüche gegen andere Personen bleiben unberührt.

6. Abfindung

§ 148

(1) Ein Beamter auf Lebenszeit, der auf eigenen Antrag entlassen wird, erhält auf Antrag eine Abfindung, sofern er seit seiner Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit eine Dienstzeit von mindestens fünf Jahren abgeleistet hat.

(2) Die Abfindung beträgt nach vollendetem fünften Dienstjahr das Vierfache der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (Monatsbetrag) und steigt vom vollendeten sechsten Dienstjahr an um je einen Monatsbetrag für jedes vollendete Dienstjahr. Hierbei werden die Dienstjahre berücksichtigt, die nach den §§ 108 bis 110 ruhegehaltfähig sind.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

dem eine Unfallfolge bemerkbar oder das Hindernis für die Anmeldung weggefallen ist, innerhalb dreier Monate erfolgen. Die Unfallfürsorge wird in diesen Fällen vom Tage der Anmeldung an gewährt; zur Vermeidung von Härten kann sie auch von einem früheren Zeitpunkt ab gewährt werden.

(3) unverändert

e) Begrenzung der Unfallfürsorgeansprüche

§ 147

(1) unverändert

(2) Weitergehende Ansprüche auf Grund allgemeiner gesetzlicher Vorschriften können gegen einen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Bundesgebiet **oder im Lande Berlin** oder gegen die in seinem Dienst stehenden Personen nur dann geltend gemacht werden, wenn der Dienstunfall durch eine vorsätzliche unerlaubte Handlung einer solchen Person verursacht worden ist. Jedoch findet das Gesetz über die erweiterte Zulassung von Schadenersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen vom 7. Dezember 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 674) Anwendung.

(3) unverändert

6. Abfindung

§ 148

(1) Eine **verheiratete** Beamtin auf Lebenszeit **oder auf Probe**, die auf Antrag entlassen wird, erhält eine Abfindung.

(2) Die Abfindung beträgt nach vollendetem **zweiten oder dritten** Dienstjahr das **Zweifache**, nach vollendetem **vierten** und **fünften** Dienstjahr das **Dreifache der Dienstbezüge des letzten Monats** und steigt vom vollendeten sechsten Dienstjahr ab um je einen Monatsbetrag, **jedoch höchstens bis zu insgesamt sechzehn Monatsbeträgen**. Der Monatsbetrag ist nach den für ledige Beamte geltenden Grundsätzen zu berechnen.

(3) Durch die Abfindung werden alle sonstigen Versorgungsansprüche abgegolten.

(4) Dienstzeiten, die bereits durch Gewährung eines Ruhegehalts oder einer Abfindung abgegolten sind, bleiben unberücksichtigt.

(5) Die Abfindung ist beim Ausscheiden in einer Summe zu zahlen.

(6) Besteht Grund zu der Annahme, daß der Beamte seine Entlassung beantragt hat, weil ihm der Verlust der Beamtenrechte oder die Entfernung aus dem Dienst drohte, so darf die Abfindung erst gezahlt werden, wenn innerhalb dreier Monate nach der Entlassung kein Verfahren eingeleitet oder nach der im Verfahren ergangenen rechtskräftigen Entscheidung kein Verlust der Versorgungsbezüge eingetreten ist.

§ 149

Der Beamte kann beantragen, daß ihm die Abfindung in Form einer Rente gewährt wird. Für die Gewährung dieser Abfindungsrente gilt folgendes:

1. Die Zusicherung der Abfindungsrente ist vor der Entlassung schriftlich zu beantragen und von der für die Entlassung zuständigen Behörde schriftlich zu bestätigen.
2. Die Abfindungsrente wird auf Antrag gewährt, wenn der Berechtigte nach amtsärztlichem Gutachten dauernd arbeitsunfähig im Sinne der Reichsversicherungsordnung ist oder der Berechtigte das fünfundsiebzigste Lebensjahr vollendet hat.
3. Die Abfindungsrente beträgt jährlich zehn vom Hundert des Kapitals, zu dem die nach § 148 Abs. 2 errechnete Abfindungssumme bei einer Verzinsung mit drei vom Hundert bis zum Beginn der Rentenzahlung angewachsen ist.

7. Übergangsgeld

§ 150

(1) Ein Beamter auf Probe oder auf Widerruf mit Dienstbezügen, der nicht auf

(3) Als Dienstzeit gilt die Zeit, die die Beamtin nach Vollendung des siebzehnten Lebensjahres im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet als Beamtin, Angestellte oder Arbeiterin zurückgelegt hat, soweit sie nicht bereits durch Gewährung einer anderen Abfindung oder durch Gewährung eines Ruhegehalts abgegolten ist. In die Gesamtdienstzeit wird die Zeit einer ehrenamtlichen Tätigkeit nicht einbezogen.

(4) Durch die Abfindung werden alle sonstigen Versorgungsansprüche abgegolten. Unfallfürsorge (§ 139) kann gewährt werden.

(5) Die Abfindung ist beim Ausscheiden in einer Summe zu zahlen. § 149 bleibt unberührt.

(6) Besteht Grund zu der Annahme, daß die Beamtin ihre Entlassung beantragt hat, weil ihr der Verlust der Beamtenrechte oder die Entfernung aus dem Dienst drohte, so darf die Abfindung erst gezahlt werden, wenn innerhalb dreier Monate nach der Entlassung kein Verfahren eingeleitet oder nach der im Verfahren ergangenen rechtskräftigen Entscheidung kein Verlust der Versorgungsbezüge eingetreten ist.

§ 149

(1) Auf Antrag wird die Abfindung in Form einer Rente (Abfindungsrente) gewährt. Hierfür gilt folgendes:

1. Die Zusicherung der Abfindungsrente ist vor der Entlassung schriftlich zu beantragen und von der für die Entlassung zuständigen Behörde schriftlich zu bestätigen,
2. Die Zahlung der Abfindungsrente beginnt mit dem Ersten des Monats, in dem die Berechtigte nach amtsärztlichem Gutachten dauernd arbeitsunfähig im Sinne der Reichsversicherungsordnung geworden ist oder das fünfundsiebzigste Lebensjahr vollendet. Sie endet mit dem Ablauf des Monats, in dem die Berechtigte stirbt.
3. Die Abfindungsrente beträgt jährlich zehn vom Hundert des Kapitals, zu dem die nach § 148 Abs. 2 errechnete Abfindungssumme bei einer Verzinsung mit dreieinhalb vom Hundert vom Zeitpunkt der Entlassung an bis zum Beginn der Rentenzahlung angewachsen ist.

(2) Die entlassene Beamtin, der eine Abfindungsrente zugesichert worden ist, erhält auf Antrag an Stelle der Abfindungsrente nachträglich eine Abfindung (§ 148 Abs. 2).

7. Übergangsgeld

§ 150

(1) Ein Beamter mit Dienstbezügen, der nicht auf eigenen Antrag entlassen wird, erhält als Über-

eigenen Antrag entlassen wird, erhält als Übergangsgeld nach vollendeter einjähriger Beschäftigungszeit das Einfache und bei längerer Beschäftigungszeit für jedes weitere volle Jahr ihrer Dauer die Hälfte, insgesamt höchstens das Vierfache der Dienstbezüge des letzten Monats.

(2) Als Beschäftigungszeit gilt die Zeit ununterbrochener entgeltlicher Tätigkeit im Dienstbereich einer obersten Bundesbehörde oder der Verwaltung, deren Aufgaben sie übernommen hat.

(3) Das Übergangsgeld wird nicht gewährt, wenn

1. der Beamte wegen eines Verhaltens im Sinne der §§ 28, 29 und 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 entlassen wird,
2. ein Unterhaltsbeitrag nach § 117 gewährt wird.

(4) Das Übergangsgeld wird in Monatsbeträgen für die der Entlassung folgende Zeit wie die Dienstbezüge gezahlt. Es ist längstens bis zum Ende des Monats zu zahlen, in dem der Beamte das fünfundsixzigste Lebensjahr vollendet hat. Beim Tode des Empfängers ist der noch nicht ausgezahlte Betrag den Hinterbliebenen in einer Summe zu zahlen.

(5) Hat der Entlassene während der Bezugszeit des Übergangsgeldes ein neues Beamtenverhältnis oder privatrechtliches Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst begründet, so entfällt für dessen Dauer die Zahlung des Übergangsgeldes.

8. Gemeinsame Vorschriften

a) Zahlung der Versorgungsbezüge § 151

(1) Die oberste Dienstbehörde trifft die auf Grund von Kannvorschriften zulässigen Entscheidungen über die Bewilligung von Versorgungsbezügen sowie über die Berücksichtigung von Zeiten als ruhegehaltfähiger Dienstzeit, setzt die Versorgungsbezüge fest und bestimmt die Person des Zahlungsempfängers. Sie kann diese Befugnisse im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen auf andere Behörden übertragen.

(2) Entscheidungen auf Grund von Kannvorschriften dürfen erst beim Eintritt des Versorgungsfalles getroffen werden; vorherige Zusicherungen sind unwirksam. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Berücksichtigung von Zeiten nach § 112 als ruhegehaltfähiger Dienstzeit.

(3) Entscheidungen in versorgungsrechtlichen Angelegenheiten, die eine grundsätzliche, über den

gangsgeld nach vollendeter einjähriger Beschäftigungszeit das Einfache und bei längerer Beschäftigungszeit für jedes weitere volle Jahr ihrer Dauer die Hälfte, insgesamt höchstens das Sechsfache der Dienstbezüge des letzten Monats.

(2) unverändert

(3) Das Übergangsgeld wird nicht gewährt, wenn

1. der Beamte wegen eines Verhaltens im Sinne der §§ 28, 29 und 31 Abs. 1 Nr. 1 entlassen wird oder
2. ein Unterhaltsbeitrag nach § 117 bewilligt wird oder
3. die Beschäftigungszeit als ruhegehaltfähige Dienstzeit nach § 109 Nr. 1 angerechnet wird.

(4) Das Übergangsgeld wird in Monatsbeträgen für die der Entlassung folgende Zeit wie die Dienstbezüge gezahlt. Es ist längstens bis zum Ende des Monats zu zahlen, in dem der Beamte die Altersgrenze (§ 41 Abs. 1) erreicht hat. Beim Tode des Empfängers ist der noch nicht ausgezahlte Betrag den Hinterbliebenen in einer Summe zu zahlen.

(5) Hat der Entlassene während des Bezuges des Übergangsgeldes ein neues Beamtenverhältnis oder ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst begründet, so wird für dessen Dauer die Zahlung des Übergangsgeldes unterbrochen.

8. Gemeinsame Vorschriften

a) Zahlung der Versorgungsbezüge § 151

(1) Die oberste Dienstbehörde **entscheidet** über die Bewilligung von Versorgungsbezügen auf Grund von Kannvorschriften sowie über die Berücksichtigung von Zeiten als ruhegehaltfähiger Dienstzeit, setzt die Versorgungsbezüge fest und bestimmt die Person des Zahlungsempfängers. Sie kann diese Befugnisse im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen auf andere Behörden übertragen.

(2) Entscheidungen **über die Bewilligung von Versorgungsbezügen** auf Grund von Kannvorschriften dürfen erst beim Eintritt des Versorgungsfalles getroffen werden; vorherige Zusicherungen sind unwirksam. **Ob Zeiten auf Grund der §§ 111 a oder 112 als ruhegehaltfähige Dienstzeit zu berücksichtigen sind, ist in der Regel bei der Berufung in das Beamtenverhältnis zu entscheiden; diese Entscheidungen stehen unter dem Vorbehalt eines Gleichbleibens der Rechtslage, die ihnen zugrunde liegt.**

(3) Entscheidungen in versorgungsrechtlichen Angelegenheiten, die eine grundsätzliche, über den

Entwurf

Einzelfall hinausgehende Bedeutung haben, sind von den Bundesministern der Finanzen und des Innern zu treffen. Zu den §§ 112, 114, 117, 122, 123, 125, 127, 129, 130, 133, 138, 139, 141, 142, 143, 145, 159, 161 und 162 werden von diesen Ministern Richtlinien erlassen. Abweichungen von diesen Richtlinien bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(4) Die Versorgungsbezüge sind, soweit nichts anderes bestimmt ist, für die gleichen Zeiträume zu zahlen wie die Dienstbezüge der Beamten.

§ 152

(1) Für den Wohnungsgeldzuschuß (§ 105 Nr. 2) gelten die Vorschriften des Besoldungsrechts entsprechend. Er ist mit dem vollen Satze für die Ortsklasse B auch dann zu berücksichtigen, wenn der Beamte einen Wohnungsgeldzuschuß nicht oder nur teilweise bezogen hat.

(2) Kinderzuschläge werden neben Ruhegehalt oder Witwengeld nach den für die Beamten im Dienst geltenden Vorschriften gewährt. Waisen erhalten den Kinderzuschlag neben dem Waisengeld, wenn Witwengeld nicht zu zahlen ist. Kinderzuschläge für uneheliche Kinder eines männlichen Beamten werden nur neben dem Ruhegehalt gewährt.

§ 153

(1) Die Ansprüche auf Sterbegeld (§ 119) sowie auf Erstattung der Kosten des Heilverfahrens (§ 134) und der Pflege (§ 135) können weder gepfändet noch abgetreten noch verpfändet werden. Forderungen des Dienstherrn gegen den Verstorbenen aus Vorschuß- oder Darlehngewährungen sowie aus Überhebungen von Dienst- oder Versorgungsbezügen können auf das Sterbegeld angerechnet werden; der Witwe und den Waisen muß jedoch ein Teilbetrag des Sterbegeldes belassen werden, der dem der Pfändung nicht unterliegenden Teil des Witwen- und Waisengeldes für diese drei Monate entsprechen würde.

(2) Für die sonstigen Versorgungsansprüche gilt § 82 entsprechend.

b) Ruhen der Versorgungsbezüge

§ 154

(1) Bezieht ein Versorgungsberechtigter aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst ein Einkommen, so erhält er daneben seine Versorgungsbezüge nur bis zur Erreichung der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

Einzelfall hinausgehende Bedeutung haben, sind von den Bundesministern **des Innern und der Finanzen** zu treffen. Zu den §§ **107 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3, 108 Abs. 2, 111 a**, 112, 114, 117, 122, 123, 125, 127, 129, 130, 133, **135 a**, 138, 139, 141, 142, 143, 145, 159, 161 und 162 werden von diesen Ministern Richtlinien erlassen.

(4) Die Versorgungsbezüge sind, soweit nichts anderes bestimmt ist, für die gleichen Zeiträume zu zahlen wie die Dienstbezüge **des** Beamten. **§ 81 Abs. 2 gilt entsprechend.**

§ 152

(1) **Auf** den Wohnungsgeldzuschuß (§ 105 Nr. 2) **finden die für die Beamten geltenden** Vorschriften des Besoldungsrechts **Anwendung**. Er ist mit dem Satz für die Ortsklasse **A anzusetzen, und zwar auch dann**, wenn der Beamte einen Wohnungsgeldzuschuß nicht oder nur teilweise bezogen hat.

(2) Kinderzuschläge werden neben Ruhegehalt oder Witwengeld nach den für die Beamten geltenden Vorschriften **des Besoldungsrechtes** gewährt. Waisen erhalten den Kinderzuschlag neben dem Waisengeld, wenn Witwengeld nicht zu zahlen ist.

§ 153

(1) Die Ansprüche auf Sterbegeld (§ 119) sowie auf Erstattung der Kosten des Heilverfahrens (§ 134), der Pflege (§ 135) **und des Unfallschleichs (§ 135 a)** können weder gepfändet noch abgetreten noch verpfändet werden. Forderungen des Dienstherrn gegen den Verstorbenen aus Vorschuß- oder Darlehngewährungen sowie aus Überhebungen von Dienst- oder Versorgungsbezügen (**§ 84 a Abs. 2**) können auf das Sterbegeld angerechnet werden; der Witwe und den Waisen muß jedoch ein Teilbetrag des Sterbegeldes belassen werden, der dem der Pfändung nicht unterliegenden Teil des Witwen- und Waisengeldes für diese drei Monate entsprechen würde.

(2) unverändert

b) Ruhen der Versorgungsbezüge

§ 154

(1) unverändert

Entwurf

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamte:
die für denselben Zeitraum bemessenen ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, aus denen das Ruhegehalt berechnet ist,
2. für Witwen:
fünfundsiebzig vom Hundert der unter Nr. 1 bezeichneten Dienstbezüge,
3. für Waisen:
vierzig vom Hundert der unter Nr. 1 bezeichneten Dienstbezüge.

(3) Bei der Ruhensberechnung nach den Absätzen 1 und 2 sind der Wohnungsgeldzuschuß und ein etwaiger örtlicher Sonderzuschlag mit den für den Ort der Verwendung maßgebenden Sätzen und Kinderzuschläge nach dem Familienstand und den Sätzen zur Zeit der Verwendung zu berücksichtigen. Dienstaufwandsgelder sind außer Betracht zu lassen. Welche Einkommensteile als Dienstaufwandsgelder anzusehen sind, entscheidet auf Antrag der Behörde oder des Versorgungsberechtigten der Bundesminister der Finanzen.

(4) Verwendung im öffentlichen Dienst im Sinne des Absatzes 1 ist jede Beschäftigung im Dienst des Bundes oder anderer Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts oder der Verbände von solchen. Ihr steht gleich die Beschäftigung bei Vereinigungen, Einrichtungen und Unternehmungen, deren gesamtes Kapital (Grundkapital, Stammkapital) sich in öffentlicher Hand befindet; ob die Voraussetzungen zutreffen, entscheidet auf Antrag der Behörde oder des Versorgungsberechtigten der Bundesminister der Finanzen.

§ 155

Die Vorschriften über das Ruhen der Versorgungsbezüge (§ 154 Abs. 1 bis 3) sind auch dann anzuwenden, wenn ein Versorgungsberechtigter sonstige steuerpflichtige Arbeitseinkünfte aus Land-

Beschlüsse des 25. Ausschusses

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamte
die für denselben Zeitraum bemessenen ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, aus denen das Ruhegehalt berechnet ist,
2. für Witwen
fünfundsiebzig vom Hundert der unter Nr. 1 bezeichneten Dienstbezüge,
3. für Waisen
vierzig vom Hundert der unter Nr. 1 bezeichneten Dienstbezüge.

(3) Bei der Ruhensberechnung nach den Absätzen 1 und 2 sind der Wohnungsgeldzuschuß mit dem für den Ort der Verwendung maßgebenden Satze und Kinderzuschläge nach dem Familienstand und den Sätzen zur Zeit der Verwendung zu berücksichtigen. **Unfallausgleich (§ 135 a)** und Dienstaufwandsgelder sind außer Betracht zu lassen. Welche Einkommensteile als Dienstaufwandsgelder anzusehen sind, entscheidet auf Antrag der Behörde oder des Versorgungsberechtigten der Bundesminister der Finanzen.

(4) **Ist bei Ruhensberechnungen für Ruhestandsbeamte die in Absatz 2 Nr. 1 bezeichnete Höchstgrenze niedriger als das Eineinviertelfache der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 11, so gilt dieser Betrag als Höchstgrenze. Entsprechend bemißt sich die Höchstgrenze für Witwen und Waisen (Abs. 2 Nr. 2 und 3).**

(5) Verwendung im öffentlichen Dienst im Sinne des Absatzes 1 ist jede Beschäftigung im Dienst des Bundes oder anderer Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechtes oder der Verbände von solchen. Ihr **stehen** gleich

- a) die Beschäftigung bei Vereinigungen, Einrichtungen und Unternehmungen, deren gesamtes Kapital (Grundkapital, Stammkapital) sich in öffentlicher Hand befindet,
- b) **die Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, an die der Bund Beiträge oder Zuschüsse zahlt.**

Ob die Voraussetzungen zutreffen, entscheidet auf Antrag der Behörde oder des Versorgungsberechtigten der Bundesminister der Finanzen.

§ 155

entfällt

Entwurf

und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb oder aus selbständiger oder nichtselbständiger Arbeit außerhalb des öffentlichen Dienstes im Sinne des § 2 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 des Einkommensteuergesetzes bezieht. Ein Drittel dieser Einkünfte, mindestens ein Betrag von einhundert DM monatlich, bleibt anrechnungsfrei.

§ 156

(1) Die Versorgungsbezüge ruhen, solange der Versorgungsberechtigte

1. nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist oder
2. seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland hat.

Die oberste Dienstbehörde entscheidet darüber, ob die Voraussetzungen der Nr. 2 vorliegen und von welchem Tage an die Versorgungsbezüge zu ruhen haben. Sie kann Ausnahmen von Nr. 1 und 2 zulassen.

(2) Haben die Versorgungsbezüge nach Absatz 1 Nr. 2 länger als drei Jahre geruht, so können sie dem Versorgungsberechtigten durch die oberste Dienstbehörde entzogen werden.

(3) Hat ein Versorgungsberechtigter seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt außerhalb des Bundesgebiets, so kann die oberste Dienstbehörde die Zahlung der Versorgungsbezüge von der Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten im Bundesgebiet abhängig machen.

c) Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge

§ 157

(1) Erhalten aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (§ 154 Abs. 4) an neuen Versorgungsbezügen

1. ein Ruhestandsbeamter:
Ruhegehalt oder eine ruhegehaltähnliche Versorgung,
2. ein Witwen- oder Waisengeldberechtigter aus der Verwendung des verstorbenen Beamten oder Ruhestandsbeamten:
Witwengeld, Waisengeld oder eine ähnliche Versorgung,
3. eine Witwe neben ihrem Witwengeld:
Ruhegehalt oder eine ruhegehaltähnliche Versorgung,

so sind daneben die früheren Versorgungsbezüge nur bis zur Erreichung der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze zu zahlen.

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamte (Absatz 1 Nr. 1):
das Ruhegehalt, das sich unter Zugrundelegung der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit aus

Beschlüsse des 25. Ausschusses

§ 156

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) Hat ein Versorgungsberechtigter seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt außerhalb des Bundesgebietes **oder des Landes Berlin**, so kann die oberste Dienstbehörde die Zahlung der Versorgungsbezüge von der Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten im Bundesgebiet **oder im Lande Berlin** abhängig machen.

c) Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge

§ 157

(1) Erhalten aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (§ 154 Abs. 5 **Satz 1**) oder aus einer **ihr gleichstehenden Beschäftigung** (§ 154 Abs. 5 **Satz 2 Buchst. a**) an neuen Versorgungsbezügen

1. ein Ruhestandsbeamter
Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung,
2. **eine Witwe** oder **Waise** aus der Verwendung des verstorbenen Beamten oder Ruhestandsbeamten
Witwengeld, Waisengeld oder eine ähnliche Versorgung,
3. eine Witwe
Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung,

so sind daneben die früheren Versorgungsbezüge nur bis zur Erreichung der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze zu zahlen.

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamte (Absatz 1 Nr. 1)
das Ruhegehalt, das sich unter Zugrundelegung der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit aus

den der Festsetzung des früheren Ruhegehaltes zugrunde gelegten ruhegehaltfähigen Dienstbezügen ergibt,

2. für Witwen- oder Waisengeldberechtigte (Absatz 1 Nr. 2):

das Witwen- oder Waisengeld, das sich aus dem Ruhegehalt nach Nr. 1 ergibt,

3. für Witwen (Absatz 1 Nr. 3):

a) sechzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, aus denen das dem Witwengeld zugrunde liegende Ruhegehalt berechnet ist oder, wenn es für die Witwe günstiger ist,

b) das Ruhegehalt, aus dem das Witwengeld berechnet ist.

(3) Absatz 1 Nr. 3 und Absatz 2 Nr. 3 gelten entsprechend, wenn eine Ruhestandsbeamtin einen Anspruch auf Witwengeld erwirbt.

d) Verteilung der Versorgungslast
§ 158

(1) Wird ein Bundesbeamter in den Dienst eines anderen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Bundesgebiet oder ein Beamter eines solchen Dienstherrn in den Bundesdienst übernommen, so tragen bei Eintritt des Versorgungsfalls die beiden Dienstherrn die Versorgungsbezüge anteilig nach den Dienstzeiten, die der Beamte bei den Dienstherrn abgeleistet hat, soweit diese ruhegehaltfähig sind. Bei der Berechnung der Dienstzeiten werden nur volle Jahre zugrunde gelegt

(2) Ist der Beamte bei oder nach seiner Übernahme befördert worden, so bemißt sich der Anteil des früheren Dienstherrn so, wie wenn der Beamte in dem Amt verblieben wäre, in dem er sich vor der Übernahme befand.

(3) Der Dienstherr, in dessen Dienst der Beamte zur Zeit des Eintritts des Versorgungsfalls stand, hat die vollen Versorgungsbezüge auszuführen. Ihm steht gegen den anderen Dienstherrn ein Anspruch auf anteilige Erstattung zu. Die Bezüge für den Sterbemonat und das Sterbegeld fallen dem erstgenannten Dienstherrn in voller Höhe zur Last.

den der Festsetzung des früheren Ruhegehaltes zugrunde gelegten ruhegehaltfähigen Dienstbezügen ergibt,

2. für Witwen oder Waisen (Absatz 1 Nr. 2)

das Witwen- oder Waisengeld, das sich aus dem Ruhegehalt nach Nr. 1 ergibt,

3. für Witwen (Absatz 1 Nr. 3)

a) sechzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, aus denen das dem Witwengeld zugrunde liegende Ruhegehalt berechnet ist oder, wenn es für die Witwe günstiger ist,

b) das Ruhegehalt, aus dem das Witwengeld berechnet ist.

(3) **Erwirbt eine Ruhestandsbeamtin einen Anspruch auf Witwengeld, so erhält sie daneben ihr Ruhegehalt nur bis zur Erreichung der in Absatz 2 Nr. 3 bezeichneten Höchstgrenze. Die Gesamtbezüge dürfen nicht hinter dem Ruhegehalt der Witwe zurückbleiben.**

(4) Inwieweit Versorgungsbezüge oder versorgungsähnliche Bezüge aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung (§ 154 Abs. 5 Satz 2 Buchst. b) und Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz nebeneinander zu zahlen sind, regelt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung.

d) Verteilung der Versorgungslast
§ 158

(1) Wird ein Bundesbeamter in den Dienst eines anderen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Bundesgebiet **oder im Lande Berlin** oder ein Beamter eines solchen Dienstherrn in den Bundesdienst übernommen **und stimmen beide Dienstherrn der Übernahme zu**, so tragen sie bei Eintritt des Versorgungsfalls die Versorgungsbezüge anteilig nach den Dienstzeiten, die der Beamte bei **ihnen im Beamtenverhältnis** abgeleistet hat, soweit diese ruhegehaltfähig sind. Bei der Berechnung der Dienstzeiten werden nur volle Jahre zugrunde gelegt.

(2) unverändert

(3) Der Dienstherr, in dessen Dienst der Beamte zur Zeit des Eintritts des Versorgungsfalls stand, hat die vollen Versorgungsbezüge auszuführen. Ihm steht gegen den **früheren** Dienstherrn ein Anspruch auf anteilige Erstattung zu. Die Bezüge für den Sterbemonat und das Sterbegeld fallen, **sofern sie sich nach den Dienstbezügen des Beamten bemessen**, dem erstgenannten Dienstherrn in voller Höhe zur Last.

Entwurf

(4) Zahlt an Stelle eines Dienstherrn eine Versorgungskasse die Versorgungsbezüge aus, so hat der Dienstherr den ihm nach Absatz 3 erstatteten Betrag an die Versorgungskasse abzuführen. Hat ein Dienstherr gegen eine Versorgungskasse einen Anspruch auf volle oder teilweise Erstattung der Versorgungsbezüge, so mindert sich dieser Anspruch um den entsprechenden Teil des nach Absatz 3 erstatteten Betrages.

(5) Bestimmungen der Satzungen von Versorgungskassen, nach denen Beamte über ein bestimmtes Lebensalter hinaus der Kasse nicht zugeführt werden können oder nach denen für solche Beamte höhere Sätze zu zahlen oder Nachzahlungen zu leisten sind, gelten hinsichtlich der übernommenen Beamten (Absatz 1) nicht.

e) Erlöschen der Versorgungsbezüge § 159

(1) Ein Ruhestandsbeamter oder früherer Beamter

- 1 gegen den wegen einer vor Beendigung des Beamtenverhältnisses begangenen Tat eine Entscheidung ergangen ist, die nach § 48 zum Verlust der Beamtenrechte geführt hätte, oder
2. der wegen einer nach Beendigung des Beamtenverhältnisses begangenen Tat durch ein Gericht im Bundesgebiet im ordentlichen Strafverfahren zu Zuchthaus oder wegen vorsätzlicher hochverräterischer oder landesverräterischer Handlung zu Gefängnis verurteilt worden ist,

verliert mit der Rechtskraft der Entscheidung seinen Anspruch auf Versorgungsbezüge; er darf die Amtsbezeichnung und die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel nicht führen.

(2) Die §§ 50 und 51 gelten entsprechend.

§ 160

Ein Ruhestandsbeamter, der entgegen den Vorschriften der §§ 39 und 43 einer erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis schuldhaft keine Folge leistet, verliert seinen Anspruch auf Versorgungsbezüge. Den Zeitpunkt des Verlustes bestimmt die oberste Dienstbehörde.

§ 161

(1) Der Anspruch der Witwen und Waisen auf Versorgungsbezüge erlischt

Beschlüsse des 25. Ausschusses

(4) unverändert

(5) unverändert

e) Erlöschen der Versorgungsbezüge § 159

(1) Ein Ruhestandsbeamter,

1. gegen den wegen einer vor Beendigung des Beamtenverhältnisses begangenen Tat eine Entscheidung ergangen ist, die nach § 48 zum Verlust der Beamtenrechte geführt hätte, oder
2. der wegen einer nach Beendigung des Beamtenverhältnisses begangenen Tat durch ein **deutsches** Gericht im Bundesgebiet **oder im Lande Berlin** im ordentlichen Strafverfahren
 - a) zu Zuchthaus oder
 - b) zu **Gefängnis mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von mindestens drei Jahren** oder
 - c) wegen vorsätzlicher hochverräterischer oder landesverräterischer Handlung zu Gefängnis verurteilt worden ist,

verliert mit der Rechtskraft der Entscheidung seine **Rechte als Ruhestandsbeamter.**

(2) unverändert

§ 160

Kommt ein Ruhestandsbeamter entgegen den Vorschriften der §§ 39 und 45 Abs. 1 einer erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis schuldhaft nicht nach, obwohl er auf die Folgen eines solchen Verhaltens schriftlich hingewiesen worden ist, so verliert er für diese Zeit seine Versorgungsbezüge. Die oberste Dienstbehörde stellt den Verlust der Versorgungsbezüge fest und teilt dies dem Ruhestandsbeamten mit. Eine disziplinarrechtliche Verfolgung wird dadurch nicht ausgeschlossen.

§ 161

(1) Der Anspruch der Witwen und Waisen auf Versorgungsbezüge erlischt

Entwurf

1. für jeden Berechtigten mit dem Ende des Monats, in dem er sich verheiratet oder stirbt,
2. für jede Waise außerdem mit Ende des Monats, in dem sie das achtzehnte Lebensjahr vollendet,
3. für jeden Berechtigten, der durch ein Gericht im Bundesgebiet im ordentlichen Strafverfahren zu Zuchthaus oder wegen vorsätzlicher hochverräterischer oder landesverräterischer Handlung zu Gefängnis verurteilt worden ist, mit der Rechtskraft des Urteils.

Die §§ 50 und 51 gelten entsprechend.

(2) Das Waisengeld kann nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres bis zur Vollendung des vierundzwanzigsten Lebensjahres gewährt werden für eine ledige Waise

1. die sich in der Schul- oder Berufsausbildung befindet oder
2. die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd außerstande ist, sich selbst zu unterhalten.

In den in Nr. 2 bezeichneten Fällen kann das Waisengeld auch über das vierundzwanzigste Lebensjahr hinaus einer ledigen Waise gewährt werden, wenn sie unterstützungsbedürftig ist.

(3) Hat eine witwengeldberechtigte Witwe sich wieder verheiratet und stirbt der Ehemann, so lebt das Witwengeld wieder auf; ein von der Witwe erworbener neuer Versorgungsanspruch ist auf das Witwengeld anzurechnen. Wird die neue Ehe durch Scheidung aus Alleinverschulden des Ehemannes aufgelöst, so kann ihr ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des bei der Wiederverheiratung erloschenen Witwengeldes bewilligt werden.

f) Anzeigepflicht

§ 162

(1) Die Beschäftigungsstelle (§§ 154, 157) hat der Regelungsbehörde oder der die Versorgung zahlenden Kasse jede Verwendung eines Versorgungsberechtigten unter Angabe der gewährten Bezüge, ebenso jede spätere Änderung oder das Aufhören der Bezüge sowie die Gewährung einer Versorgung unverzüglich anzuzeigen.

(2) Der Versorgungsberechtigte ist verpflichtet, der Regelungsbehörde oder der die Versorgung zahlenden Kasse

1. den Verlust der Eigenschaft als Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes (§ 156 Abs. 1 Nr. 1),

Beschlüsse des 25. Ausschusses

1. für jeden Berechtigten mit dem Ende des Monats, in dem er sich verheiratet oder stirbt,
2. für jede Waise außerdem mit dem Ende des Monats, in dem sie das achtzehnte Lebensjahr vollendet,
3. für jeden Berechtigten, der durch ein **deutsches** Gericht im Bundesgebiet **oder im Lande Berlin** im ordentlichen Strafverfahren zu Zuchthaus oder wegen vorsätzlicher hochverräterischer oder landesverräterischer Handlung zu Gefängnis verurteilt worden ist, mit der Rechtskraft des Urteils.

Die §§ 50 und 51 gelten entsprechend.

(2) Das Waisengeld **soll** nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres gewährt werden für eine ledige Waise,

1. die sich in der Schul- oder Berufsausbildung befindet, **bis zur Vollendung des vierundzwanzigsten Lebensjahres,**
2. die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, **auch über das vierundzwanzigste Lebensjahr hinaus.**

(3) Hat eine Witwe sich wieder verheiratet und **wird die Ehe aufgelöst**, so lebt das Witwengeld wieder auf; ein von der Witwe **infolge Auflösung der Ehe** erworbener neuer Versorgungsanspruch **oder Unterhaltsanspruch** ist auf das Witwengeld anzurechnen. **Der Auflösung der Ehe steht die Nichtigerklärung gleich.**

f) Anzeigepflicht

§ 162

(1) Die Beschäftigungsstelle (§§ **150 Abs. 5**, 154, 157) hat der Regelungsbehörde oder der die Versorgungsbezüge zahlenden Kasse jede Verwendung eines Versorgungsberechtigten unter Angabe der gewährten Bezüge, ebenso jede spätere Änderung oder das Aufhören der Bezüge sowie die Gewährung einer Versorgung unverzüglich anzuzeigen.

(2) Der Versorgungsberechtigte ist verpflichtet, der Regelungsbehörde oder der die Versorgungsbezüge zahlenden Kasse

1. den Verlust der Eigenschaft als Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes (§ 156 Abs. 1 Nr. 1),

Entwurf

2. die Verlegung des Wohnsitzes oder dauernden Aufenthaltes nach einem Ort im Ausland (§ 156 Abs. 1 Nr. 2),
3. den Bezug eines Einkommens (§§ 154, 155) oder einer Versorgung (§ 157), der Witwen- und Waisengeldberechtigten auch die Verheiratung (§ 161 Abs. 1 Nr. 1)

unverzüglich anzuzeigen.

(3) Kommt ein Versorgungsberechtigter der ihm in Absatz 2 Nr. 3 auferlegten Verpflichtung nicht nach oder gibt er sein Einkommen vorsätzlich oder grob fahrlässig zu niedrig an, so kann ihm die Versorgung ganz oder teilweise auf Zeit oder Dauer entzogen werden. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann die Versorgung ganz oder teilweise wieder zuerkannt werden. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde.

g) Geltungsbereich

§ 163

Für die Anwendung des Unterabschnitts 8 gelten

1. Unterhaltsbeitrag nach den §§ 117, 138, 139 als Ruhegehalt,
2. Unterhaltsbeitrag nach den §§ 127, 142, 143 als Witwen- oder Waisengeld,
3. Unterhaltsbeitrag nach den §§ 122, 141, 161 Abs. 3 als Witwengeld,
4. Unterhaltsbeitrag nach § 123 Abs. 2 und 3 als Waisengeld,
5. Unterhaltsbeitrag nach den §§ 50, 159, 161 Abs. 1 Nr. 3 und 174 Abs. 2 als Ruhegehalt, Witwen- oder Waisengeld,
6. Abfindungsrente nach § 149 als Ruhegehalt,
7. Bezüge nach § 129 als Witwengeld und die Empfänger dieser Versorgungsbezüge als Ruhestandsbeamte, Witwen oder Waisen.

9. Versorgungsrechtliche Sondervorschriften

§ 164

(1) Die oberste Dienstbehörde kann Empfängern von Hinterbliebenenversorgung die Versorgungsbezüge jeweils bis zur Dauer von zwei Jahren entziehen, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigt haben.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

2. die Verlegung des Wohnsitzes oder dauernden Aufenthaltes nach einem Ort im Ausland (§ 156 Abs. 1 Nr. 2),
3. den Bezug eines Einkommens (§ 154) oder einer Versorgung (§ 157), **die Witwe und Waise** auch die Verheiratung (§ 161 Abs. 1 Nr. 1),

4. die Begründung eines neuen Beamten- oder Arbeitsverhältnisses (§ 150 Abs. 5)

unverzüglich anzuzeigen.

(3) Kommt ein Versorgungsberechtigter der ihm in Absatz 2 Nr. 3 auferlegten Verpflichtung **schuldhaft** nicht nach, so kann ihm die Versorgung ganz oder teilweise auf Zeit oder Dauer entzogen werden. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann die Versorgung ganz oder teilweise wieder zuerkannt werden. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde.

g) Geltungsbereich

§ 163

Für die Anwendung des Unterabschnitts 8 gelten

1. **ein** Unterhaltsbeitrag nach den §§ 117, 138, 139 als Ruhegehalt,
 2. **ein** Unterhaltsbeitrag nach den §§ 127, 142, 143 als Witwen- oder Waisengeld,
 3. **ein** Unterhaltsbeitrag nach den §§ 122, 141 als Witwengeld,
 4. **ein** Unterhaltsbeitrag nach § 123 Abs. 2 und 3 als Waisengeld,
 5. **ein** Unterhaltsbeitrag nach den §§ 50, 159, 161 Abs. 1 Nr. 3 und 174 Abs. 2 als Ruhegehalt, Witwen- oder Waisengeld,
 6. **die** Abfindungsrente nach § 149 als Ruhegehalt, **außer für die Anwendung der §§ 152 Abs. 2, 154 und 157;**
- die Empfänger dieser Versorgungsbezüge **gelten** als Ruhestandsbeamte, Witwen oder Waisen.

9. Versorgungsrechtliche Sondervorschriften

§ 164

(1) Die oberste Dienstbehörde kann Empfängern von Hinterbliebenenversorgung die Versorgungsbezüge **auf Zeit teilweise oder ganz** entziehen, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung **im Sinne des Grundgesetzes** betätigt haben. **Die diese Maßnahme rechtfertigenden Tatsachen sind in einem Untersuchungsverfahren festzustellen, in dem die eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zulässig und der Versorgungsberechtigten zu hören ist.**

(2) Ist gegen einen Empfänger von Hinterbliebenenversorgung ein Strafverfahren wegen einer Betätigung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung eingeleitet worden, so ist die Maßnahme bis zur rechtskräftigen Beendigung des Strafverfahrens auszusetzen. Die oberste Dienstbehörde kann anordnen, daß bis zu diesem Zeitpunkt ein Teil, höchstens ein Drittel der Versorgungsbezüge einbehalten wird. Werden nach rechtskräftiger Beendigung des Strafverfahrens die Versorgungsbezüge nach Absatz 1 entzogen, so sind die einbehaltenen Beträge anzurechnen. § 161 Abs. 1 Nr. 3 bleibt unberührt.

§ 165

Steht Personen, die nach Vorschriften dieses Gesetzes versorgungsberechtigt sind, infolge eines Ereignisses, das den Dienstherrn zur Gewährung oder Erhöhung einer Versorgung verpflichtet, gegen Dritte ein gesetzlicher Schadensersatzanspruch zu, so geht dieser Anspruch im Umfange dieser Versorgungsbezüge auf den Dienstherrn über. Dies gilt nicht für Ansprüche, die wegen eines Schadens bestehen, der nicht Vermögensschaden ist. Der Übergang des Anspruches kann nicht zum Nachteil des Versorgungsberechtigten geltend gemacht werden.

§ 166

Werden Versorgungsberechtigte im öffentlichen Dienst (§ 154 Abs. 4) verwendet, so sind ihre Bezüge aus dieser Beschäftigung ohne Rücksicht auf die Versorgungsbezüge zu bemessen. Das gleiche gilt für eine auf Grund der Beschäftigung zu gewährende Versorgung.

10. Versicherungsfreiheit und Nachversicherung

§ 167

(1) Eine Versorgung nach diesem Gesetz mit Ausnahme des Übergangsgeldes entspricht den Erfordernissen für die Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Rentenversicherung.

(2) Die Nachentrichtung von Beiträgen zur Rentenversicherung unterbleibt, wenn

1. eine lebenslängliche Versorgung oder eine Abfindung nach diesem Gesetz gewährt wird,
2. die Ernennung des Beamten nichtig ist oder zurückgenommen wird und der Beamte von dem Nichtigkeitsgrunde oder Rücknahmegrunde Kenntnis hatte.

(2) § 161 Abs. 1 Nr. 3 bleibt unberührt.

§ 165

unverändert

§ 166

Werden Versorgungsberechtigte im öffentlichen Dienst (§ 154 Abs. 5) verwendet, so sind ihre Bezüge aus dieser Beschäftigung **einschließlich der Kinderzuschläge** ohne Rücksicht auf die Versorgungsbezüge zu bemessen. Das gleiche gilt für eine auf Grund der Beschäftigung zu gewährende Versorgung.

10. Versicherungsfreiheit und Nachversicherung

§ 167

(1) unverändert

(2) Die Nachentrichtung von Beiträgen zur Rentenversicherung unterbleibt, wenn eine lebenslängliche Versorgung oder eine Abfindung nach diesem Gesetz gewährt wird,

(3) Wird ein Unterhaltsbeitrag auf Zeit bewilligt, so wird die Nachentrichtung der Beiträge zur Rentenversicherung bis zum Ablauf dieser Zeit aufgeschoben. Werden diese Beiträge nach Wegfall des Unterhaltsbeitrages nachentrichtet, so gilt die Zeit seiner Bewilligung als Ersatzzeit für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft.

(4) Die Durchführung der Nachversicherung regeln die Bundesminister der Finanzen und des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit durch Rechtsverordnung.

(3) unverändert

(4) Die Durchführung der Nachversicherung regeln die Bundesminister des Innern und der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit durch Rechtsverordnung.

Abschnitt VI'

Beschwerdeweg und Rechtsschutz

§ 168

Der Beamte kann Anträge und Beschwerden vorbringen; hierbei hat er den Dienstweg einzuhalten. Der Beschwerdeweg bis zur obersten Dienstbehörde steht offen. Auch kann der Beamte Eingaben an den Bundespersonalausschuß richten.

§ 169

(1) Für vermögensrechtliche Ansprüche der Beamten, Ruhestandsbeamten, früheren Beamten und der Hinterbliebenen aus dem Beamtenverhältnis ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Für sonstige Klagen aus dem Beamtenverhältnis steht der Verwaltungsrechtsweg offen, soweit nicht ein anderer Rechtsweg gesetzlich vorgeschrieben ist.

(2) Für Klagen des Dienstherrn gilt das gleiche.

§ 170

(1) Die Klage nach § 169 Abs. 1 ist erst zulässig, wenn die oberste Dienstbehörde den Anspruch abgelehnt hat oder wenn sie innerhalb von drei Monaten, nachdem ihr der Antrag zugegangen ist, nicht entschieden hat. Die Klage muß bei Verlust des Klagerechts innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe der Entscheidung oder nach Ablauf der für diese bestimmten Frist erhoben werden.

(2) Ein Bescheid nach den §§ 13, 26 Abs. 2, §§ 28, 29, 31, 32, 36, 45 Abs. 5, §§ 71, 75, 130 Abs. 4, § 138 Abs. 4, § 145 Abs. 1 und 2, §§ 151 bis 161, 162 Abs. 3 und 164 gilt als Entscheidung im Sinne des Absatzes 1. Die Klage muß bei

Abschnitt VI

Beschwerdeweg und Rechtsschutz

§ 168

(1) Der Beamte kann Anträge und Beschwerden vorbringen; hierbei hat er den Dienstweg einzuhalten. Der Beschwerdeweg bis zur obersten Dienstbehörde steht offen.

(2) Richtet sich die Beschwerde gegen den unmittelbaren Vorgesetzten (§ 3 Abs. 2), so kann sie bei dem nächsthöheren Vorgesetzten unmittelbar eingereicht werden.

(3) Der Beamte kann Eingaben an den Bundespersonalausschuß richten.

§ 169

(1) Für alle Klagen der Beamten, Ruhestandsbeamten, früheren Beamten und der Hinterbliebenen aus dem Beamtenverhältnis ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben, soweit nicht ein anderer Rechtsweg gesetzlich vorgeschrieben ist.

(2) unverändert

§ 170

(1) Die Klage nach § 169 Abs. 1 ist erst zulässig, wenn die oberste Dienstbehörde den Anspruch abgelehnt hat oder wenn sie innerhalb einer Frist von sechs Monaten, nachdem ihr der Antrag zugegangen ist, nicht entschieden hat. Die Klage muß bei Verlust des Klagerechts innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Zustellung der Entscheidung oder nach Ablauf der für diese bestimmten Frist erhoben werden.

(2) Ein Bescheid nach den §§ 13, 26 Abs. 2, 28, 29, 31, 32, 36, 44 Abs. 5, 71, 130 Abs. 4, 138 Abs. 4, 145 Abs. 1 und 2, 151 bis 161, 162 Abs. 3 und 164 gilt als Entscheidung im Sinne des Absatzes 1. Hat eine nachgeordnete Behörde den Bescheid erteilt,

Verlust des Klagerechts innerhalb von drei Monaten nach Zustellung des Bescheides erhoben werden. Hat eine nachgeordnete Behörde den Bescheid erteilt, so kann die Klage erst erhoben werden, nachdem auf Beschwerde die oberste Dienstbehörde den Anspruch abgelehnt oder innerhalb von drei Monaten nach Einlegung der Beschwerde nicht entschieden hat; im übrigen gilt Absatz 1.

(3) Die Fristen des Absatzes 1 Satz 2 und des Absatzes 2 Satz 2 gelten als gewahrt, wenn ihre Einhaltung ohne eigenes Verschulden nicht möglich war und die Klage unverzüglich nach Wegfall des Hindernisses erhoben ist.

§ 171

(1) Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, wird der Dienstherr durch die oberste Dienstbehörde vertreten, der der Beamte untersteht oder bei der Beendigung des Beamtenverhältnisses unterstanden hat; bei Ansprüchen nach den §§ 154 bis 161 wird der Dienstherr durch die oberste Dienstbehörde vertreten, der die Regelungsbehörde untersteht.

(2) Besteht die oberste Dienstbehörde nicht mehr und ist eine andere Dienstbehörde nicht bestimmt, so tritt an ihre Stelle der Bundesminister der Finanzen.

(3) Die oberste Dienstbehörde kann die Vertretung durch eine allgemeine Anordnung anderen Behörden übertragen; die Anordnung ist im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen.

§ 172

Verfügungen und Entscheidungen, die dem Beamten oder Versorgungsberechtigten nach den Vorschriften dieses Gesetzes bekanntzugeben sind, sind zuzustellen, wenn durch sie eine Frist in Lauf gesetzt wird oder Vermögensrechte des Beamten oder Versorgungsberechtigten durch sie berührt werden. Die Zustellung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungszustellungsgesetzes.

Abschnitt VII

Bundestagsbeamte und Bundesratsbeamte

§ 173

Für Bundestagsbeamte und Bundesratsbeamte gelten die Vorschriften dieses Gesetzes. Die Ernennung, Entlassung und Zuruhesetzung der Bundestagsbeamten wird durch den Bundestagspräsidenten, die der Bundesratsbeamten durch den Bundesratspräsidenten vorgenommen. Oberste Dienstbehörde der Bundestagsbeamten ist der Bundestagspräsident, oberste Dienstbehörde der Bundesratsbeamten der Bundesratspräsident.

so kann die Klage erst erhoben werden, nachdem die oberste Dienstbehörde die Beschwerde gegen **den Bescheid zurückgewiesen oder innerhalb einer Frist von vier Monaten nach Einlegung der Beschwerde nicht entschieden hat; das Klagerecht entfällt, wenn innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der Erteilung des Bescheides keine Beschwerde erhoben ist.**

(3) Die Fristen des Absatzes 1 Satz 2 und des Absatzes 2 Satz 2 **letzter Halbsatz** gelten als gewahrt, wenn ihre Einhaltung ohne eigenes Verschulden nicht möglich war und die Klage unverzüglich nach Wegfall des Hindernisses erhoben ist.

§ 171

(1) Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, wird der Dienstherr durch die oberste Dienstbehörde vertreten, der der Beamte untersteht oder bei der Beendigung des Beamtenverhältnisses unterstanden hat; bei Ansprüchen nach den §§ 154 bis 161 wird der Dienstherr durch die oberste Dienstbehörde vertreten, **deren sachlicher Weisung** die Regelungsbehörde untersteht.

(2) unverändert

(3) unverändert

§ 172

Verfügungen und Entscheidungen, die dem Beamten oder Versorgungsberechtigten nach den Vorschriften dieses Gesetzes bekanntzugeben sind, sind zuzustellen, wenn durch sie eine Frist in Lauf gesetzt wird oder Rechte des Beamten oder Versorgungsberechtigten durch sie berührt werden. Die Zustellung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungszustellungsgesetzes **vom 3. Juli 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 379).**

Abschnitt VII

Bundestagsbeamte und Bundesratsbeamte

§ 173

Die Bundestagsbeamten und die Bundesratsbeamten sind Bundesbeamte. Die Ernennung, Entlassung und Zuruhesetzung der Bundestagsbeamten wird durch den Bundestagspräsidenten, die der Bundesratsbeamten durch den Bundesratspräsidenten vorgenommen. Oberste Dienstbehörde der Bundestagsbeamten ist der Bundestagspräsident, oberste Dienstbehörde der Bundesratsbeamten der Bundesratspräsident.

Abschnitt VIII

Abschnitt VIII

Ehrenbeamte

Ehrenbeamte

§ 174

§ 174

(1) Für Ehrenbeamte (§ 5 Abs. 2) gelten die Vorschriften dieses Gesetzes mit folgenden Maßgaben:

(1) Für Ehrenbeamte (§ 5 Abs. 3) gelten die Vorschriften dieses Gesetzes mit folgenden Maßgaben:

1. Das Beamtenverhältnis wird durch Aushändigung einer Ernennungsurkunde begründet, in der die Worte „unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter“ enthalten sind.
2. Nach Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres kann der Ehrenbeamte verabschiedet werden. Er ist zu verabschieden, wenn die sonstigen Voraussetzungen für die Versetzung in den Ruhestand gegeben sind.
3. Keine Anwendung finden die §§ 26, 64, 65, 68, 70, 72, 80 bis 84 und Abschnitt V, für Wahlkonsuln außerdem § 7 Abs. 1 Nr. 1:

1. entfällt

2. Nach Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres kann der Ehrenbeamte verabschiedet werden. Er ist zu verabschieden, wenn die sonstigen Voraussetzungen für die Versetzung eines Beamten in den Ruhestand gegeben sind.

3. Keine Anwendung finden die §§ 26, 41 Abs. 3, 64, 65, 68, 70, 72, 80 bis 84 a und Abschnitt V, für Wahlkonsuln außerdem § 7 Abs. 1 Nr. 1.

(2) Erleidet der Ehrenbeamte einen Dienstunfall (§ 131), so kann ihm außer dem Heilverfahren (§ 134) von der obersten Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen ein nach billigem Ermessen festzusetzender Unterhaltsbeitrag bewilligt werden. Das gleiche gilt für seine Hinterbliebenen.

(2) unverändert

(3) Im übrigen regeln sich die Rechtsverhältnisse der Ehrenbeamten nach den besonderen für die einzelnen Gruppen der Ehrenbeamten geltenden Vorschriften.

(3) unverändert

Abschnitt IX

Abschnitt IX

Übergangs- und Schlußvorschriften

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 175

§ 175

Für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes im Dienst des Bundes oder einer bundesunmittelbaren Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts stehenden Beamten und Wartestandsbeamten gilt folgendes:

Für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes im Dienste des Bundes oder einer bundesunmittelbaren Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts stehenden Beamten und Wartestandsbeamten gilt folgendes:

1. Beamte auf Lebenszeit erhalten die Rechtsstellung eines Beamten auf Lebenszeit nach diesem Gesetz.
2. Beamte auf Widerruf erhalten die Rechtsstellung eines Beamten auf Widerruf nach diesem Gesetz, soweit sie nicht bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 Nr. 2 zum Beamten auf Probe ernannt werden.
3. Wartestandsbeamte gelten mit Inkrafttreten dieses Gesetzes als einstweilig in den Ruhestand versetzt. Das Ruhegehalt ist für drei Monate in Höhe des bisherigen Wartegeldes zu zahlen.

1. Beamte auf Lebenszeit erhalten die Rechtsstellung eines Beamten auf Lebenszeit nach diesem Gesetz;

2. Beamte auf Widerruf erhalten die Rechtsstellung eines Beamten auf Widerruf nach diesem Gesetz, soweit sie nicht bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 Nr. 2 zum Beamten auf Probe ernannt werden;

3. Wartestandsbeamte gelten mit Inkrafttreten dieses Gesetzes als nach § 36 in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Das Ruhegehalt ist bis zum Ablauf der in § 77 des Deutschen Beamtengesetzes in der Bundesfassung bestimmten Frist in Höhe des bisherigen Wartegeldes zu zahlen; § 115 Abs. 2 findet keine Anwendung.

§ 176

(1) Für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen Ruhestandsbeamten, Witwen, Waisen und sonstigen Versorgungsberechtigten, die ihren Anspruch auf Versorgungsbezüge nach dem Gesetz zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes stehenden Personen vom 17. Mai 1950 (BGBl. S. 207) erworben haben, gelten die Vorschriften dieses Gesetzes.

(2) Für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen Ruhestandsbeamten, Witwen, Waisen und sonstigen Versorgungsberechtigten von Verwaltungen und Einrichtungen, deren Versorgungsbezüge nach dem Zweiten Überleitungsgesetz vom (BGBl. S. . . .) der Bund trägt, gelten die §§ 84, 107, 119, 122 Abs. 2, §§ 151 bis 157, 159 bis 166, 169 bis 172, 175 Nr. 3 und, soweit bisher Unfallfürsorge nach dem Deutschen Beamtenengesetz gewährt wurde, auch § 137, ferner

§ 176

(1) Für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen Ruhestandsbeamten, Witwen, Waisen und sonstigen Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezüge der Bund oder eine bundesunmittelbare Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechtes zu tragen hat, gelten, soweit der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1937 eingetreten ist, die §§ 84, 84 a, 107, 109 Nr. 2, 119, 124 Abs. 2, 151 bis 157, 159 bis 166 und 169 bis 172, für Ruhestandsbeamte auch die §§ 45, 76, 77, 79 Abs. 3 und 4 und 135 a dieses Gesetzes. Die sonstigen Rechtsverhältnisse regeln sich nach bisherigem Recht mit folgenden Maßgaben:

1. Das Ruhegehalt beträgt höchstens fünfundsiebzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.
2. Die Vorschriften der §§ 7 und 8 des Abschnittes I der Pensionskürzungsvorschriften vom 6. Oktober 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 546) sind nicht mehr anzuwenden.
3. Erhöhungen von Versorgungsbezügen auf Grund der Zweiten Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts vom 9. Oktober 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 580), des § 27 a des früheren Einsatzfürsorge- und -versorgungsgesetzes vom 6. Juli 1939 in der Fassung vom 7. Mai 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 286) und der Personenschädenverordnung in der Fassung vom 10. November 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1482) entfallen. An Stelle des § 9 der erstgenannten Verordnung gilt § 109 Nr. 1 dieses Gesetzes; ein nach § 9 Abs. 4 der Verordnung erworbener Anspruch auf Unfallversorgung bleibt unberührt, sofern es sich um einen Dienstunfall im Sinne des § 132 dieses Gesetzes handelt.
4. Es gelten die Mindestsätze nach den §§ 115 Abs. 1 Satz 3, 121 Satz 3 und 124 Abs. 1 Satz 3 dieses Gesetzes; § 130 ist entsprechend anzuwenden.
5. Die Rechtsverhältnisse der Hinterbliebenen eines Ruhestandsbeamten, der nach Inkrafttreten dieses Gesetzes verstorben ist, regeln sich nach diesem Gesetz.

(2) Soweit bei den in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Personen der Versorgungsfall seit dem 1. Juli 1937 eingetreten ist, gelten für sie die Vorschriften dieses Gesetzes mit folgenden Maßgaben:

1. für Ruhestandsbeamte die §§ 43, 76, 77, 79 Abs. 3 und 5, § 109, sowie die §§ 115 und 136 Abs. 1 (Mindestsätze für das Ruhegehalt und das Unfallruhegehalt),
2. für Witwen § 121 (Höchstsatz des Witwengeldes) und, wenn sich ihre Versorgung bisher nach dem Deutschen Beamtenengesetz richtete, auch § 126,
3. für Waisen § 124 Abs. 1 (Höchstsatz des Waisengeldes) und, wenn der Anspruch auf Unfall-Waisengeld nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entsteht, auch § 140 Abs. 1 Nr. 3.

Die sonstigen Rechtsverhältnisse regeln sich nach bisherigem Recht; auf landesrechtlichen Vorschriften beruhende Kürzungen der allgemeinen Sätze der Versorgungsbezüge für bestimmte Gruppen von Versorgungsempfängern sind nicht mehr anzuwenden. Das Ruhegehalt beträgt höchstens fünfundsiebzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

(3) Für die früheren Beamten der in Absatz 2 bezeichneten Verwaltungen und Einrichtungen sowie ihre Hinterbliebenen gelten die §§ 50, 51, 138, 139, 142, 143, 159 und 161 Abs. 1, für die früheren Beamten auch § 76.

1. § 103 findet keine Anwendung.

2. Die Bemessungsgrundlage bleibt unverändert; das Ruhegehalt beträgt jedoch höchstens fünfundsiebzig vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge. Die §§ 107, 126, 152 Abs. 1 und 177 Abs. 3 finden Anwendung.

3. Die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen eines vor dem 1. Juli 1937 in den Ruhestand getretenen und seit diesem Zeitpunkt, aber vor Inkrafttreten dieses Gesetzes verstorbenen Beamten sind aus dem Ruhegehalt zu berechnen, das der Verstorbene nach Absatz 1 erhalten haben würde, wenn er bei Inkrafttreten dieses Gesetzes noch gelebt hätte.

4. Versorgungsansprüche, die auf Grund der in Absatz 1 Nr. 3 bezeichneten Vorschriften erworben sind, bleiben mit den in Absatz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen gewahrt.

5. § 127 ist auch anwendbar auf die Hinterbliebenen eines früheren Beamten, dem nach § 76 Abs. 3 des Deutschen Beamtengesetzes ein Unterhaltsbeitrag bewilligt war oder hätte bewilligt werden können.

6. § 2 des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für die im Ausland lebenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 18. März 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 137) bleibt unberührt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Hinterbliebene, die nach bisherigem Recht nicht versorgungsberechtigt waren oder Versorgungsbezüge nur auf Grund einer Kannbewilligung erhielten, aber bei Anwendung des § 120 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2, des § 122 Abs. 2 und 3, des § 123 oder des § 161 Abs. 3 versorgungsberechtigt sein würden; entsprechendes gilt für Fälle des § 161 Abs. 2. Soweit bei Inkrafttreten dieses Gesetzes keine Versorgungsbezüge gezahlt wurden, werden Zahlungen auf Antrag gewährt, und zwar vom Ersten des Monats ab, in dem der Antrag gestellt wird. Anträge, die innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gestellt werden, gelten als in diesem Zeitpunkt gestellt.

(4) Für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen früheren Beamten, deren Versorgungsbezüge der Bund oder eine bundesunmittelbare Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechtes zu tragen hätte, und ihre Hinterbliebenen gelten die §§ 50, 51, 138, 139, 142, 143, 159 Abs. 2 und 161 Abs. 1 Satz 2 und für eine sich danach ergebende Versorgung die Absätze 1 oder 2.

(5) Abschnitt II der Zweiten Verordnung zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen vom 20. Oktober 1948 (WiGBl. S. 111) und

die Dritte Verordnung zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen vom 16. März 1949 (WiGBI. S. 24) werden mit Wirkung vom 1. April 1953 aufgehoben. Auf landesrechtlichen Vorschriften beruhende Kürzungen der allgemeinen Sätze der Versorgungsbezüge für bestimmte Gruppen von Versorgungsberechtigten sind nicht mehr anzuwenden.

(6) Für Personen, die Versorgungsbezüge nach dem Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen erhielten oder hätten erhalten können, gilt § 185 a dieses Gesetzes.

§ 177

(jetzt § 184)

(1) Für die Bundesrichter gelten bis zum Inkrafttreten eines Bundesrichtergesetzes die Abschnitte IV und V dieses Gesetzes, im übrigen die Vorschriften des vorläufigen Bundespersonalgesetzes.

(2) Für die Angelegenheiten der Richter treten an die Stelle der nicht ständigen Mitglieder des Bundespersonalausschusses vier vom Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit den Beteiligten Bundesministern vorzuschlagende Bundesrichter, von denen drei von den zuständigen Gewerkschaften zu benennen sind.

§ 177

(bisher § 181)

(1) Soweit infolge der Kriegs- oder Kriegsfolgeereignisse die Voraussetzungen der §§ 16 und 17 hinsichtlich der Schulbildung nicht erfüllt sind, kann die oberste Dienstbehörde Ausnahmen zulassen.

(2) Die Zeit, in der ein Beamter sich vor Inkrafttreten dieses Gesetzes ohne Verwendung im öffentlichen Dienst im Wartestand (einstweiligen Ruhestand) befunden hat, ist ruhegehaltfähig, jedoch nur zur Hälfte, soweit sie zwischen dem 31. Dezember 1923 und dem 1. Juli 1937 liegt.

(3) **Hat ein Beamter, der am 8. Mai 1945 im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet stand, nach diesem Zeitpunkt aus anderen als beamtenrechtlichen Gründen kein Amt bekleidet, so ist die Zeit ruhegehaltfähig, während der er im öffentlichen Dienst als Angestellter oder Arbeiter tätig gewesen ist oder sich in Kriegsgefangenschaft befunden hat. Auch ohne eine solche Tätigkeit oder eine Kriegsgefangenschaft wird die Zeit zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 31. März 1951 für die Berechnung des Ruhegehaltes als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt. Für die Zeit einer nach dem 31. März 1951 außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübten Tätigkeit findet § 73 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen entsprechende Anwendung; § 112 dieses Gesetzes bleibt unberührt.**

(4) Die in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 bei Dienststellen der früheren Geheimen Staatspolizei abgeleistete Dienstzeit ist **nur ruhegehaltfähig und nach § 107 anrechenbar, wenn ihre Anrechnung nach dem beruflichen Werdegang, der Tätigkeit und der persönlichen Haltung des Beamten gerechtfertigt erscheint; die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde.**

(5) Die ruhegehaltfähige Dienstzeit erhöht sich um

1. die nach bisherigem Recht anrechenbaren Kriegsjahre,

2. die Hälfte der vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 im Beamtenverhältnis oder im Militärdienst verbrachten Zeit, sofern sie mindestens sechs Monate betragen hat und nicht als Kriegsjahr oder nach § 114 Abs. 1 erhöht anrechenbar ist.

(6) Inwieweit bei der Bemessung von Versorgungsbezügen Zeiten, die nach bisherigem Recht ruhegehaltfähig waren oder als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden konnten, zum Ausgleich von Härten zu berücksichtigen sind, bestimmen die Bundesminister des Innern und der Finanzen.

(7) Entscheidungen nach den in § 151 Abs. 3 Satz 2 bezeichneten Vorschriften bedürfen bis zum Erlaß der Richtlinien der Zustimmung der Bundesminister des Innern und der Finanzen.

(8) Das Waisengeld nach § 161 Abs. 2 Nr. 1 soll im Falle der Verzögerung der Schul- oder Berufsausbildung durch Erfüllung der früheren gesetzlichen Arbeits- oder Wehrdienstpflicht auch für einen der Zeit dieses Dienstes entsprechenden Zeitraum über das vierundzwanzigste Lebensjahr hinaus gewährt werden. Entsprechendes gilt für Verzögerungen infolge nationalsozialistischer Verfolgungs- oder Unterdrückungsmaßnahmen sowie für Verzögerungen, die infolge der Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit ohne einen von den Beteiligten zu vertretenden Umstand eingetreten sind.

(9) Als Ruhegehalt im Sinne des § 163 gelten auch die Bezüge der entpflichteten beamteten Hochschullehrer, die Bezüge der nach § 8 des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht im Amt befindlichen Richter sowie der vom Amt abberufenen Mitglieder des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn; die Empfänger dieser Bezüge gelten als Ruhestandsbeamte.

(10) § 167 Abs. 3 gilt entsprechend bei Bewilligung eines Unterhaltsbeitrages nach § 64 oder § 104 der Bundesdisziplinarordnung.

(11) Auf Beamte, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes im Bundesdienst auf Lebenszeit angestellt worden sind, findet § 103 keine Anwendung, sofern der Beamte im Zeitpunkt seiner Anstellung das fünfundfünfzigste Lebensjahr vollendet hatte.

§ 178

(jetzt § 185)

(1) Auf die im Dienst des Bundes oder einer bundesunmittelbaren Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts stehenden Angestellten und Arbeiter finden die Vorschriften des § 7 Abs. 1 Nr. 2 sowie der §§ 8, 52, 54, 55, 56, 59, 61, 62, 69, 69a, 77, 78 und 168 entsprechende Anwendung, für die Angestellten außerdem die Vorschriften der §§ 25 und 53. Die Vorschriften des Abschnitts IV gelten mit der Maßgabe, daß der Bundespersonalaus-

§ 178

(bisher § 179)

Für die von der früheren Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes übernommenen Beamten auf Lebenszeit gelten hinsichtlich der Anrechnung der Rente aus der Rentenversicherung und aus Zusatzversorgungseinrichtungen auf die Versorgungsbezüge sowie der Berücksichtigung der rentenversicherungspflichtigen Beschäftigungszeit als ruhegehaltfähiger Dienstzeit die Vorschriften der §§ 7 und 8 des Gesetzes über Maßnahmen auf besoldungsrechtlichem und versorgungsrechtlichem Gebiet vom 22. August 1949 (WiGBI. S. 259) mit

Entwurf

schuß die in § 95 Abs. 1 Nr. 4 und 5 sowie Abs. 2 bezeichneten Aufgaben auch für die Angestellten und Arbeiter entsprechend wahrnimmt und daß an die Stelle der nichtständigen Mitglieder vier Angestellte oder vier Arbeiter treten, von denen drei von den zuständigen Gewerkschaften zu benennen sind.

(2) Im übrigen werden die Rechtsverhältnisse der in Absatz 1 genannten Personen durch Tarifvereinbarung geregelt. Bis zu ihrem Abschluß gilt § 6 des vorläufigen Bundespersonalgesetzes.

§ 179 (jetzt § 178)

Für die Beamten auf Lebenszeit der früheren Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes gelten hinsichtlich der Anrechnung der Rente aus der Rentenversicherung und aus Zusatzversicherungseinrichtungen auf die Versorgungsbezüge und hinsichtlich der Berücksichtigung der rentenversicherungspflichtigen Beschäftigungszeit als ruhegehaltfähiger Dienstzeit die Vorschriften der §§ 7 und 8 des Gesetzes über Maßnahmen auf besoldungsrechtlichem und versorgungsrechtlichem Gebiet vom 22. August 1949 (WiGBl. S. 259).

§ 180

(1) Wo in gesetzlichen Vorschriften die Versetzung in den Wartestand vorgesehen ist, tritt an ihre Stelle die einstweilige Versetzung in den Ruhestand.

(2) Die Zeit, in der ein Beamter sich vor Inkrafttreten dieses Gesetzes ohne Verwendung im öffentlichen Dienst im Wartestand (einstweiligen Ruhestand) befunden hat, ist ruhegehaltfähig, jedoch nur zur Hälfte, soweit sie zwischen dem 31. Dezember 1923 und dem 1. Juli 1937 liegt.

§ 181 (jetzt § 177)

(1) Soweit infolge der Kriegs- oder Kriegsfolgeereignisse die Voraussetzungen der §§ 16 und 17 hinsichtlich der Schulbildung nicht erfüllt sind, kann die oberste Dienstbehörde Ausnahmen zulassen.

(2) Zeiten, deren Anrechnung als ruhegehaltfähige Dienstzeit nicht in den §§ 108 bis 114 geregelt ist, können nach Maßgabe der von den Bundesministern der Finanzen und des Innern zu erlassenden Richtlinien als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, soweit sie nach den Vorschriften des Deutschen Beamtengesetzes anrechenbar waren.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

der Maßgabe, daß an die Stelle des siebenundzwanzigsten Lebensjahres das siebzehnte Lebensjahr tritt. Für die Versorgungsberechtigten, deren Versorgungsbezüge vom Bund übernommen sind, verbleibt es hinsichtlich der Anrechnung der Renten bei der bisherigen Regelung.

§ 179 (bisher § 182)

(1) Zusicherungen, Vereinbarungen und Vergleiche, die dem Beamten eine höhere als nach dem Besoldungsrecht zulässige Besoldung oder eine über dieses Gesetz hinausgehende Versorgung verschaffen sollen, sind unwirksam. Das gleiche gilt für Versicherungsverträge, die zu diesem Zweck abgeschlossen werden.

(2) Vereinbarungen, die in Dienstverträgen nach § 8 des Übergangsgesetzes über die Rechtsstellung der Verwaltungsangehörigen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 23. Juni 1948 (WiGBl. S. 54) getroffen worden sind, bleiben unberührt. Leistungen auf Grund dieser Vereinbarungen werden in voller Höhe auf einen Versorgungsanspruch angerechnet.

§ 180 entfällt

§ 181 (bisher § 183)

(1) Die §§ 169 bis 172 gelten nur für Klagen, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erhoben werden. Die in § 170 bestimmten Fristen laufen erst vom gleichen Zeitpunkt ab.

(2) War das Klagerecht nach den bisherigen Vorschriften durch Fristablauf ausgeschlossen, so hat es dabei sein Bewenden.

(3) Solange ein Beamter, der am 8. Mai 1945 im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet stand, nach diesem Zeitpunkt aus anderen als beamtenrechtlichen Gründen kein Amt bekleidet hat, ist die Zeit nur ruhegehaltfähig, wenn der Beamte im öffentlichen Dienst als Angestellter oder Arbeiter tätig gewesen ist oder sich in Kriegsgefangenschaft befunden hat. Für die Zeit einer Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes findet § 73 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 (BGBl. S. 307) entsprechende Anwendung.

(4) Die in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 bei den Dienststellen der früheren Geheimen Staatspolizei abgeleistete Dienstzeit darf als ruhegehaltfähige Dienstzeit nur berücksichtigt werden, wenn die Berücksichtigung in besonderen Ausnahmefällen von der obersten Dienstbehörde zugelassen wird.

(5) Entscheidungen nach den in § 151 Abs. 3 Satz 2 bezeichneten Vorschriften bedürfen bis zum Erlaß der Richtlinien der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(6) Das Waisengeld nach § 161 Abs. 2 Nr. 1 kann im Falle der Verzögerung der Schul- oder Berufsausbildung durch Erfüllung der früheren gesetzlichen Arbeits- oder Wehrdienstpflicht auch für einen der Zeit dieses Dienstes entsprechenden Zeitraum über das vierundzwanzigste Lebensjahr hinaus gewährt werden.

(7) Als Ruhegehalt im Sinne des § 163 gelten auch das nach Landesrecht gewährte Wartegeld, die Bezüge der entpflichteten beamteten Hochschullehrer sowie die Bezüge der vom Amt entfernten Richter und als Ruhestandsbeamte die Empfänger dieser Bezüge.

(8) § 167 gilt entsprechend bei Bewilligung eines Unterhaltsbeitrages nach § 64 oder § 104 der Reichsdienststrafordnung.

§ 182
(jetzt § 179)

(1) Zusicherungen, Vereinbarungen und Vergleiche, die dem Beamten eine höhere als nach dem Besoldungsrecht zulässige Besoldung oder eine über Abschnitt V dieses Gesetzes hinausgehende Versorgung verschaffen sollen, sind unwirksam. Das gleiche gilt für Versicherungsverträge, die zu diesem Zweck abgeschlossen werden.

(2) Vereinbarungen, die in Dienstverträgen nach § 8 des Übergangsgesetzes über die Rechtsstellung der Verwaltungsangehörigen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 23. Juni 1948 (WiGBI. S. 54) getroffen worden sind, bleiben unbe-

§ 182
(bisher § 185)

Als Reichsgebiet im Sinne dieses Gesetzes gilt das Gebiet des Deutschen Reiches bis zum 31. Dezember 1937 in seinen jeweiligen Grenzen, nach diesem Zeitpunkt in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.

rührt. Leistungen auf Grund dieser Vereinbarungen werden in voller Höhe auf einen Versorgungsanspruch angerechnet.

§ 182 a

(1) Dem Dienst bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet im Sinne der §§ 106, 108, 110, 111, 111 a, 148 und 177 Abs. 3 steht gleich

1. für Personen deutscher Staats- oder Volkszugehörigkeit aus den nach dem 31. Dezember 1937 dem Deutschen Reiche angegliederten Gebieten,

2. für volksdeutsche Vertriebene und Umsiedler die gleichartige Tätigkeit im Dienste eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Herkunftsland oder im angegliederten Gebiet.

(2) Der Beschäftigung im Bundesdienst im Sinne des § 109 Nr. 1 steht für Ruhestandsbeamte (§§ 176, 185 a) die gleichartige Beschäftigung bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet gleich. Absatz 1 gilt entsprechend.

(3) Für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen Beamten und Versorgungsempfänger (§§ 176, 185 a) steht ein bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet erlittener Dienstunfall dem im Bundesdienst erlittener Dienstunfall (§ 147 Abs. 1) gleich. Absatz 1 gilt entsprechend.

§ 183

(jetzt § 181)

(1) Die §§ 169 bis 172 gelten nur für Klagen, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erhoben werden.

(2) Die in § 170 bestimmten Fristen laufen erst vom gleichen Zeitpunkt ab. War das Klagerecht nach den bisherigen Vorschriften durch Fristablauf ausgeschlossen, so hat es dabei sein Bewenden.

§ 183

(bisher § 184)

(1) Ist Dienstherr eines Beamten eine bundesunmittelbare Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechtes, so kann die für die Aufsicht zuständige oberste Bundesbehörde in den Fällen, in denen nach diesem Gesetz die oberste Dienstbehörde die Entscheidung hat, sich diese Entscheidung vorbehalten oder die Entscheidung von ihrer vorherigen Genehmigung abhängig machen; auch kann sie verbindliche Grundsätze für die Entscheidung aufstellen.

(2) Für bundesunmittelbare Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechtes, die Behörden nicht besitzen, tritt für die in diesem Gesetz einer Behörde übertragenen oder zu übertragenden Zuständigkeiten die zuständige Verwaltungsstelle.

§ 183 a

Ist bei einem Bundesbeamten in der Zeit vom 1. Juli 1937 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der Berufung in das Beamtenverhältnis die deutsche Staatsangehörigkeit des Bewerbers zu Unrecht angenommen worden, so steht dieser Mangel der Wirksamkeit der Ernennung nicht entgegen. Entsprechendes gilt für den Personenkreis der §§ 176 und 185 a.

Entwurf

§ 184 (jetzt § 183)

Für bundesunmittelbare Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die Behörden nicht besitzen, tritt für die in diesem Gesetz einer Behörde übertragenen oder zu übertragenden Zuständigkeiten die zuständige Verwaltungsstelle.

§ 185 (jetzt § 182)

Als Reichsgebiet im Sinne dieses Gesetzes gilt das Gebiet des Deutschen Reichs nach dem Stande vom 31. Dezember 1937.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

§ 184 (bisher § 177)

(1) Auf die Bundesrichter finden bis zum Inkrafttreten eines Bundesrichtergesetzes die Vorschriften dieses Gesetzes mit Ausnahme des § 60 entsprechende Anwendung. Das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243) und das Gesetz über die Dienstaltersgrenze von Richtern an den oberen Bundesgerichten und Mitgliedern des Bundesrechnungshofes vom 19. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 806) bleiben unberührt.

(2) Für die Angelegenheiten der Bundesrichter treten an die Stelle der nichtständigen Mitglieder des Bundespersonalausschusses vier vom Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern vorzuschlagende Bundesrichter, von denen drei von den zuständigen Gewerkschaften zu benennen sind.

(3) Für die Mitglieder des Bundesrechnungshofes gilt dieses Gesetz, soweit im Gesetz über Errichtung und Aufgaben des Bundesrechnungshofes vom 27. November 1950 (Bundesgesetzbl. S. 765) und im Gesetz über die Dienstaltersgrenze von Richtern an den oberen Bundesgerichten und Mitgliedern des Bundesrechnungshofes vom 19. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 806) nichts Abweichendes bestimmt ist.

§ 184 a

Für die Polizeivollzugsbeamten des Bundes gilt dieses Gesetz, soweit gesetzlich nichts anderes vorgeschrieben ist.

§ 185 (bisher § 178)

Die Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes oder einer bundesunmittelbaren Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechtes stehenden Angestellten und Arbeiter werden durch Tarifvertrag geregelt. Bis zur grundlegenden tarifvertraglichen Neuregelung dieser Rechtsverhältnisse gilt folgendes:

1. Die Vorschriften des Abschnitts IV dieses Gesetzes finden Anwendung mit der Maßgabe, daß der Bundespersonalausschuß die in § 95 bezeichneten Aufgaben auch für die Angestellten und Arbeiter entsprechend wahrnimmt und daß an die Stelle der nichtständigen Mitglieder vier Angestellte oder vier Arbeiter treten, von denen drei von den zuständigen Gewerkschaften zu benennen sind.
2. Im übrigen verbleibt es bei den Vorschriften des § 3 Nr. 1 und des § 6 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes stehenden Personen vom 17. Mai 1950 (Bundesgesetzbl. S. 207).

§ 185 a

(1) Das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 307) wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Abs. 1 werden ersetzt

- a) die Worte „(§ 73 Abs. 1 des Deutschen Beamtengesetzes)“ durch die Worte „(§ 42 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes)“,
- b) die Worte „§ 30“ durch die Worte „§ 103 des Bundesbeamtengesetzes“.

2. § 9 erhält folgende Fassung:

„(1) Gegen einen Beamten zur Wiederverwendung, einen Ruhestandsbeamten oder einen früheren Beamten, der vor oder nach dem 8. Mai 1945 ein Dienstvergehen oder eine als Dienstvergehen geltende Handlung begangen hat, wegen deren die Entfernung aus dem Dienst oder der Verlust des Ruhegehaltes gerechtfertigt wäre, kann das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Aberkennung der Rechte aus diesem Gesetz nach den Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung eingeleitet und durchgeführt werden.

(2) Die Einleitung und Durchführung des Disziplinarverfahrens regelt der Bundesminister des Innern durch Rechtsverordnung.

(3) Für die Beamten zur Wiederverwendung gelten die §§ 48 bis 51 des Bundesbeamtengesetzes entsprechend.“

3. § 19 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 erhält der zweite Halbsatz folgende Fassung:

„im übrigen finden die §§ 107 und 151 Abs. 3 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes entsprechende Anwendung“.

b) Absatz 3 wird gestrichen.

4. § 29 erhält folgende Fassung:

„(1) Für die Versorgung der in den §§ 5 und 6 bezeichneten Beamten und ihrer Hinterbliebenen gelten die Abschnitte V und VI sowie die §§ 84, 84 a, 177 Abs. 2, 4 bis 8, 10, 179 Abs. 1, 181 bis 182 a und 183 a des Bundesbeamtengesetzes, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Vorschriften der §§ 7 und 8 des Abschnittes I der Pensionskürzungsvorschriften vom 6. Oktober 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 546) sind nicht mehr anzuwenden.

(3) Erhöhungen von Versorgungsbezügen auf Grund der Zweiten Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts vom 9. Oktober 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 580), des § 27 a des früheren Einsatzfürsorge- und -versorgungsgesetzes vom

6. Juli 1939 in der Fassung vom 7. Mai 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 286) und der Personenschädenverordnung in der Fassung vom 10. November 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1482) entfallen. An Stelle des § 9 der erstgenannten Verordnung gilt § 109 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes. Versorgungsansprüche, die auf Grund der vorbezeichneten Vorschriften erworben sind, bleiben dem Grunde nach gewahrt. Ein nach § 9 Abs. 4 der Verordnung vom 9. Oktober 1942 erworbener Anspruch auf Unfallversorgung bleibt unberührt, sofern es sich um einen Dienstunfall im Sinne des § 132 des Bundesbeamtengesetzes handelt.

(4) Auf Hinterbliebene, die nach bisherigem Recht nicht versorgungsberechtigt waren oder Versorgungsbezüge nur auf Grund einer Kannbewilligung erhielten, aber bei Anwendung des § 120 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2, des § 122 Abs. 2 und 3, des § 123 oder des § 161 Abs. 3 des Bundesbeamtengesetzes versorgungsberechtigt sein würden, finden die Vorschriften dieses Gesetzes Anwendung. Entsprechendes gilt für Fälle des § 161 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes.“

5. Die §§ 30, 31, 32 Abs. 1 und 33 Abs. 1 und 2 werden aufgehoben.

6. § 34 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nr. 1 werden die Worte „nach dem Durchschnittssatz aus der erreichten und der bis zur Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres erreichbar gewesenem Dienstaltersstufe seiner Besoldungsgruppe“ ersetzt durch die Worte „nach der Dienstaltersstufe seiner Besoldungsgruppe, die er bis zur Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres hätte erreichen können.“

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

7. § 35 erhält folgende Fassung:

„(1) Beamte zur Wiederverwendung (§ 5 Abs. 2), die die Voraussetzungen des § 103 des Bundesbeamtengesetzes erfüllen, treten bei Dienstunfähigkeit oder mit dem Ende des Monats, in dem sie das fünfundsechzigste Lebensjahr vollenden, in den Ruhestand. Die Dienstunfähigkeit ist von der obersten Dienstbehörde oder der von ihr ermächtigten nachgeordneten Behörde festzustellen. Beamte, bei denen der Versorgungsfall bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eingetreten ist, gelten als von diesem Zeitpunkt ab im Ruhestand befindlich. § 42 Abs. 3 des Bundesbeamtengesetzes findet entsprechende Anwendung; die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde.

(2) Beamte zur Wiederverwendung, die die Voraussetzungen des § 103 des Bundesbeamtengesetzes nicht erfüllen, gelten mit dem Eintritt der Dienstunfähigkeit oder der Vollendung des fünfundsiebzehnten Lebensjahres als entlassen.

(3) In den Fällen des Absatzes 1 ist ruhegehaltfähig auch die Zeit, in der ein Beamter zur Wiederverwendung nach dem 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst als Beamter, Angestellter oder Arbeiter tätig gewesen ist oder sich in Kriegsgefangenschaft befunden hat. Auch ohne eine solche Tätigkeit oder eine Kriegsgefangenschaft wird die Zeit zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 31. März 1951 für die Berechnung des Ruhegehalts als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt.“

8. § 37 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Beamte zur Wiederverwendung, die eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren (§ 103 des Bundesbeamtengesetzes) abgeleistet haben, erhalten bis zum Eintritt in den Ruhestand ein Übergangsgehalt.“

9. § 37 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Bei der Anwendung des Abschnittes V des Bundesbeamtengesetzes sowie des § 33 dieses Gesetzes gilt das Übergangsgehalt als Ruhegehalt. Im Falle der Wiederverwendung im öffentlichen Dienst wird das Einkommen aus dieser Verwendung auf das Übergangsgehalt voll angerechnet. Sonstige steuerpflichtige Arbeitseinkünfte des Beamten zur Wiederverwendung aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb oder aus selbständiger oder nichtselbständiger Arbeit außerhalb des öffentlichen Dienstes im Sinne des § 2 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 des Einkommensteuergesetzes werden auf das Übergangsgehalt in Höhe von zwei Dritteln angerechnet; mindestens bleibt ein Betrag von einhundert Deutsche Mark monatlich anrechnungsfrei.“

10. In § 38 werden die Worte „sofern die Voraussetzungen des § 30 erfüllt sind“ gestrichen.

11. Die §§ 40 und 41 werden aufgehoben.

12. In § 42 Abs. 1 werden die Worte „insbesondere den §§ 7, 8 und 31“ ersetzt durch die Worte „insbesondere den §§ 7 und 8, sowie nach § 107 des Bundesbeamtengesetzes“.

13. In § 48 werden die Worte „§§ 7, 8, 29, 31 bis 34 und 43 bis 46“ ersetzt durch die Worte „§§ 7, 8, 29, 32 bis 34 und 43 bis 46; § 103 des Bundesbeamtengesetzes findet keine Anwendung.“

14. In § 49 Abs. 1 werden die Worte „§§ 7, 8, 29, 31 bis 34, 40 und 41“ ersetzt durch die Worte „§§ 7, 8, 29 und 32 bis 34“.

15. In § 50 werden die Worte „§§ 7, 8, 29, 31 bis 34 und 40“ ersetzt durch die Worte „§§ 7, 8, 29 und 32 bis 34“.
16. § 53 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Worte „§ 31“ ersetzt durch die Worte „§ 107 des Bundesbeamtengesetzes“.
 - b) In Absatz 4 wird der letzte Satz gestrichen.
 - c) Als Absatz 7 wird angefügt:

„(7) Die Ausführung des Absatzes 4 sowie die Ausführung des nach Absatz 1 Satz 1 entsprechend anzuwendenden § 107 des Bundesbeamtengesetzes regeln die Bundesminister des Innern und der Finanzen durch Rechtsverordnung.“
17. In § 63 Abs. 1 werden die Worte „30, 31“ gestrichen; hinter „62 Abs. 3“ wird eingefügt „dieses Gesetzes sowie der §§ 103 und 107 des Bundesbeamtengesetzes“; die Worte „des Deutschen Beamtengesetzes“ werden durch die Worte „des Bundesbeamtengesetzes“ ersetzt.
18. § 64 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Worte „§§ 7, 8, 31 und 65 ergebenden Beschränkungen“ werden ersetzt durch die Worte „§§ 7, 8, 29 Abs. 2 und 3 und 65 dieses Gesetzes sowie den §§ 107 und 152 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes ergebenden Abweichungen“.
 - b) Dem bisherigen Wortlaut wird angefügt:

„; § 126 des Bundesbeamtengesetzes findet Anwendung, sofern der Versorgungsfall seit dem 1. Juli 1937 eingetreten ist.“
 - c) Als Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Abschnitt II der Zweiten Verordnung zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen vom 20. Oktober 1948 (WiGBL. S. 111) und die Dritte Verordnung zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen vom 16. März 1949 (WiGBL. S. 24) sind mit Wirkung vom 1. April 1953 nicht mehr anzuwenden.“
19. § 67 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Dienstzeit bei den zu 1 bis 3 genannten Stellen ist nur ruhegehaltfähig und nach § 107 des Bundesbeamtengesetzes anrechenbar, wenn ihre Anrechnung nach dem beruflichen Werdegang, der Tätigkeit und der persönlichen Haltung des Beamten gerechtfertigt erscheint; die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde.“
20. In § 70 werden die Worte „(§ 30 Abs. 2)“ ersetzt durch die Worte „(§ 103 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes)“.
21. In § 72 Abs. 3 werden die Worte „nach § 121 des Deutschen Beamtengesetzes“ ersetzt durch die

Worte „nach den §§ 139 und 143 des Bundesbeamtengesetzes“.

22. In § 73 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „seit dem 8. Mai 1945“ ersetzt durch die Worte „seit dem 1. April 1951“.

23. § 80 erhält folgende Fassung:

„Als Reichsgebiet im Sinne dieses Gesetzes gilt das Gebiet des Deutschen Reiches bis zum 31. Dezember 1937 in seinen jeweiligen Grenzen, nach diesem Zeitpunkt in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.“

(2) In den Fällen des § 29 Abs. 4 des Gesetzes zu Artikel 131 des Grundgesetzes werden Zahlungen vom Ersten des Monats ab gewährt, in dem der Antrag gestellt ist. Anträge, die innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Bundesbeamtengesetzes gestellt werden, gelten als in diesem Zeitpunkt gestellt.

§ 186

Die Reichshaushaltsordnung wird wie folgt ergänzt:

„§ 11 a

Planstellen für Beamte dürfen nur eingerichtet werden, so weit sie zur Erfüllung der in § 4 des Bundesbeamtengesetzes bezeichneten Aufgaben dauernd erforderlich sind.“

§ 186

Die Reichshaushaltsordnung wird wie folgt ergänzt:

„§ 11 a

Planstellen für Beamte dürfen nur eingerichtet werden, sofern sie zur Erfüllung der in § 4 des Bundesbeamtengesetzes bezeichneten Aufgaben dauernd erforderlich sind.“

§ 186 a

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 (Reichsgesetzbl. S. 583) wird wie folgt geändert:

1. Die §§ 14 und 15 Abs. 1 werden aufgehoben.

2. In § 16 werden die Worte „oder der Urkunde über die unter den Voraussetzungen des § 14 oder des § 15 Abs. 1 erfolgte Anstellung“ gestrichen.

§ 186 b

§ 8 des Bundesbahngesetzes vom 13. Dezember 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 955) wird wie folgt geändert:

1. Dem Absatz 3 wird angefügt:

„Ihre Rechtsverhältnisse regeln sich, soweit nicht in den Absätzen 4 und 5 etwas anderes bestimmt ist, sinngemäß nach den Vorschriften des Bundesbeamtengesetzes für die Beamten auf Lebenszeit.“

2. Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Ein Vorstandsmitglied, das nicht wiederernannt wird, tritt mit Ablauf der Amtszeit in den einstweiligen Ruhestand. Hat es in diesem Zeitpunkt die Altersgrenze (§ 41 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes) erreicht, so tritt es in den dauernden Ruhestand; § 103 des Bundesbeamtengesetzes

findet keine Anwendung. Eine Verpflichtung zur Annahme eines anderen Amtes (§ 39 des Bundesbeamtengesetzes) besteht nicht. Einem Vorstandsmitglied, das vor seiner Ernennung die Rechtsstellung eines Beamten auf Lebenszeit hatte und in den einstweiligen Ruhestand getreten ist, ist auf seinen während des einstweiligen Ruhestandes gestellten Antrag ein seinem früheren Amt nach Bedeutung und Inhalt gleichzubewertendes freies Amt unter erneuter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu übertragen.“

§ 186 c

§ 7 des Gesetzes über die Deutsche Landesrentenbank vom 7. Dezember 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2405) wird wie folgt geändert:

1. Als Absatz 2 wird eingefügt:

„(2) Die Vorstandsmitglieder treten, wenn sie nicht wiederernannt werden, nach Ablauf ihrer Amtszeit in den dauernden Ruhestand. Im übrigen regeln sich ihre Rechtsverhältnisse nach den Vorschriften des Bundesbeamtengesetzes für die Beamten auf Lebenszeit.“

2. Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

§ 186 d

Das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Dienststrafrechts vom 28. November 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 749) wird wie folgt geändert:

1. Artikel 5 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Absatz 1 gilt auch für noch nicht abgeschlossene Beschwerdeverfahren nach § 15 Abs. 5 oder § 19 Abs. 1 oder 6 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Einrichtung von Dienststrafkammern vom 12. August 1949 (WiGBL. S. 253, 314), die bei einer Dienststrafkammer anhängig sind.“

2. Artikel 10 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „Wartestandsbeamte und“ gestrichen.

b) In Absatz 1 wird der Punkt hinter Satz 1 durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Satzteil angefügt:

„für den Geschäftsbereich der Deutschen Bundesbahn tritt an die Stelle der obersten Bundesbehörde der Vorstand der Deutschen Bundesbahn.“

3. In Artikel 12 werden die Worte „§ 54 des Deutschen Beamtengesetzes“ durch die Worte „§ 50 des Bundesbeamtengesetzes“ ersetzt.

4. In Artikel 13 werden die Worte „(§§ 8, 9 des Deutschen Beamtengesetzes)“ durch die Worte „(§§ 61, 62 des Bundesbeamtengesetzes)“ ersetzt.

§ 186 e

Die Bundesdisziplinarordnung vom 28. November 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 761) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Worte „Deutsches Beamten-gesetz in der Bundesfassung“ werden durch das Wort „Bundesbeamten-gesetz“ ersetzt.
 - b) Als Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Frühere Bundesbeamte, die Unterhaltsbeiträge nach den §§ 50, 117, 138, 139, 159 oder 174 Abs. 2 des Bundesbeamten-gesetzes beziehen oder denen eine Abfindungsrente nach § 149 des Bundesbeamten-gesetzes zugesichert ist oder gewährt wird, gelten bis zum Ende dieses Bezuges als Ruhestandsbeamte, ihre Bezüge als Ruhegehalt. Das gleiche gilt für eine frühere Beamtin, die eine ihr nach § 148 des Bundesbeamten-gesetzes zustehende Abfindung noch nicht oder nur teilweise erhalten hat.“
2. In § 2 werden die Worte „(§ 22 Abs. 1 des Deutschen Beamten-gesetzes)“ sowie „§ 22 Abs. 1 Satz 2 des Deutschen Beamten-gesetzes“ durch die Worte „(§ 76 Abs. 1 und 2 des Bundes-beamten-gesetzes)“ und „§ 76 Abs. 2 des Bundes-beamten-gesetzes“ ersetzt.
3. In § 7 Abs. 1 werden die Worte „(§§ 127 ff. des Deutschen Beamten-gesetzes)“ durch die Worte „(§§ 154 ff. des Bundesbeamten-gesetzes)“ ersetzt.
4. In § 10 Abs. 1 und 2 sowie in § 12 werden die Worte „§ 22 Abs. 1 Satz 2 des Deutschen Be-amten-gesetzes“ durch die Worte „§ 76 Abs. 2 des Bundesbeamten-gesetzes“ ersetzt.
5. § 29 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Der Vorstand der Deutschen Bundesbahn ist Einleitungsbehörde für die übrigen Be-amten der Deutschen Bundesbahn, soweit nicht die Ausübung des Ernennungsrechtes auf andere Behörden weiter übertragen worden ist; Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.“
6. In § 30 e Abs. 1 Satz 2 werden die Worte: „dieses Gesetzes, der Versorgungsberechtigte im Falle des § 135 Abs. 3 Satz 2 des Deutschen Beamten-gesetzes“ gestrichen.
7. In § 39 werden die Worte „§ 6 Abs. 1 des Deut-schen Beamten-gesetzes“ durch die Worte „§ 60 Abs. 1 des Bundesbeamten-gesetzes“ ersetzt.
8. In § 41 werden die Absätze 2 bis 5 durch folgende Fassung ersetzt:

„(2) Der Bundesdisziplinarhof besteht aus einem Präsidenten, Senatspräsidenten, weite-ren Bundesrichtern und anderen Beisitzern.

Der Präsident, die Senatspräsidenten und die weiteren Bundesrichter werden hauptamtlich auf Lebenszeit ernannt; sie müssen das 35. Lebensjahr vollendet haben. § 35 Abs. 3 gilt sinngemäß. Die anderen Beisitzer müssen auf Lebenszeit ernannte Bundesbeamte sein.

(3) Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, den Senatspräsidenten und den beiden dem Dienstalalter nach, bei gleichem Dienstalalter dem Lebensalter nach ältesten Bundesrichtern. Bei Abstimmungen entscheidet Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag. Nach der erstmaligen Besetzung des Bundesdisziplinarhofes hat der Bundesminister des Innern vor der Ernennung eines hauptamtlichen Richters das Präsidium des Bundesdisziplinarhofes zu hören.

(4) Das Präsidium bestimmt die Geschäftsverteilung für die Dauer eines Geschäftsjahres. Sie darf vor Ablauf der vorgesehenen Zeit nur geändert werden, wenn es wegen Überlastung eines Senats, wegen Ausscheidens, Neuernennung oder langdauernder Verhinderung eines Richters erforderlich wird. Der Präsident bestimmt vor Beginn des Geschäftsjahres den Senat, dem er sich anschließt. Jeder Richter kann zum Mitglied mehrerer Senate bestellt werden. Der Geschäftsgang wird durch eine Geschäftsordnung geregelt, die von den hauptamtlichen Richtern des Bundesdisziplinarhofes zu beschließen ist. Die §§ 66, 67 und 69 des Gerichtsverfassungsgesetzes und § 32 Abs. 2 dieses Gesetzes sind entsprechend anzuwenden.

(5) Im übrigen gelten sinngemäß für alle Mitglieder des Bundesdisziplinarhofes § 36 und für die anderen Beisitzer die §§ 38 bis 40.“

9. § 42 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Der große Disziplinarsenat besteht aus dem Präsidenten des Bundesdisziplinarhofes, den Senatspräsidenten und je einem richterlichen Mitglied jedes Disziplinarsenates, das im Rahmen der Geschäftsverteilung durch das Präsidium bestimmt wird.“

10. § 64 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 4 werden die Worte „§§ 127 bis 129, 132, 134 und 135 des Deutschen Beamtengesetzes“ durch die Worte „§§ 154, 156, 157, 159 und 162 des Bundesbeamtengesetzes“ ersetzt.
- b) In Absatz 5 werden die Worte „§§ 127, 128, 130, 131, 133 bis 135 des Deutschen Beamtengesetzes“ durch die Worte „§§ 154, 156, 157, 161 und 162 des Bundesbeamtengesetzes“ ersetzt.

- c) In Absatz 6 werden die Worte „§§ 127 und 129 des Deutschen Beamtengesetzes“ ersetzt durch die Worte „§§ 154 und 157 des Bundesbeamtengesetzes“, die Worte „(§ 127 Abs. 1)“ durch die Worte „(§ 154 Abs. 1 und 2)“ und die Worte „(§ 129)“ durch die Worte „(§ 157)“.

11. § 94 erhält folgende Fassung:

„§ 94

Wird in einem zu Gunsten des Verurteilten betriebenen Wiederaufnahmeverfahren das frühere Urteil durch ein anderes Urteil ersetzt, so erhält der Verurteilte von der Rechtskraft der aufgehobenen Entscheidung an die Rechtsstellung, die er erhalten hätte, wenn das frühere Urteil dem neuen Entsprochen haben würde. Lautete das frühere Urteil auf Entfernung aus dem Dienst oder auf Aberkennung des Ruhegehaltes, so gilt § 51 des Bundesbeamtengesetzes sinngemäß.“

12. In § 95 Abs. 2 werden die Worte „§§ 142 bis 147 des Deutschen Beamtengesetzes“ durch die Worte „§§ 169 bis 171 des Bundesbeamtengesetzes“ ersetzt.

13. In § 104 Abs. 2 werden die Worte „§ 54 Abs. 2 des Deutschen Beamtengesetzes“ durch die Worte „§ 50 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes“ ersetzt.

14. Abschnitt VII erhält folgende Überschrift:

„Verfahren in besonderen Fällen“.

15. § 105 erhält folgende Fassung:

„§ 105

(1) In den Fällen der §§ 71 Abs. 2, 160 und 162 Abs. 3 des Bundesbeamtengesetzes kann der Beamte oder Ruhestandsbeamte gegen die Entscheidung binnen zwei Wochen nach ihrer Zustellung die Entscheidung des Bundesdisziplinargerichtes beantragen. Über den Antrag entscheidet die zuständige Bundesdisziplinarkammer. Ist die angefochtene Entscheidung von einer obersten Dienstbehörde erlassen, so ist der Bundesdisziplinarhof zuständig.

(2) Das Bundesdisziplinargericht kann Beweise wie im förmlichen Disziplinarverfahren erheben. Es entscheidet nach mündlicher Verhandlung. Wegen der Kosten gelten die §§ 99 bis 101 sinngemäß.

(3) Verhängt der Dienstvorgesetzte im Falle des § 71 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes zugleich eine Disziplinarstrafe und beantragt der Beamte hiergegen die Entscheidung des Bundesdisziplinargerichtes (§ 26 Abs. 4 und 5) oder wird gegen den Beamten oder Ruhestandsbeamten das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet, so

kann das Bundesdisziplinargericht das Disziplinarverfahren mit dem Verfahren nach Absatz 1 verbinden.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn über die Tragweite einer Disziplinarentscheidung oder deren Folgen ein Streit entsteht.“

16. Die Überschrift zu Abschnitt VIII erhält folgende Fassung:

„Verfahren gegen Beamte auf Widerruf und auf Probe“.

17. § 107 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 erster Halbsatz erhält folgende Fassung:

„Die Behörde, die nach § 29 zur Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens zuständig wäre, hat einen Beamten mit der Untersuchung zu beauftragen;“

b) Als Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Das gleiche gilt für einen Beamten auf Probe, der nach § 31 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes entlassen werden soll.“

18. In § 110 wird als Absatz 4 eingefügt:

„(4) Die in Absatz 1 genannten richterlichen Beisitzer und deren Vertreter werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Präsidien der oberen Bundesgerichte oder des Präsidenten des Bundesrechnungshofes auf die Dauer von drei Jahren bestellt.“

19. In § 112 Abs. 3 werden die Worte „§ 151 Abs. 6 des Deutschen Beamtengesetzes“ durch die Worte „§ 183 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes“ ersetzt.

§ 187

(1) Es werden aufgehoben, soweit sich nicht aus den §§ 177 und 178 etwas anderes ergibt,

1. das Gesetz zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes stehenden Personen vom 17. Mai 1950 (BGBI. S. 207) in der Fassung des Gesetzes vom 5. Januar 1951 (BGBI. I S. 46) sowie das Deutsche Beamtengesetz in der für die Bundesbeamten geltenden Fassung,
2. die Verordnung über den Bundespersonalausschuß vom 15. Juni 1950 (BGBI. S. 216).

(2) Die sonstigen in § 2 des vorläufigen Bundespersonalgesetzes genannten beamtenrechtlichen Vorschriften in der für die Bundesbeamten geltenden Fassung bleiben bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung mit den sich aus diesem Gesetz ergebenden Änderungen in Geltung.

§ 187

(1) Es werden aufgehoben, soweit sich nicht aus diesem Gesetz etwas anderes ergibt,

1. das Gesetz zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes stehenden Personen vom 17. Mai 1950 (**Bundesgesetzbl.** S. 207) in der Fassung des Gesetzes vom **21. Juli 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 470)**,
2. das Deutsche Beamtengesetz in der **Bundesfassung**.

(2) Die übrigen in § 2 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes stehenden Personen vom 17. Mai 1950 (**Bundesgesetzbl. S. 207**) genannten beamtenrechtlichen Vorschriften in der für die Bundesbeamten geltenden Fassung bleiben bis zur anderweitigen Regelung mit den sich aus diesem Gesetz ergebenden Änderungen in Geltung.

Entwurf

(3) Der auf Grund der Verordnung vom 15. Juni 1950 (Bundesgesetzbl. S. 216) gebildete Bundespersonalausschuß nimmt seine bisherigen Aufgaben solange wahr, bis der nach diesem Gesetz zu berufende Bundespersonalausschuß seine Tätigkeit aufnimmt.

(4) Ist in Gesetzen oder Verordnungen auf die nach Absatz 1 aufgehobenen Vorschriften Bezug genommen, so tritt an deren Stelle dieses Gesetz.

§ 188

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften erlassen, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, die Bundesminister des Innern und der Finanzen.

§ 189

Dieses Gesetz tritt am 1. 1951 in Kraft.

Beschlüsse des 25. Ausschusses

(3) unverändert

(4) Ist in Gesetzen oder Verordnungen auf die nach Absatz 1 aufgehobenen Vorschriften Bezug genommen, so **treten** an deren Stelle **die Vorschriften** dieses Gesetzes.

§ 188

unverändert

§ 188 a

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Gesetzes über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (Drittes Überleitungsgesetz) vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Lande Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigungen erlassen werden, gelten im Lande Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 189

Dieses Gesetz tritt am 1. **Juli** 1953 in Kraft.